BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 17. Wahlperiode

Plenarprotokoll 28. Sitzung 25.08.09

28. Sitzung am Dienstag, dem 25. August 2009

Inhalt

	ngänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung eine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	
Fragestunde		
1.	Teilbarkeit von Plätzen für die Teilnahme am Mittagessen in Kitas Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Juni 2009	1125
2.	Neues Jugendfreizeitheim Arberger Heerstraße Anfrage der Abgeordneten Hinners, Strohmann und Fraktion der CDU vom 21. Juli 2009	1125
3.	Emissionen der Stahlwerke Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Juli 2009	1126
4.	Kostensteigerung beim Freizeitheim in Hemelingen Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath und Fraktion der FDP vom 29. Juli 2009	1131
5.	Vergabe der Werberechte auf öffentlichen Flächen Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 2009	1132
6.	Kreuzungsbereich Hannoversche Straße/Schlengstraße Anfrage der Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. August 2009	1134
Ak	tuelle Stunde	1135

Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/366 S) Abg. Frau Busch (SPD) 1135 Abg. Schmidtmann (Bündnis 90/Die Grünen) 1139 Abg. Rupp (DIE LINKE) 1141 Bürgermeister Böhrnsen 1144 Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. April 2009 (Drucksache 17/320 S) Dazu Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/368 S) Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik - Neues Leitbild der Stadtentwicklung Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009 (Drucksache 17/330 S) Abg. Pohlmann (SPD) 1147 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1149 Abg. Rupp (DIE LINKE) 1154 Bremer Straßenbahn AG 1. Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG 2. Einführung eines Sozialtickets Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009 (Drucksache 17/349 S)

Abg. Erlanson (DIE LINKE)	
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	1167
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	1169
Senator Dr. Loske	
Abstimmung	1172
Keine Luxuswohnungen am Weserufer gegen Belange des Natur- ur	nd
Hochwasserschutzes	
Keine Realisierung von Bebauungsplan 2377	
Antrag der Fraktion DIE LINKE	
vom 11. August 2009	
(Drucksache 17/362 S)	
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	1172
Abg. Pohlmann (SPD)	
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1175
Abg. Richter (FDP)	
Abg. Strohmann (CDU)	1177
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	
Abg. Pohlmann (SPD)	
Abstimmung	
7.05timinung	1100
Sprachstandserhebung mit dem Sprachtest CITO Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Juni 2009 (Drucksache 17/343 S)	
Dazu	
Mitteilung des Senats vom 11. August 2009 (Drucksache 17/363 S)	
Sprachstandserhebung in Bremen mit CITO nachbessern Antrag der Fraktion der CDU vom 21. August 2009 (Drucksache 17/373 S)	
Dazu	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 25. August 2009 (Drucksache 17/382 S)	
Abg. Rohmeyer (CDU)	1181
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1181
Abg. Güngör (SPD)	1183 1185

Abg. Beilken (DIE LINKE)	1186
Senatorin Jürgens-Pieper	1187
Abstimmung	1188
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen	
(Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2010 und 2011	
Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009	
(Drucksache 17/348 S)	
Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen,	
Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	
Mitteilung des Senats vom 25. August 2009	
(Drucksache 17/376 S)	1189
Bericht zum Thema "Shared-Space für Bremen prüfen"	
Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009	
(Drucksache 17/352 S)	1189
Devicht über McCuehmen in der Weffenbehände des Stedtemte	
Bericht über Maßnahmen in der Waffenbehörde des Stadtamts Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009	
(Drucksache 17/353 S)	1189
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 24	
vom 10. August 2009 (Drucksache 17/361 S)	
(Dideksaciie 17/301 0)	
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 25	
vom 18. August 2009	
(Drucksache 17/371 S)	
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26	
vom 25. August 2009	
(Drucksache 17/380 S)	1189

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bartels, Kau, Frau Möbius, Frau Motschmann.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Ahrens Schriftführerin Cakici Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für Kultur und kirchliche Angelegenheiten

Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Jugend und Soziales Rosenkötter (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft Jürgens-Pieper (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat Othmer (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Präsidentin des Rechnungshofs Sokol

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 28. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich freue mich, dass wir alle gesund und munter nach Beendigung der Sommerferien hier im Plenarsaal gemeinsam die Arbeit wieder aufnehmen.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Ehrenamtliche vom Treffpunkt Waschhaus Neue Vahr Süd. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Sprachstandserhebung in Bremen mit CITO nachbessern, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 21. August 2009, Drucksache 17/373 S.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit dieses Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit dem Tagesordnungspunkt sechs, Sprachstandserhebung mit dem Sprachtest CITO, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

2. Sozialbetrug von oben endlich beenden - Mietobergrenzen für Hartz IV-Empfänger/-innen an Realitäten anpassen! Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. August 2009, Drucksache 17/375 S. Gemäß Paragraf 21 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum auch hier einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Auch hier stelle ich fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt zum Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. - Dann können wir so verfahren.

3. Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, Mitteilung des Senats vom 25. August 2009, Drucksache 17/376 S.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage mit dem Tagesordnungspunkt 9, Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, zu verbinden.

Auch hier erhebt sich kein Widerspruch - Dann können wir so verfahren.

4. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26 vom 25. August 2009, Drucksache 17/380 S.

Gemäß Paragraf 7 Absatz 2 des Petitionsgesetzes werden die Berichte auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit Tagesordnungspunkt 16, Petitionsbericht Nr. 24, zu verbinden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

 Die Forderung an die Kunsthalle Bremen nach Rückgabe zweier Bilder von George Grosz Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 6. August 2009 (Drucksache 17/360 S) Angelstandorte an der Weser in der Stadtgemeinde Bremen Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. August 2009 (Drucksache 17/377 S)

- Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 157. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Vegesack für das Grundstück Weserstraße 65 (Flurstück 2/9, VR Vegesack Flur 1) Mitteilung des Senats vom 25. August 2009 (Drucksache 17/377 S)
- Kostenreduzierende und effiziente Ausbausstandards im Hochbau Mitteilung des Senats vom 25. August 2009 (Drucksache 17/378 S)
- Platz der Deutschen Einheit Antrag der Fraktion der CDU vom 25. August 2009 (Drucksache 17/381 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

- Situation von botanika und Rhododendronpark Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 7. Mai 2009 Dazu Antwort des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/369 S)
- Verfahren zur Bewilligung der Schulassistenz und der sozialpflegerischen Zusatzkräfte Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Mai 2009 Dazu Antwort des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/370 S)
- Strahlenbelastung an Schulen durch drahtlose Internetzwerke (WLAN)
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Mai 2009 (Drucksache 17/359 S)
- Fenstersanierung bei öffentlichen und privaten Gebäuden in der Stadt Bremen
 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 9. Juni 2009
 Dazu
 Antwort des Senats vom 30. Juni 2009
 (Drucksache 17/356 S)
- Gemeinnützigkeit der Theater Bremen GmbH Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2009 Dazu Antwort des Senats vom 30. Juni 2009 (Drucksache 17/357 S)
- Verbindlichkeiten des Neuen Museums Weserburg (NMWB)
 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Juni 2009
 Dazu Antwort des Senats vom 28. Juli 2009 (Drucksache 17/358 S)

Zur Abwicklung der Tageordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 4, es handelt sich hierbei um Perspektiven der Grünversorgung und des Eigenbetriebs Stadtgrün, des Tagesordnungspunktes 7, es handelt sich hierbei um den Informationsaustausch zwischen Schule und Polizei, des Weiteren zur Verbindung des Tagesordnungspunktes 3, Perspektiven des Bauens und Wohnens, mit Tagesordnungspunkt 5, Neuausrichtung der Stadtentwicklung - Neues Leitbild der Stadtentwicklung, und des Tagesordnungspunktes 16 mit außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte Nr. 25 und 26, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft wurde vereinbart, dass nach dem Tagesordnungspunkt 2, Aktuelle Stunde, der Punkt außerhalb der Tagesordnung, Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter mit der Drucksachen-Nummer 17/366 S, die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 3, Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen, und fünf, Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik - Neues Leitbild der Stadtentwicklung, der Tagesordnungspunkt 10, Bremer Straßenbahn AG - Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG, und der Tagesordnungspunkt 17. keine Luxuswohnungen am Weserufer gegen Belange des Natur- und Hochwasserschutzes, behandelt werden.

Außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Punkt "Einsparungen aus dem Kita-Streik den Kitas zur Verfügung stellen!", Drucksache 17/346 S, vom Antragsteller zurückgezogen worden ist.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sechs frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Teilbarkeit von Plätzen für die Teilnahme am Mittagessen in Kitas". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Gibt es in der Stadtgemeinde Bremen die Möglichkeit, dass sich Eltern, deren Kind nur an bestimmten Tagen der Woche ein Mittagessen in seiner Kindertagesstätte in Anspruch nimmt, den Essensplatz mit anderen Eltern teilen?

Zweitens: Wenn ja, welche Träger bieten diese Möglichkeit an, und wie viele Eltern haben im Kindergartenjahr 2008/2009 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht?

Drittens: Wenn nein, wie bewertet der Senat den Vorschlag, eine Teilbarkeit von Plätzen für die Teilnahme am Mittagessen in Kitas in der Stadtgemeinde Bremen einzuführen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Der Senat hat neben dem kostenlosen Mittagessen für Mindestbeitragszahler auch die Möglichkeit geschaffen, dass alle Eltern, die es wünschen, für ihr Kind einen Betreuungsplatz mit Mittagessen erhalten. Eine Teilbarkeit von Plätzen für die Teilnahme am Mittagessen an bestimmten Tagen gibt es aus pädagogischen Erwägungen nicht. Die Kindertageseinrichtungen dienen der regelmäßigen und kontinuierlichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Dies gilt insbesondere für den vorschulischen Bereich, also für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Eintritt in die Grundschule, wo durch eine regelmäßige und zeitlich umfassende Beteiligung die optimale Entwicklung der sprachlichen, emotionalen, motorischen, geistigen und sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder angestrebt wird.

Für unter dreijährige Kinder gibt es in Abhängigkeit von der Entscheidung des Trägers die Möglichkeit, Plätze im Laufe der Woche mehrfach zu belegen, sogenanntes Platzsharing. Gründe dafür sind altersspezifische reduzierte Eingewöhnungsund Betreuungszeiten. So kann ein Platz, der von einem Kind zum Beispiel nur an drei Tagen belegt wird, an den zwei restlichen Wochentagen von einem zweiten Kind belegt werden. In der Regel handelt es sich dabei um Plätze mit Mittagessen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Gibt es Anfragen von Eltern, die dieses Platzsharing, das es ja im Moment nur im Bereich der unter Dreijährigen gibt, auch für den Bereich des Kindergartens wünschen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Uns sind keine Anfragen bekannt, weil sie ja auch im Kindergarten ein breites Angebot wählen können, und auch die Abfrage bei den Trägern hat ergeben, dass dort kein Bedarf gesehen wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Neues Jugendfreizeitheim Arberger Heerstraße". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hinners, Strohmann und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. Hinners (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann ist mit der Fertigstellung des Jugendfreizeitheimes an der Arberger Heerstraße und der Eröffnung zu rechnen?

Zweitens: Wird das Gebäude mit neuen oder alten Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen ausgestattet werden?

Drittens: Welche Kosten sind für die Erstellung des Gebäudes entstanden und sind diese im Rahmen der Planung geblieben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die bauliche Fertigstellung soll bis Ende August 2009 erfolgen. Die offizielle Eröffnung ist für den September 2009 geplant.

Zu Frage 2: Soweit Einrichtungsgegenstände der aufzugebenden Jugendfreizeitheime Stackkamp und Wehrschloss im guten Gebrauchszustand noch verwendbar sind, werden sie in der neuen Einrichtung weiter genutzt. Insbesondere beim Mobiliar werden Ersatz- und Neuanschaffungen erforderlich.

Zu Frage 3: Die für die Erstellung des Gebäudes entstehenden Kosten werden sich laut Prognose von Immobilien Bremen auf 1 080 000 Euro belaufen. Sie liegen damit um 76 000 Euro höher als in der Kostenberechnung vom Oktober 2007 festgelegt war. Die Differenz wird wesentlich durch unverhältnismäßig hohe Preissteigerungen im Baugewerbe im ersten Halbjahr 2008, durch Schuttentsorgung sowie durch sich im Bauverlauf ergebende Baunebenkosten begründet. Die ursprüngliche Kostenberechnung hatte nicht alle Baunebenkosten aufgeführt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Hinners, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Staatsrat, Sie sagten eben, dass das Gebäude soweit möglich und erforderlich auch mit neuen Möbeln ausgestattet werden soll. Haben Sie eine Größenordnung, wie teuer diese Möbel sein werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Mir ist im Moment keine genaue Größenordnung bekannt, die kann ich Ihnen nachreichen. Es geht um einen Betrag zwischen 40 000 Euro und 50 000 Euro, die wir dafür einkalkulieren und aufbringen müssen, weil viele Sitzmöbel beispielsweise nicht so brauchbar sind, aber alles, was noch brauchbar und in einem guten Zustand ist, wird natürlich auch in der neuen Einrichtung genutzt werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): War vorher damit zu rechnen, oder haben Sie das in die Planung mit einbezogen, dass nicht alle Möbel in einem gebrauchsfertigen Zustand sind und dass neue Möbel angeschafft werden müssen, und ist das von vornherein auch im finanziellen Budget berücksichtigt worden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Es ist im finanziellen Budget berücksichtigt worden, und wir haben damit gerechnet, allerdings haben wir nicht mit den Preissteigerungen beim Bau selbst gerechnet, und dadurch ist das Ganze kurzzeitig in Probleme geraten, die wir dadurch gelöst haben, dass wir entsprechend Mehrkosten dafür aufwenden und höhere Mietzahlungen begleichen müssen, die allerdings immer noch - um der Nachfrage gleich zuvorzukommen - deutlich unter den Mietzahlungen liegen, die wir im Moment, also für das Wehrschloss und für den Stackkamp, aufbringen müssen, sodass die Wirtschaftlichkeit nach wie vor gegeben ist.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Emissionen der Stahlwerke". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. **Frau Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Umwelt- und Gesundheitsbelastungen durch die in der Zeit Juni und Juli 2009 stattgefundenen Emissionen der Stahlwerke?

Zweitens: Bis wann werden die von den Stahlwerken Bremen angekündigten Maßnahmen zur Verringerung der Staub- und Schadstoffbelastungen realisiert?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Juni, im Juli und im August 2009 kam es zu mehreren Emissionen beim Bremer Hüttenwerk. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlten sich durch die mehrfachen, sichtbaren Staubbelastungen beeinträchtigt und verunsichert. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass vorgegebene Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit eingehalten wurden. Die Staubwolken stellten dennoch eine deutliche Belästigung der Bevölkerung dar.

Infolge der Ereignisse wurden einerseits Staubproben und andererseits Proben von Lebensmitteln untersucht. Bei den Staubproben lagen alle untersuchten Gehalte von unter anderem Blei, Cadmium, Nickel, Arsen, Thallium und so weiter weit unterhalb der Beurteilungswerte im Bereich der Bestimmungsgrenze der Untersuchungsmethode. Nur der Eisengehalt war erwartungsgemäß höher, jedoch unter dem für Feinstaub gültigen Tagesgrenzwert. Das Gesundheitsressort hat zur Absicherung der Situation für Nahrungs- und Lebensmittel Einzelproben aus einem Privatgarten in Hasenbüren untersucht. Die Befunde in allen Materialien waren für alle untersuchten Substanzen im Vergleich mit Höchstwertempfehlungen ebenfalls unauffällig.

Die Gewerbeaufsicht ist noch mit der Ursachenermittlung für die erneute Zunahme der Überdruckfreisetzungen durch die Sicherheitsklappen am Hochofenkopf befasst. Bei den schwarzen Wolken handelte es sich um rußhaltigen Eisenoxidstaub. Er ist als Grobstaub einzustufen, der praktisch nicht in die Lunge eindringt.

Bei der gelben Wolke entstand durch Reaktionen Eisenhydroxid, das Boote, Autos und Gebäude verschmutzte. Entwichenes Schwefeldioxid kann, abhängig von der Konzentration, bei der Bevölkerung zu vorübergehenden Reizungen der Augen und Schleimhäute geführt haben.

Zu Frage 2: Zur Vermeidung von Staubemissionen konzentrieren sich alle Anstrengungen von ArcelorMittal Bremen auf die Verbesserung ihrer Entstaubungsanlagen. Die Gießhallenentstaubung ist das vorrangige Projekt, dessen Umsetzung für das erste Quartal 2010 zugesagt wurde. Zusätzlich ist eine Sekundärentstaubung zugesagt und eine Konvertergasnutzung geplant. Die Entscheidung über die Konvertergasnutzung ist noch nicht endgültig gefallen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie mir sagen, wann die auch jetzt aktuell zugesagte Sekundärentstaubungsanlage durch ArcelorMittal realisiert sein soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Sie soll im ersten Quartal 2011 realisiert sein, so die Auskunft des Unternehmensvorstands.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. **Frau Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn diese beiden Entstaubungsanlagen realisiert sind, um wie viel Prozent wird sich dann der Anteil der Staubemissionen verringern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Bei der Sekundärentstaubung werden die spezifischen Staubemissionen um 60 Prozent zurückgehen, und wenn es überdies gelänge - was natürlich im Interesse von uns allen ist -, die Konvertergasnutzung, die ja seit Langem angekündigt ist und im Moment angehalten wird, außerdem noch zu realisieren, würde sich eine zusätzliche Reduktion um 20 Prozent bei den Staubemissionen ergeben. Das wären also 80 Prozent, das wäre ein Quantensprung, kann man sagen. Das würde zu einer Verbesserung der Energieeffizienz der Anlage führen und auch zu einem reduzierten CO2-Ausstoß. Wie gesagt, es sind ja insgesamt drei Maßnahmen: die Gießhallenentstaubung, die Sekundärentstaubung, die ja letzten Mittwoch im Aufsichtsrat überhaupt erst beschlossen worden ist, und die Konvertergasnutzung, für die wir noch auf das grüne Licht warten, sie ist noch nicht endgültig beschlossen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Frage! ArcelorMittal hat schon mehrfach angekündigt, entsprechende Anlagen, wie die Konvertergasanlage, zu bauen, das hat sich deutlich verzögert. Hierauf bezieht sich nun meine Frage, welche Möglichkeiten hat denn der Senat, ordnungsrechtliche Maßnahmen für den Fall zu ergreifen, dass es jetzt nicht wie versprochen kommt, und welche Maßnahmen würde er dann auch gegebenenfalls wirksam werden lassen, damit diesmal in der Tat das, was versprochen ist, auch realisiert wird und die entsprechenden Entlastungen eintreten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich musste, als ich am Donnerstagmorgen vor der Umweltdeputationssitzung die Nachricht von ArcelorMittal bekam, meinen Sprechzettel ändern, weil ich dort dann eben in der Sitzung am Donnerstag mitteilen konnte, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, dass die Investition freigeschaltet ist. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätte in dem Sprechzettel gestanden, dass wir ordnungsrechtliche Anordnungen ernsthaft erwägen und prüfen. Insofern bin ich natürlich froh, dass diese Entscheidung nun gefallen ist, sie muss aber jetzt auch zügig realisiert werden.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Dr. Mathes** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Imhoff. - Bitte sehr!

Abg. Imhoff (CDU): Vielen Dank! Herr Senator, ich frage Sie, wie können Sie so sicher sein, dass diese Wolken nicht gesundheitsschädlich sind? Vielmehr aus dem Grund, da Sie ja nur eine Probe organisch untersucht haben und die andere auf Feinstäube! Insofern, denke ich, kann man nicht einfach sagen, dass das untersucht worden und ungefährlich ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich sage nicht einfach, dass etwas untersucht worden ist. Die Messungen sind durchgeführt worden; einerseits werden sie vom Unternehmen dokumentiert, andererseits werden sie von uns durchgeführt, und als Sicherheit hat die Gesundheitsbehörde noch zusätzlich Proben genommen und die Umweltkripo auch, wie Sie wissen. Einstweilen sind keinerlei Grenzwertüberschreitungen festzustellen, und insofern kann ich Ihnen nur das berichten.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Imhoff (CDU): Das Bundeskriminalamt hat auch Proben gezogen, und die Messwerte liegen ja überhaupt noch nicht vor, genauso wenig, wie die Auswertungen darüber vorliegen, dass Pferde extreme Leberschäden haben. Ich denke, man sollte mit solchen Äußerungen vorsichtig sein, und frage Sie, wie werden Sie diese kritischen Werte weiter verfolgen, und dass diesen Ängsten der Menschen dort auch begegnet wird? Ich meine, da ist ja etwas!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe in der Umweltdeputation, Sie waren auch zugegen, wirklich umfassend berichtet und habe alle Ergebnisse präsentiert. Klar ist aber auch, dass jenseits der konkreten Grenzwertdebatte natürlich das subjektive Empfinden der Bevölkerung, nicht nur in Hasenbüren, sondern auch in Teilen von Bremen-Nord so ist, dass das zu einer nicht akzeptablen Sache geworden ist und dass die Häufigkeit dieser Ereignisse nicht akzeptabel ist. Insofern haben wir natürlich auch in vielen Gesprächen mit dem Vorstand auf der politischen Ebene, aber auch auf der Fachebene klar gemacht, wir erwarten jetzt,

dass diese Sekundärentstaubung zügig vollzogen wird. Dass der Beschluss am letzten Mittwoch gefasst worden ist, freut uns natürlich.

Wir müssen jetzt Druck machen, dass auch der nächste Schritt gemeinsam, nämlich die Konvertergasnutzung, vorangetrieben wird. Aussagen zu den Mess- und Grenzwerten können wir treffen. aber wir erwarten trotzdem, dass ArcelorMittal diese Investitionen in die Entstaubung der Anlage tätigt, und vor allem sollte ich vielleicht noch hinzufügen: Ich glaube, das Problem liegt nicht so sehr bei der Werksleitung hier in Bremen, sie würde lieber heute als morgen mit uns gemeinsam diese Investitionen realisieren, sondern es geht darum, auch die Konzernzentrale in Luxemburg davon zu überzeugen, dass diese Maßnahme dazu führen würde, dass das Stahlwerk eben dann einen enormen Modernisierungsschub bekommen würde, wenn sie realisiert wird.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, wie beurteilt der Senat die Einrichtung zusätzlicher Messstellen, die vom Staat betrieben werden, und eine Videoüberwachung, um eine genaue Schadstoffquelle feststellen zu können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Auch darüber hatten wir in der Umweltdeputation Gelegenheit, ausführlich zu sprechen. Ich bin der Meinung, dass die Dokumentationen zu Messpflichten, die die Unternehmen im Rahmen des Bundes-Imissionsschutzgesetzes haben, auch von den Unternehmen zu erbringen sind. Die sind übrigens nicht beeinflussbar, sonst wäre es eine Straftat, wenn sie beeinflusst würden, es sind versiegelte Anlagen. Dennoch haben wir auch eigene Messpunkte, und ich habe von der Deputation den Auftrag bekommen zu sehen, ob die Messpunkte an der richtigen Stelle sind, und auch zu überprüfen, ob es zusätzlich einer Videoüberwachung bedarf, und das werden wir jetzt prüfen. Sie haben von der Deputation verlangt, dass wir bis zum Dezember darüber Auskunft geben, das tun wir gern.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Das ist auch die Meinung des Senats? Weil Sie immer sagten: Ich meine.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich glaube, die Zuständigkeit liegt beim Fachressort, aber das Fachressort ur-

teilt nach fachlichen Kriterien, und ich gehe fest davon aus, dass Sie den ganzen Senat in dieser Angelegenheit hinter dieser Beschlussfassung haben. Wir haben im Senat selbst noch keine Beschlussfassung herbeigeführt, außer der Antwort auf diese Anfrage, deswegen beantworte ich das auch für den Senat so.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert. - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Senator, trifft es zu, dass zumindest einige der Staubwolken nicht auf die Dinge zurückzuführen sind, für die jetzt Maßnahmen ergriffen werden sollen, sondern daraus resultieren, dass ein Überdruckventil am Hochofen geöffnet wurde, weil das vom Betrieb her notwendig war?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja, das trifft zu.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zu-

satzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wissen Sie, in wie vielen Fällen das ungefähr der Fall war?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich als Faustregel kann man sagen, die Emissionen, die eben besonders starke Partikel enthalten, sind die roten oder gelben. Während diese Überdrucksituation, dieses sogenannte Durchblasen, der Bleeder, das sind die schwarzen Wolken, und diese haben, zwar sagt dies ArcelorMittal auch über die Zeitachse betrachtet, im Laufe der Jahre enorm abgenommen, Sie kennen ja die Zahlen. Früher seien es im Jahr 85 gewesen, jetzt seien es nur noch 10 pro Jahr, aber subjektiv ist das Empfinden der Bevölkerung ein anderes, das haben wir in der Deputation gelernt, vor allen Dingen, da sich diese extremen Werte und extremen Erscheinungen gehäuft haben. Das war innerhalb einer ganz kurzen Zeit.

Die Auskunft, die wir bekommen haben: Es hat auch damit zu tun, wenn man eine Anlage konstant fährt, kann man solche Überdrucksituationen viel besser im Griff behalten, als wenn die Anlage herauf und herunter gefahren wird. Ich habe mir die Zahlen noch einmal herausgesucht, sie sind ja sehr weit unten gewesen, dann ist die Auslastung seit Juni wieder bei 45 Prozent gewesen, später dann bei 65, und jetzt sind sie bei 70 Prozent Auslastung. Dieses variable Fahren der Anlage scheint dazu zu führen, dass sie diese Überdrucksituationen nicht so richtig gut kontrollieren

können. Deswegen macht die Gewerbeaufsicht Druck, und auch mit voller Unterstützung des Senats.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wenn wir die drei Maßnahmen, die in der Diskussion sind, von denen zwei laut Konzern durchgeführt werden sollen, und eine noch vor der Investitionsentscheidung, anschauen, hilft uns das nicht bei diesem Überdruckproblem, sondern dieses Problem kann weiterhin bestehen und muss anders gelöst werden, richtig?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das muss durch eine Prozessoptimierung gelöst werden, wobei, wie gesagt, der Konzern darauf verweist, dass es früher über 80 solcher schwarzen Wolken im Jahr gegeben hätte, im Moment nur noch zehn, was sich aber aufgrund der Häufung der Ereignisse mit dem subjektiven Empfinden der Bevölkerung nicht deckt. Die Gewerbeaufsicht hat ganz klar die volle Unterstützung der Politik, das in Kooperation mit dem Unternehmen so zu optimieren, dass die Anzahl solcher Ereignisse in engen Grenzen gehalten wird und auf das unvermeidliche Maß reduziert wird. Dass es immer einmal wieder zu Überdrucksituationen kommen kann, ist auch klar. Die Alternative dazu wäre natürlich, dass die Anlage insgesamt hochgeht, und das wäre wahrscheinlich ein noch viel größeres Problem für alle bei uns hier in Bremen.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens. - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herzlichen Dank! Herr Senator, werden durch das Stahlwerk noch weiterhin Plastikmüll oder aber organische Substanzen, Tierabfälle verbrannt? Das war einmal eine Zeit lang der Fall.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Dazu kann ich Ihnen im Moment keine Auskunft geben. Also, welche Brennstoffe sie in welchem Umfang einsetzen, das kann ich Ihnen so aus dem Stand nicht beantworten. Es ist aber sicherlich einfach herauszufinden, weil wir mit ihnen natürlich im ständigen Kontakt stehen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Vielleicht könnten Sie das in der Umweltdeputation noch nachliefern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja!

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Meine Frage hat natürlich einen Hintergrund. Ich beziehe mich auf eine Meldung bei Radio Bremen, nach der es ein Gutachten geben soll, in dem eben doch gesundheitsgefährdende Stoffe gefunden worden sein sollen. Allerdings handelt es sich dabei anscheinend um Stoffe, die nicht von Ihnen untersucht worden sind. Sie haben angesprochen, Sie haben Feinstaubbelastungen und Eisengehalt untersucht et cetera. Könnten Sie sich vorstellen, dass dort eventuell andere Substanzen, die vielleicht noch nicht untersucht worden sind, vorgelegen haben könnten? Man kann ja immer nur Untersuchungen zu Themen machen, bei denen man Vermutungen hat

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich finde ich es sehr befremdlich, wenn alle Messungen, die von staatlichen Stellen durchgeführt worden sind, und auch die Dokumentation des Unternehmens selbst, ergeben, dass es keine Überschreitungen von Grenzwerten gegeben hat, die Bootseigner in Hasenbüren zur Stärkung ihrer Position in der rechtlichen Auseinandersetzung mit den Stahlwerken eine Studie ins Feld führen und diese aber nicht der Öffentlichkeit mitteilen, das ist ein Problem! Ich habe deshalb dem Rechtsanwalt dieser Bootseigner geschrieben, er hat verlauten lassen, es seien doch gesundheitsgefährdende Stoffe gefunden worden. Ich habe ihn gebeten, mir diese Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen; die Antwort war so, dass man das aus Verfahrensgründen nicht machen wolle, man wolle die Daten für sich behalten.

Das finde ich sehr enttäuschend, muss ich ganz klar sagen, das ist nicht in Ordnung, aber ich muss es so hinnehmen. Grundsätzlich ist es bei diesen sogenannten PAKs, bei diesen organischen Substanzen, so, dass sie allgegenwärtig sind, sie sind praktisch an vielen Stellen und können beispielsweise auf die Reinigungsmittel der Boote zurückzuführen sein. Deswegen kommt es bei Proben immer sehr darauf an, wo und unter welchen Bedingungen sie genommen werden, sie

müssen kontrolliert und standardisiert sein. Wenn das bei dieser Studie so wäre, dann müsste sie uns so zügig wie möglich zugeleitet werden. Aber wir haben uns selbstverständlich auch organische Substanzen angeschaut.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sehen Sie es als keine große Gefährdung an, wobei Sie sich noch einen kleinen Weg offenhalten. Das verwundert mich ein wenig vor dem Hintergrund, dass dort ja mehrere Menschen wirklich Ärzte aufgesucht haben mit akuten Gesundheitsgefährdungen oder zumindest aber irritierter Haut et cetera, was auch nachgewiesen worden ist, und es sind ja auch mehrere Hundert Anzeigen über Schäden eingegangen. Insofern verwundert mich da die ruhige Haltung ein bisschen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es ist nicht so, wie Sie sagen. Ich meine, Sie insinuieren das. Das ist meine ruhige Haltung, ich kann natürlich jetzt auch ganz schnell und ganz aufgeregt sprechen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bringe Ihnen die Ergebnisse so herüber, wie sie sind. Sie können sich sicher sein, dass wir die Sorgen der Bevölkerung absolut ernst nehmen, ich kann sie sehr gut verstehen. Ich habe mich mit dem Herrn Hagens, der am letzten Donnerstag in der Deputation war, auch vorher schon über diese Geschichte unterhalten. Ich weiß, wie das Empfinden der Bevölkerung dort in Seehausen, Hasenbüren ist, übrigens auch in Teilen von Bremen-Nord. Insofern haben wir das von Anfang an absolut ernst genommen. Es waren noch keine 24 Stunden verstrichen, da hat es quasi schon das erste Gespräch auf der Fachebene gegeben, und wir haben den Vorstand, man kann es ruhig so sagen, einbestellt, um uns Bericht zu erstatten. Wir haben einen ständigen Austausch, und insofern muss ich Ihre Unterstellung, wir nähmen das alles ganz locker hin, entschieden zurückweisen. Wir messen das alles nach bestem Wissen und Gewissen durch, und wenn es Hinweise auf Gesundheitsgefährdung gibt, sind wir die Ersten, wir und die dafür zuständige Gesundheitsbehörde, die dort Maßnahmen einleiten.

Aber es kann natürlich auch nicht sein, wenn wir keine Grenzwertüberschreitungen finden, dass wir sagen: Schade, dass wir keine gefunden haben. Es klingt so ein bisschen heraus, manchmal hat man das Gefühl, dass da so ein bisschen die Erwartungshaltung ist: Schade, dass nichts gefunden worden ist. Es wäre jetzt eine unfreundliche Art, wenn ich Ihnen den Ball zuwerfen würde, das will ich nicht machen. Ich kann das aber nur so berichten, wie es ist. Ich will es aber noch einmal auf das Ziel hin formulieren: Unser gemeinsames Ziel muss es doch sein - und das ist auch das Ziel des Unternehmens im Sinne von Standortsicherung -, die Emissionen in so engen Grenzen zu halten, dass es zu einer akzeptablen oder idealerweise zu einer guten Nachbarschaft zwischen Stahlwerk und Anwohnern kommt. Mehr kann ich Ihnen zu dem Thema im Moment nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die Kostensteigerung beim Freizeitheim in Hemelingen. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was hat zu den Kostensteigerungen für den Neubau des Jugendfreizeitheims in Hemelingen geführt?

Zweitens: Wie wirken sich die Kostensteigerungen auf die Wirtschaftlichkeit des Ersetzens zweier funktionierender Jugendfreizeitheime durch ein neues aus?

Drittens: Wie will der Senat die Qualität der außerschulischen Jugendarbeit in Hemelingen aufrechterhalten?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die für die Erstellung des Gebäudes entstehenden Kosten liegen um 76 000 Euro höher, als in der Kostenberechnung vom Oktober 2007 festgelegt war. Die Differenz wird wesentlich durch unverhältnismäßig hohe Preissteigerungen im Baugewerbe im ersten Halbjahr 2008, durch Schuttentsorgung sowie durch weitere sich im Bauverlauf ergebende Baunebenkosten begründet. Die ursprüngliche Kostenberechnung hatte nicht alle Baunebenkosten aufgeführt.

Zu Frage 2: Der Neubau ist ein Ersatz für die bisher genutzten zwei Standorte Wehrschloss und Stackkamp. Er wurde erforderlich, weil die im Stadtteilbudget für die stadtteilbezogene Jugendförderung bereitstehenden Mittel nicht mehr ausreichten, um die notwendige Personalausstattung für zwei Jugendfreizeitheime zu gewährleisten. In der neuen Einrichtung ist ein laufender Betrieb mit der zusammengezogenen Stellenausstattung dagegen möglich. Durch die bautechnische Ausführung des Neubaus werden zukünftig Betriebskosten eingespart, die der Jugendarbeit im Stadtteil zugutekommen. Unter Berücksichtigung aller anzusetzenden Faktoren ergibt die Wirtschaftlichkeitsberechnung ein positives Ergebnis.

Zu Frage 3: Zurzeit wird vom Amt für Soziale Dienste mit den im Controllingausschuss mitwirkenden Beiratsmitgliedern und Trägervertretern eine bedarfsorientierte Fortschreibung des Stadtteilkonzeptes erarbeitet. Dabei werden die jugendpolitischen und qualitativen Vorgaben des Jugendhilfeausschusses beachtet. In dem Konzept werden Arbeitsschwerpunkte und konkrete zielgruppenbezogene Angebotsstrukturen festgelegt. Ein Beteiligungsprojekt mit Jugendlichen stellt sicher, dass deren Interessen Berücksichtung finden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Staatsrat, Sie haben ausgeführt, dass diese qualitätserhaltenden Diskussionen gerade jetzt geführt werden. Hätte man sie nicht vorher führen müssen, bevor man zu dieser wirtschaftlich begründeten Entscheidung kommt, von zwei auf ein Jugendfreizeitheim zu gehen?

Staatsrat Dr. Schuster: Nein, das hätte man nicht, weil der Entscheidung natürlich auch ein Konzept zugrunde lag, welches wir allerdings im Jahr 2008 überarbeitet haben, und das ist auch im Jugendhilfeausschuss debattiert worden, und diese neuen Schwerpunktsetzungen, die dort festgelegt wurden, müssen in den Stadtteilen natürlich auch umgesetzt werden. Die Frage des Neubaus war eine eindeutige Sache, durch den Mechanismus des Anpassungskonzepts, der ganz vereinfacht gesagt hat, wir wollen versuchen, die Mittel, die insgesamt in der Stadt für Jugendförderung zur Verfügung stehen, nach dem Kriterium "An-

zahl der Jugendlichen in einem Stadtteil" und nach Sozialindikatoren in einer komplizierten Formel zu verteilen. Da war es so, dass Hemelingen auch vor allen Dingen aufgrund der zurückgehenden Jugendlichenzahlen erhebliche Mittel abgeben musste, und das war der Auslöser zu überlegen, ob man das Jungendfreizeitheim Stackkamp mit seiner unübersichtlichen Baustruktur mit eineinhalb Personalstellen wirklich betreiben kann. Das war der Hintergrund, nicht die Qualitätsdiskussion. Dies ist die Sache, mit der wir garantieren, dass dort auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Arbeit stattfinden wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die Vergabe der Werberechte auf öffentlichen Flächen. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat die im November 2008 als "Phase 0" vor der Ausschreibung des exklusiven Werberechts auf öffentlichen Flächen beschlossene "Klärung des Vorpachtrechts aus dem Hauptpachtvertrag" - des derzeitigen Pächters DSM - "unter Aufzeigen von Lösungsvorschlägen zur Neutralisation" durchgeführt?

Zweitens: Wenn nicht, welche Folgen kann eine nicht geklärte Situation für die Wettbewerbssituation und damit das Ergebnis für die Stadt Bremen haben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Hauptpachtvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) und der Deutschen Städte Medien GmbH, DSM, vom 17. August 1982 wurde in Paragraf 19 Absatz 4 ein Vorpachtrecht mit folgendem Wortlaut vereinbart: "Der DSR" - so hieß sie seinerzeit noch - "wird ein Vorpachtrecht eingeräumt, aufgrund dessen sie berechtigt ist, in Angebote anderer Firmen einzutreten." Im Rahmen der Projektvorbereitung und im Zuge der Ausschreibung zur Neuvergabe des Werberechts wurde dieser Passus unter ver-

schiedenen rechtlichen Gesichtspunkten untersucht.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass aus vertragsrechtlicher Sicht die DSM ihr Vorpachtrecht nur dann würde geltend machen können, wenn sie rechtlich und faktisch in der Lage ist, die der Stadt in dem neuen Vertrag zugesagte Leistung zu erbringen und insbesondere auch die konkret ausgewählten Werbeträger zu liefern. Das bedeutet, dass die DSM in solche Verträge nicht eintreten könnte, bei denen ein durch Geschmacksmuster oder Urheberrechte geschütztes Design zu liefern ist. Falls der DSM keine Nutzungsrechte an dem Design zur Verfügung stehen, liefe also das Vorpachtrecht schon aus diesem Grunde ins Leere.

Kartellrechtlich ist außerdem festzustellen, dass in diesem Punkt zurzeit eine verbindliche, höchstrichterliche Rechtsprechung nicht existiert, sodass hier eine Einschätzung der Wirksamkeit des Vorpachtrechts nicht mit letzter Sicherheit vorgenommen werden konnte. Es spricht aber einiges dafür, dass das Vorpachtrecht auch aus kartellrechtlichen Gründen nicht ausgeübt werden kann. Auch das Bundeskartellamt hat jüngst in seinem Jahresbericht 2007/2008 erklärt, dass es solche als "englische Klauseln" bezeichnete Vorpachtrechte für kartellrechtswidrig halte.

Zu Frage 2: Die Positionen der Stadt sind in den Ausschreibungsunterlagen niedergelegt und den Teilnehmern im Vergabeverfahren mit der Aufforderung zur "Abgabe eines indikativen Angebots" Mitte Juli 2009 übermittelt worden. Der Termin für die Angebotsabgabe ist auf Anfang September festgesetzt.

Aus Rückfragen der Teilnehmer kann geschlossen werden, dass diese sich mit der Angebotsbearbeitung beschäftigen und den Wettbewerb annehmen - mit welchem Ergebnis, wird bis zum Abschluss des Verhandlungsverfahrens offenbleiben. Die rechtlichen Risiken für die Stadt wurden soweit als möglich ausgeschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Senator? Sie sind mit der festen Absicht in das Projekt hineingegangen, die rechtlichen Fragen vor der Ausschreibung restlos zu klären; davon sind Sie abgegangen und sagen, wir klären das im Großen und Ganzen, aber es bleibt ein Restrisiko. Da ist die

Frage: Was sind die Gründe, die Sie zu der Änderung in dem Vorgehen gebracht haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die Chronologie der Ereignisse war folgende: Der Senat hat den Senatsbeschluss am 4. November 2008 gefasst, dann erfolgte die öffentliche Bekanntmachung des Vergabeverfahrens am 20. Mai 2009 - der lange Vorlauf war notwendig, weil wir mit den Beiräten reden mussten, wohin überhaupt etwas darf - mit folgendem ergänzendem Hinweis für die Bewerber: "Der Auftraggeber weist darauf hin, dass in dem laufenden Werberechtsvertrag dem Vertragsinhaber ein Vorpachtrecht eingeräumt ist, aufgrund dessen er berechtigt ist, in Angebote anderer Firmen einzutreten."

Dann erfolgte nach Eingang der Teilnehmeranträge zum 15. Juni 2009 die Auswahlentscheidung des Teilnehmerkreises; alles, was Rang und Namen hat in dieser Branche, hatte sich beworben. Dann hat es aber am 22. Juni 2009, also danach, den sogenannten Jahresbericht für das Jahr 2007/2008 des Bundeskartellamtes gegeben das ist die Bundestagsdrucksache 16/13500 -, nachdem die Teilnahmeanträge bereits eingegangen waren. In diesem Bericht, der natürlich keinen höchstrichterlichen oder gar letztinstanzlichen Charakter hat, schreibt das Bundeskartellamt: "Kartellrechtlich unzulässig sind englische Klauseln, selbst dort, wo Werberechtsverträge von den Kommunen neu ausgeschrieben werden, muss jeder Bieter damit rechnen, dass sein Angebot dem bestehenden Vertragspartner der Kommune - der ja gleichzeitig Wettbewerber ist - offengelegt und am Ende lediglich dazu genutzt wird, um die bestehenden Konditionen des Werberechtsvertrages zu verbessern."

Daraufhin hat einer der Teilnehmer des Wettbewerbs am 27. Juli 2009 - und da es schon in der Zeitung stand, darf ich wohl auch sagen, wer es ist, nämlich JCDecaux - erklärt, man wolle sich an diesem Verfahren nicht mehr beteiligen beziehungsweise man wolle sich nur dann beteiligen, wenn wir definitiv erklären, dass dieses sogenannte Vorpachtrecht rechtsunwirksam ist. Das können wir aber nicht. Wir haben dann noch einmal eine interpretierende klarstellende Äußerung an alle anderen Wettbewerber geschickt, dass wir uns in einer gewissen Klemme befinden, und bis heute jedenfalls hat kein anderer Wettbewerber gesagt, er wolle sich aus dem Wettbewerb zurückziehen, sodass ich Ihre Frage in Kurzform so beantworten würde, dass wir unser Vorgehen deshalb ändern mussten, weil mitten ins Verfahren eine relevante Publikation des Bundeskartellamts hineingeplatzt ist, die Wettbewerbern das

Gefühl gegeben hat, sie könnten diese Vorpachtklausel auch juristisch beanstanden und von uns verlangt haben, sie als rechtsunwirksam zu erklären. Das können wir nicht, weil wir uns dann auf der anderen Seite eine Klage einhandeln, nämlich von der DSM.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Senat hat in der Vorbereitung der Ausschreibung und auch bei der Einwerbung der nicht unerheblichen Summe zur Vorbereitung der Ausschreibung immer wieder darauf hingewiesen, dass er durch die sorgfältige Ausschreibung von erheblichen oder nachhaltigen Einnahmesteigerungen ausgeht. Wenigstens einige Mitbewerber schätzen offensichtlich die Rechtslage als unsicher ein, wie auch der Senat, das muss er ja auch. Glauben Sie, dass die Erwartungen an die Einnahmesteigerungen dennoch realistisch sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Mit dem Glauben ist es immer so eine Sache, aber wir haben quasi Vergleichswerte. Wozu das in Hamburg geführt hat, wissen Sie ja, es hat dort zu einer Vervielfachung der Einnahmen geführt - ich habe jetzt die genauen Zahlen nicht im Kopf -, und wir erzielen im Moment Einnahmen, die nicht so besonders hoch sind, möchte ich einmal sagen. Wir glauben, wir können diese deutlich erhöhen; die Aussage war seinerzeit, glaube ich, verdoppeln bis verdreifachen, und wenn man das hinbekommen würde - -. Das war natürlich vor der großen Wirtschaftskrise, muss man sagen, insofern hängt es ein bisschen von den Rahmenbedingungen ab.

Andererseits ist Bremen eine attraktive Stadt, hier wohnen sehr viele Menschen, hier kommen sehr viele Menschen hin. Es ist auf jeden Fall ein sehr attraktiver Werbestandort; deswegen hat es für uns auch so lange gedauert, dass wir es überhaupt hinbekommen haben, mit den Beiräten über die Orte zu reden, an denen zusätzliche Werbeflächen aufgestellt werden können. Wir wollen die Stadt auch nicht verunzieren, dass überall nur noch Reklame ist und es leuchtet und blinkt. Das war ein langer Prozess des Austarierens.

Wenn man jetzt rein nach den Bedürfnissen der Werbewirtschaft gehen würde, würde sie natürlich viel mehr machen und dann auch zusagen, dass wir das Dreifache von dem bekommen, was wir heute bekommen. Weil wir aber eine stadtverträgliche Lösung anstreben, glaube ich, dass wir auf jeden Fall eine Einnahmeverbesserung gegenüber dem Status quo erzielen, davon gehe ich fest

aus, es lässt sich auch gut begründen. Auf eine Aussage, wie hoch das exakt liegt, möchte ich mich im Moment nicht festlegen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste und damit letzte Anfrage befasst sich mit dem Thema "Kreuzungsbereich Hannoversche Straße/Schlengstraße". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Hinners!

Abg. Hinners (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie werden die Verkehrsbedingungen im Kreuzungsbereich, insbesondere für den stadteinwärts fahrenden Verkehr, auf der Hannoverschen Straße beurteilt?

Zweitens: Welche Erkenntnisse liegen seit Fertigstellung des aktuellen Kreuzungsbereichs zur Unfallhäufigkeit vor?

Drittens: Gibt es Planungen zur Veränderung des Kreuzungsbereichs?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Juli 2007 wurde die Kreuzung Hannoversche Straße/Schlengstraße im Zuge des Projektes "Neue Mitte Schlengstraße" umgebaut. Mit dem Umbau erfolgte die Anbindung des neu erschlossenen Dekra-Geländes. Im Gegensatz zum alten Ausbau sieht der neue Ausbau nunmehr einen separaten Linksabbiegefahrstreifen auf das Dekra-Gelände vor. Der kombinierte Geradeaus- und Rechtsabbiegefahrstreifen führt wie bisher in Richtung Zubringer Hemelingen.

Nach der Inbetriebnahme wurden Falschfahrten, irrtümliches Abbiegen auf das Dekra-Gelände beziehungsweise rechtswidrige Nutzung der Linksabbiegespur als Überholfahrstreifen beobachtet. Um dieses Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer zu verhindern, wurden im April 2008 sowohl die Markierung als auch die Beschilderung optimiert.

Zu Frage 2: Die Unfallzahlen im Kreuzungsbereich Hannoversche Straße/Schlengstraße sind nicht auffällig. Unfälle, die direkt auf das geschil-

derte Fehlverhalten zurückzuführen sind, wurden nicht verzeichnet.

Zu Frage 3: Die eingesetzte Verkehrsregelung sowie die Verkehrsführung sind nicht zu beanstanden. Da ortsunkundige Fahrzeugführer trotz eindeutiger Wegweisung fälschlicherweise die Linksabbiegespur befahren, wurden Navigationssysteme überprüft. Das Ergebnis von drei getesteten Geräten, Software von 2008 und 2009, unterschiedlicher Anbieter hat gezeigt, dass die Verkehrsteilnehmer irreführende Informationen erhalten, in denen das Geradeausfahren innerhalb der Kurvenführung als Linksabbiegen bezeichnet wird. Es wird daher angenommen, dass sich deshalb Ortsfremde auf der markierten Linksabbiegespur einordnen.

Aufgrund der in den Navigationsgeräten ungenau übermittelten Fahrtrichtungsänderung beabsichtigt die Straßenverkehrsbehörde, sich erneut dieses Problems anzunehmen. Eine Änderung des Kreuzungsausbaus ist nicht vorgesehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Sie haben die Dekra zitiert, Herr Senator, die sagt, wir haben ein solch geringes Aufkommen an Fahrzeugen, dass wir diesen Streifen überhaupt nicht brauchen. Halten Sie unter diesem Gesichtspunkt immer noch an Ihrem Standpunkt fest, dass der Kreuzungsbereich dem aktuellen Planungszustand entspricht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja, unbedingt! Ich habe es mir selbst angeschaut, habe Fotos gemacht, und mein Verkehrsabteilungsleiter war noch einmal dort. Es ist absolut einwandfrei. Nur wer sich lediglich auf sein Navigationsgerät verlässt und nicht mehr schaut, wohin er fährt, wird falsch geführt. Insofern würde ich auf jeden Fall schon einmal dafür plädieren, dass man seinen Sinnen wenigstens noch ein bisschen vertraut und nicht nur dem Navigationsgerät, aber dennoch würde ich sagen, wir schauen uns noch einmal an - das hatte ich ja schon signalisiert -, ob man diesen Linksabbiegestreifen zur Dekra markierungstechnisch so gestaltet, dass gegebenenfalls auf einen Linksabbiegepfeil verzichtet werden könnte. Dann müsste die Linksabbiegefahrspur aber um die Hälfte gekürzt werden. Eine andere Möglichkeit wäre, den kompletten Linksabbiegestreifen abzumarkieren und Linksabbieger lediglich über den inneren Kreuzungsbereich abbiegen zu lassen.

Die geringe Verkehrsbelastung zum Dekra-Gelände könnte dafür sprechen, so etwas umzusetzen, aber aufgrund der Markierungen, würde ich sagen, gibt es keinerlei Grund, falsch abzubiegen. Es steht dort doch extra das Schild. Sie kennen das ja offenbar, sonst hätten Sie die Frage nicht gestellt. Auf dem Schild steht "Links ab Kfz-Prüfstelle".

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Hinners (CDU): Ich fahre dort jeden Tag oder fast jeden Tag, nicht nur mit dem Fahrrad! Von daher kann ich mir gut vorstellen, dass es nicht nur an den Navigationsgeräten liegt, dass die Leute dort falsch fahren, und das lässt sich auch daraus schließen, dass die Anwohner dort eben auch davon berichten, dass gefährliche Situationen entstehen, auch wenn es nicht zu Verkehrsunfällen gekommen ist, wie Sie sagen. Es gibt einen Anwohner - das wissen Sie vielleicht aus der Zeitung -, der dort schon einmal 20 Minuten gezählt hat und zu einem überraschend hohen Ergebnis gekommen ist, wie viele Leute dort falsch fahren. Ich halte diese Kreuzung entgegen Ihrer hier dargestellten Meinung nach wie vor für gefährlich. Dass wir bis dato noch keinen schlimmen Unfall hatten, ist okay, aber ich frage Sie trotzdem abschließend noch einmal: Halten Sie auch die Anwohnerbedenken für unerheblich?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Wenn sich dort einer hinstellt und etwas beobachtet, dann ist es sein gutes Recht. Das ist auch gut so, aufmerksame Bürger wissen wir alle zu schätzen.

(Abg. Hinners [CDU]: Sie haben ja auch Fotos gemacht!)

Wir müssen uns aber auch ein bisschen darauf verlassen, was uns die Verkehrsexperten sagen. Die Bürgerinteressen nehmen wir immer sehr ernst, und wenn sie belastbar erscheinen, dann beziehen wir das ein, aber wir müssen schon auch als Verkehrsbehörde, die die Sicherheit besonders im Auge hat, darauf achten, dass es gut gelöst ist. Insofern möchte ich Ihre Frage eben auch nicht weiter beantworten. Selbstverständlich spielt der Bürgerwille für uns eine große Rolle, aber auch Fachaspekte!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Busch! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Senator Dr. Loske, ich widerspreche Ihnen ungern, aber das, was Sie geschildert haben, entspricht wirklich nicht den

Tatsachen. Ich habe gar kein Navigationssystem, bin die Strecke gefahren, und ehe ich mich versah, war ich auf dem Gelände der Dekra, wohin ich überhaupt nicht wollte, weil dieser Streifen wirklich irreführend ist. Ich kenne mich dort sehr gut aus, ich kenne die Schlengstraße, den Tunnel, ich weiß, wo ich fahren muss, nur kannte ich diese Abbiegespur beim letzten Mal nicht, und ich würde Sie bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob man diese Spur nicht doch wieder wegnehmen könnte.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Darüber denken wir nach!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Auch der Präsident ist bei Dekra gelandet, obwohl er nicht dahin wollte.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, mit der Beantwortung dieser Frage ist der Tagesordnungspunkt eins, Fragestunde, erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/366 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem außergewöhnlichen Beteiligungsverfahren mit den Beiräten, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, mit den Abgeordneten, insbesondere im neuen Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiräte sowie mit den Fachressorts, ist das jetzt vorliegende novellierte Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter erarbeitet worden.

_

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Das übergeordnete politische Ziel war und ist es, Menschen an politischen Entscheidungen insbesondere in ihrem persönlichen Umfeld besser als bisher zu beteiligen, politische Entscheidungen durch die Einbeziehung des Wissens und der Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, sie transparenter zu machen, kreativer werden zu lassen und die Akzeptanz dieser politischen Entscheidungen zu erhöhen, um damit Streit, Missverständnisse, Verzögerungen und nicht zuletzt auch Kosten zu vermeiden. Die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und ihre Beteiligung an Entscheidungen hilft, Politikverdrossenheit abzubauen, lokale Demokratie, die uns sehr wichtig ist, erfahrbar zu machen und das Verantwortungsgefühl für das Gemeinwesen zu fördern. Ich glaube, das uns vorliegende Gesetz erfüllt diese Erwartungen, und ich bin sicher, es wird sich auch mit wachsendem bürgerlichem Engagement in diesem Sinne weiterentwickeln lassen.

Erlauben Sie mir aber einen Blick in die Vergangenheit! Dann darf ich feststellen, dass die bremische Politik den Bürgerwillen schon sehr früh ernst genommen hat. Bereits 1946 wurden mit dem Gesetz über Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung erstmalig Beiräte gebildet. Wichtiger als die Bürgerbeteiligung war jedoch die zentrale Verwaltung insbesondere in den acht ehemaligen preußischen Gemeinden Lesum, Grohn, Schönebeck, Aumund, Blumenthal, Farge, Hemelingen und Mahndorf. Im Gegensatz zu den eingangs von mir genannten Zielen bestand die Aufgabe der Ortsämter darin - und hören Sie genau hin! -, für die Maßnahmen der bremischen Verwaltung in der Bevölkerung Verständnis zu schaffen. Das hat sich gewaltig gewandelt.

Man sieht, das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zum Staat hat sich verändert, ebenso wie das Beiratsgesetz von damals, das nun ständig geändert wurde: 1951 zum ersten Mal die Forderung nach stärkeren Rechten der Beiräte, Novellierungen von 1971, von 1979, damals auch schon die Forderung nach Direktwahlen der Beiräte, später die Klage der Grünen mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, aber dann endlich 1989 die Direktwahl der Beiräte und 2001 eine weitere große Reform dieses Gesetzes.

Was bringt uns nun der jetzige Entwurf, der uns vorliegt? Ich sage einmal schlagwortartig: Stärkung der Informationsrechte der Beiräte, Ausweitung der Entscheidungskompetenzen in bestimmten Aufgabenbereichen, soweit sie stadtteilbezogen sind, Durchführung jährlicher Planungskonferenzen, Ausweitung der Entscheidungskompetenzen der Beiräte bezogen auf stadtteilbezogene Mittel nach Maßgabe des Haushaltsplans und

ganz wichtig! - Verbesserung der Einvernehmensregelung zwischen Beiräten und Deputationen mit der Möglichkeit zur Anrufung der Stadtbürgerschaft durch die Beiräte. Dieses Paket hat es in sich, und ich bin gespannt, welches Thema als Erstes durch den Beirat in die Stadtbürgerschaft eingebracht werden wird.

Darüber hinaus hat das vorliegende Gesetz eine gute, klare Gliederung erfahren. Paragraf 5 formuliert in einer Generalklausel die Aufgaben der Beiräte, verpflichtet die zuständigen Stellen zur Berücksichtigung der Beiratsbeschlüsse - und dazu gehören eben auch gemäß Absatz 3 die Eigenbetriebe und öffentlichen Unternehmen, an denen die Stadtgemeinde mit Mehrheit beteiligt ist -, aber macht auch deutlich, dass die Rechte der Beiräte dort ihre Begrenzung finden, wo sich aus höherrangigem Recht andere Zuständigkeiten ergeben. In den Paragrafen 7 bis 10 folgen die Informationsrechte, Maßnahmen, Planungsrechte, Planungskonferenzen, Beteiligungsrechte und die Entscheidungs- und Zustimmungsrechte für Beiräte

Lassen Sie mich einige Punkte benennen, die uns als SPD-Fraktion in der Diskussion im Vorfeld besonders wichtig waren! Als Allererstes natürlich die in Paragraf 6 formulierte Bürger- und Jugendbeteiligung! Durch sie kommt zum Ausdruck, dass wir mit dem Gesetz eben nicht nur die Beiräte stärken wollen, sondern dass wir erwachsene Bürger und Jugendliche ermutigen und stärken wollen, sich zukünftig noch stärker als bisher in die Angelegenheiten ihres Stadtteils einzubringen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Jugendlichen wird es ermöglicht, sich bereits ab dem vierzehnten Lebensjahr als Mitglied eines Jugendbeirates zu engagieren und ihren Stadtteil nach ihren Bedürfnissen mit zu gestalten. Ein nächstes Anliegen waren weitreichende Informationsrechte des Beirates, das hat den zuständigen Stellen in der Anhörung nicht immer gefallen - wir haben es ja eben von Herrn Senator Dr. Loske gehört -, manche Dinge dauern eben länger, wenn die Rechte der Beiräte wahrgenommen werden müssen, aber das ist so, und das wollen wir auch so.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle insbesondere Herrn Kammeyer und den Kolleginnen und Kollegen der Senatskanzlei sowie allen anderen Beteiligten herzlich für die nicht immer einfache Arbeit, die geleistet werden musste, danken!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich finde aber, es hat sich gelohnt, Beiräte und Bürgerbeteiligung auch an die Senatskanzlei anzugliedern und zur Chefsache zu machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Was war uns noch wichtig? Planungskonferenzen! Durch sie bekommen Beiräte jetzt schon im Vorfeld von Veränderungen im Stadtteil die Möglichkeit, die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Planung der einzelnen Fachressorts nachträglich einzubringen. Andersherum geben diese Konferenzen auch den zuständigen Stellen die Möglichkeit, alle den Stadtteil betreffenden künftigen Planungen im Gesamtpaket darzustellen. Auch dies war nicht unumstritten, wie man sich denken kann. Wir haben uns aber gesagt, geht nicht gibt es nicht, so unsere Forderung, und daran wollen wir uns auch weiter halten.

Neu bei den Beteiligungsrechten für Beiräte ist, dass künftig vor der Vergabe durch den Stiftungsvorstand zu Aufträgen an die Stiftung "Wohnliche Stadt" eine Stellungnahme des Beirats einzuholen ist. Gleichzeitig erhält der Beirat einen Überblick über alle im Stadtteil gestellten Anträge. Dies führt zu einer Übersicht im Stadtteil, wie auch die Beteiligung im Umgang mit öffentlichen Flächen und Gebäuden zum Beispiel bei Um- und Zwischennutzung, die den Beiräten immer besonders wichtig war. Bei der Vergabe von stadtteilbezogenen Zuschüssen soll der Beirat einen Überblick erhalten, welche öffentlichen Mittel im Stadtteil verwandt werden. Davon ausgenommen sind natürlich Wirtschaftsförderungsmittel, weil diese nicht stadtteilbezogen vergeben werden, und bei Angelegenheiten der Schulen und Kindertagesstätten im Stadtteil wird der Beirat auch zu beteiligen sein.

Paragraf 10 schließlich benennt Entscheidungsund Zustimmungsrechte und gibt den Beiräten neue Alleinentscheidungsrechte, und das ist gut und richtig so, weil es ein ganz wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte der Beiräte ist.

> (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/ Die Grünen und bei der LINKEN)

Lassen Sie mich aber im Hinblick auf die Mittel für Planung der Kinder- und Jugendförderung auch klar sagen, dass mit diesem Gesetz keine Einschränkung der Arbeit des Jugendhilfeausschusses angedacht ist. Vielmehr wird in der Begründung explizit darauf verwiesen, dass den Jugendhilfeausschüssen durch das Kinder- und Jugend-

hilfegesetz eine besondere Rechtsstellung eingeräumt wird, die wir auch wahren werden.

Neu ist auch, dass die Beiräte neben den Planungskonferenzen mit Paragraf 24 die Möglichkeit bekommen, beiratsübergreifend zusammenzuarbeiten, Regionalausschüsse einzusetzen und mit einfacher Mehrheit Beirätekonferenzen bilden zu können. Der ehemalige Gesamtbeirat wird dadurch ersetzt.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluss ein Zitat meiner Kollegin Frau Möbius und ein Wort dazu! Ich stehe hier vor Ihnen, verteidige dieses Gesetz und mache das gern, aber wir alle wissen, ich mache das stellvertretend für meine Kollegin Frau Möbius, die zurzeit erkrankt ist, sich gerade auf dem Weg in die Reha befindet, und es ist aus unserer Sicht ihr Gesetz. Sie ist seit Jahren die Kämpferin für dieses Gesetz in unserer Fraktion gewesen, das wissen alle Beiräte, und Sie können sich vorstellen, dass sie mir bis heute Morgen noch etwas mit auf den Weg gegeben hat, was ich unbedingt sagen soll. Das möchte ich jetzt auch in Form eines Zitates mit Erlaubnis des Präsidenten tun: "Das neue Beirätegesetz ist nur ein formeller Rahmen. Wenn das fertig ist, sollen wir es ein wenig beiseiteschieben und überlegen, wie wir mit dem wunderbaren Fundus der Beiräte die Stadtteile beleben können. Diese Aufgabe ist größer als der Gesetzestext hergibt. Für die Beiräte steckt im neuen Gesetz außerdem die Chance, künftig vor Ort ernster genommen zu werden. Es kann mehr Bewegung in den Stadtteilen entstehen, das ist aber auch von den jeweiligen Akteuren abhängig." - Soweit das Zitat meiner Kollegin Frau Möbius!

> (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/ Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich habe sicherlich noch nicht alle Details und Punkte dieses neuen veränderten Gesetzes benannt. Dazu werden wir aber auch die Lesung heute unterbrechen und genau das tun, was wir Bürgerbeteiligung nennen: dieses Gesetz an den Ausschuss für Beiratsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung überweisen, um dort weitere Diskussionen, eventuell auch zu der Frage von Wohnortwechsel, zum Stadtteilbudget und zur neuen Rolle der Ortsämter, führen zu können. Damit möchte ich erst einmal schließen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist formal ein Gesetzentwurf des Senats, aber de facto ein Gesetzentwurf, an dem viele mitgearbeitet haben. Deswegen geht an erster Stelle mein herzlicher Dank an all diejenigen, die sich dieser nicht ganz einfachen Aufgabe und den nicht immer einfachen Diskussionen, der schwierigen Abwägung zwischen den Interessen der Stadtbürgerschaft auf der einen und den Beiräten und Beiratsmitgliedern auf der anderen Seite, aber insbesondere der Frage der Demokratie vor Ort gestellt haben. Das sind insbesondere die Mitglieder des Parlamentsausschusses Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten, aber das sind auch die vielen engagierten Mitglieder in den Beiräten in unserer Stadt.

Das vorliegende Gesetz enthält erhebliche Ausweitungen der Befugnisse der Beiräte und damit eben auch Verbesserungen. An dem Katalog der Beteiligungs- und Informationsrechte kann man gut ablesen, dass dieses Gesetz eine Fortentwicklung des bisherigen Gesetzes ist. Viele Informationsrechte werden hinzugefügt, viele Beteiligungsrechte ausgeweitet, und die Arbeit in den Beiräten erfährt damit eine außerordentlich große Aufwertung. Das ist in Anbetracht des Umstands, dass sich insbesondere die Arbeit vor Ort für die Beiräte auch in Zeiten schwieriger gesamtgesellschaftlicher Bedingungen immer als schwieriger herausstellt, eine richtige und notwendige Antwort.

In die Aufgabenerweiterung und Beteiligungserweiterung der Beiräte haben alle Fraktionen ihre Vorschläge eingebracht, und so wird es Sie nicht überraschen, dass auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion den vorliegenden Entwurf positiv bewertet. Wir finden viele unserer Anregungen in diesem Gesetz wieder. Viele Diskussionen haben dazu geführt, dass es zu den meisten Bereichen auch einvernehmliche und einverständliche Lösungen gegeben hat. Ich finde es auch gut, dass wir heute in dieser Debatte den Sack noch nicht zumachen, sondern dass der Ausschuss über den Entwurf nach Unterbrechung der Lesung des Gesetzes noch einmal weiter beraten kann. Bei diesen weiteren Beratungen stellt sich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion auch noch eine Vielzahl von Fragen.

Natürlich ist es richtig, dass wir bestimmte Gesetzessystematiken eingeführt haben, dass die Größe der Beiräte sich zum Beispiel in Zukunft nach der Einwohnerzahl bemisst und sozusagen nicht erheblich voneinander abweichen kann. Richtig ist sicherlich auch, dass wir bei den Beteiligungsrechten der Beiräte jetzt auch geregelt haben, dass bei den Ausgaben der Stadt in den Stadttei-

len erstmals ein Mitspracherecht vorhanden ist. Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion stellt sich allerdings die Frage, ob dieses Mitspracherecht tatsächlich begrenzt sein soll auf die jetzt im Gesetz genannten Mittel oder ob nicht auch Maßnahmen wie zum Beispiel "Wohnen in Nachbarschaften" oder "Soziale Stadt" zu einer stärkeren Beteiligung und Einbindung der Beiräte vor Ort gehören. Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion können uns das sehr gut vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

In der weiteren Debatte wird aus unserer Sicht auch noch einmal kritisch zu hinterfragen sein, ob die Bestimmungen zu den Planungskonferenzen am Ende tatsächlich so tragen, wie wir uns das vorstellen. Immerhin soll jeder Beirat - und das sind 22 - in der Lage sein, alljährlich mindestens einmal, vielleicht sogar öfter, eine Planungskonferenz durchzuführen, bei der alle Vertreter der Dienststellen Anwesenheitspflicht haben. Ich stelle mir vor, dass solche Planungskonferenzen in der Zukunft gegen Ende des Jahres regelmäßig stattfinden und sich sämtliche senatorischen Dienststellen und auch tatsächlich Mehrheitsbeteiligungen der Stadt sozusagen auf die Rundreise durch die ganze Stadt machen. Ob das verpflichtend so sein muss, finde ich, kann man noch einmal kritisch mit den Beiräten rückspiegeln.

Ich kann schon erkennen, dass die Beiräte sich bisher ein wenig vernachlässigt fühlen durch die Präsenz der Behörden- und Institutionsvertreter vor Ort. Teilweise wurden Schreiben gar nicht beantwortet, teilweise wurden Einladungen überhaupt nicht angenommen. Ein höheres Maß an Verbindlichkeit finde ich gut, aber ob es jetzt tatsächlich das Instrument der verpflichtenden Planungskonferenzen ist, das uns auf diesem Weg weiterbringt, da bin ich mir nicht sicher.

Richtig ist, dass insbesondere auch die Verwaltung der Stadt die Anliegen der Beiräte ernster nehmen muss. Ich kann mich selbst noch sehr gut daran erinnern, dass ich als Senator für Inneres mit der neuen Polizeistandortkonzeption auch persönlich durch die Beiräte getingelt bin. Das war natürlich anstrengend, aber ich will an dieser Stelle auch sagen, an der einen oder anderen Stelle hat es dann auch Bewegung und Überzeugung gegeben. Deswegen, finde ich, ist es wichtig und vernünftig, dass die Beiräte in dieser Funktion auch gestärkt werden und die Vertreter des Senats und der senatorischen Dienststellen die Arbeit der Beiräte insbesondere auch durch ein ernsthaftes Eingehen auf ihre Anliegen entsprechend ernst nehmen. Dieses Anliegen wird mit dem Gesetz verfolgt, und das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion richtig und vernünftig.

Kein Verständnis, das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen, haben wir unverändert für die schon koalitionsvertraglich festgeschriebene Abschaffung des Gesamtbeirats. Wir sind unverändert der Auffassung, dass der Gesamtbeirat die Gelegenheit gehabt hat, dass die Beiratssprecher aller 22 Beiräte in der Lage gewesen sind, sich regelmäßig auch mit einem thematischen Schwerpunkt auseinanderzusetzen. Da war dann eben der Senator für Inneres oder der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr zu ganz bestimmten stadtbezogenen - nicht stadtteilbezogenen - Themen anwesend und musste den Vertretern der Beiräte Rede und Antwort stehen. Dafür ist im Übrigen auch die Möglichkeit der optionalen Beiratsversammlung, die jetzt geschaffen wird, aus unserer Sicht kein Ersatz, und deswegen fordert die CDU-Bürgerschaftsfraktion in den weiteren Beratungen auch, dass der Gesamtbeirat in das neue Ortsgesetz über die Rechte der Beiräte wieder aufgenommen wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die wir ja auch im Landtag regelmäßig zusammenkommen, spüren immer wieder, dass natürlich auch die großen Themen bei uns eine Rolle spielen. So werden wir uns bei dieser Bürgerschaftssitzung vom Atomkraftwerk Esenshamm

(Abg. Pohlmann [SPD]: Und die neuen, die Sie aufstellen wollen!)

bis hin zu zahlreichen anderen bundespolitischen Themen positionieren. Herr Pohlmann kündigt es schon an, er möchte über Atompolitik generell reden! Ich nehme positiv wahr, dass die Beiräte diesen Versuchungen, die Beiratssitzungen zu Wahlkampfveranstaltungen zu machen, nicht erliegen, sehr geehrter Herr Pohlmann, sondern dass sie sich nur um das kümmern, was ihre Aufgabe ist.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen will ich am Schluss für die CDU-Bürgerschaftsfraktion sagen, ähnlich auch, wie Frau Möbius es in dem Zitat zum Ausdruck gebracht hat: Mit dem Beschluss über das Gesetz werden wir am Ende nicht automatisch mehr Demokratie in den Stadtteilen erleben. Das Gesetz ist ein Angebot an die Menschen in den Stadtteilen, sich stärker als bisher über mehr Instrumentarien, aber eben auch über mehr Befugnisse an dem zu beteiligen, was in ihrem Stadtteil eine Rolle spielt und was für sie persönlich von Bedeutung ist. Wir werden uns aber sehr genau ansehen müssen, ob die Bürgerinnen und Bürger von diesem Angebot zu mehr Demokratie auch tatsächlich Gebrauch machen werden.

Am Ende wird es an denen hängen, die unsere Interessen in den Beiräten bisher wirkungsvoll vertreten haben, und auch da gilt im Zweifel immer, dass sich die Mitglieder in den Beiräten parteiübergreifend sehr häufig einig sind. Immer, wenn es dann um die Interessen des Stadtteils geht und nicht um Parteipolitik, dann waren die Beiräte bisher ein starkes Stimmengewicht auch in der Auseinandersetzung unserer Stadt. Das vorliegende Gesetz bietet die Voraussetzungen dafür, dass diese Rechte gestärkt werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schmidtmann.

Abg. **Schmidtmann** (Bündnis 90/Die Grünen)¹: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche heute über das Ortsgesetz für Beiräte und Ortsämter. Ich bin froh, dass wir jetzt auf der Ziellinie angekommen sind, wir haben sie zwar noch nicht überschritten, aber das wird meiner Meinung nach im November oder Dezember spätestens der Fall sein. Ich bin der Meinung, dass wir alle eine gute Arbeit gemacht haben und dass dieser Prozess, wie er schon von meinen beiden Vorrednern beschrieben worden ist, uns sehr wohlgetan hat. Diese Zusammenarbeit mit dem Ausschuss, mit den Bürgern und mit den Beiräten, auch dieses Langwierige, wie es hier schon von Frau Busch beschrieben worden ist, das trägt einfach dazu bei, Verständnis zu wecken. Das hatten auch Sie, Herr Röwekamp, gesagt.

Ich bin der Meinung, dass das ein gutes Gesetz wird, das natürlich gelebt werden muss. Ich bin gestern von der Fraktion gefragt worden: Was willst du denn in der Bürgerschaftsdebatte sagen? Da habe ich gesagt: Transparenz und Öffentlichkeit, das steht für mich ganz oben, Transparenz und Öffentlichkeit und der Schutz von Minderheiten. Das heißt, in diesem Gesetz wird zum Beispiel festgeschrieben, dass ein Viertel der Beiratsmitglieder Akteneinsicht beantragen kann. Das ist für uns als Grüne sehr wichtig, und auch gerade für die kleineren Parteien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

_

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Öffentlichkeit! Die Ausschusssitzungen sind öffentlich, da wird kein Closed Shop mehr gemacht wie früher - ich bin ja auch lange in der Beiratsarbeit gewesen -, wo unangenehme Themen in den Ausschuss geschoben worden sind unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das geht nicht mehr!

Noch ein Wort zum Gesamtbeirat, Herr Röwekamp! Den Gesamtbeirat wird es in der jetzigen Form nicht mehr geben. Der Gesamtbeirat war nämlich auch eine Closed-Shop-Veranstaltung, ab von den Beiräten, ab von den Minderheiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ging teilweise sogar so weit, dass ein stellvertretender Beiratssprecher von uns dort hingegangen ist, weil er seinen Beiratssprecher vertreten sollte, der allerdings gekommen ist, und dann wurde der stellvertretende Beiratssprecher - das muss man sich einmal vorstellen! - wieder des Saales verwiesen. Da frage ich mich, was das soll! Er hätte sich dort auch hinsetzen können ohne Stimmrecht, aber es wurde so eng gesehen mit dem Ausschluss der Öffentlichkeit, dass gewählten stellvertretenden Beiratssprechern gesagt wurde, nein, wir haben hier abgezählte Plätze. dein Beiratssprecher ist da, das gibt das Gesetz nicht her, auf Wiedersehen! Also, das ist eine Veranstaltung, die wir nicht mehr wollen. Wir halten es auch für wichtig, dass die Beiräte und die Beiratssprecher sich überregional treffen können, dafür haben wir die Möglichkeit eröffnet, Beirätekonferenzen zu machen.

Wir in Bremen-Nord haben übrigens schon länger diesen Bauausschuss Bremen-Nord, wo zum Beispiel auch immer die drei Beiräte aus Bremen-Nord zusammenkamen und übergreifende Themen besprochen haben. Dies ist ja auch eröffnet durch die Bildung von Regionalausschüssen, die auch mehr angedacht werden sollen, denn es gibt nicht sehr viele Themen, die nur im Gesamtbeirat behandelt werden sollten. Die Möglichkeit, dass diese Beirätekonferenz wieder den Gesamtbeirat ersetzt, das sehen wir nicht so! Für uns ist ganz klar, wenn eine solche Beirätekonferenz kommen sollte, wo sich alle treffen können, dass es eine öffentliche Veranstaltung ist. Das steht nämlich so im Gesetz. Es wird eine öffentliche Veranstaltung sein, wo jedes Beiratsmitglied hingehen kann, wo jeder Bürger sich das anschauen kann, wie übrigens auch die Sitzungen der Deputationen, die ja auch öffentlich sind. Das heißt auch Transparenz. Das heißt auch, dass da nicht die Verwaltung irgendetwas vorstellen kann, was nachher ohne Mandat meistens im Gesamtbeirat dort von den Beiratssprechern zur Kenntnis genommen wurde, und dann wurde gesagt, das war es.

Herr Röwekamp, bei Ihrem Prozess damals zur Polizeireform habe ich im Beirat Burg-Lesum gesessen, da hatte ich richtig Hochachtung. Die habe ich natürlich später verloren bei der Geschichte mit der Ortsamtsleiterwahl.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Röwekamp [CDU]: Wie ist das eigentlich ausgegangen mit der Wahl? Da hat die neue Regierung ja richtig Gas gegeben!)

Aber das bekommen wir auch noch hin. Die Stelle ist ja nicht mehr vakant. Wie Sie das damals gemacht haben, wie Sie das den Beiräten vorgestellt haben und wie Sie als Senator dort für Verständnis geworben haben, das hat mir Hochachtung abgerungen. Da habe ich auch gedacht, so wünschen sich die Beiräte das, so fühlen sie sich ernst genommen, und so kann man auch etwas mit den Beiräten durchsetzen.

Diese neue Transparenz erfordert natürlich auch von der Verwaltung ein Zugehen auf die Beiräte, ein Ernstnehmen der Beiräte. Das ist eine ganz neue Qualität. Das wird schwierig werden, das wird ein steiniger Weg werden. Herr Röwekamp hat es auch richtig beschrieben, wie man sich das vorstellen muss. Es ist für mich auch noch ein bisschen schwierig, das jetzt in der Umsetzung zu sehen, ob nicht tatsächlich - wie Sie das beschrieben haben, das sehe ich auch! - Ende des Jahres die Behörden praktisch entvölkert sind, weil sie alle auf Beiratstour sind. Aber auch da besteht die Möglichkeit, dass man eventuell in Regionalkonferenzen bestimmte Themen auch zusammen behandeln kann.

Was ist neu bei den Beteiligungsrechten? Das hat Frau Busch auch schon ausgeführt. Es gibt zum Beispiel die Zwischennutzung in den Ortsteilen, in den Beiratsgebieten wird das von den Beiräten mit behandelt, ihre Stellungnahme wird erfahren. Das ist oft ein leidiges Thema, dass Gebäude sehr lange leerstehen und sich nichts tut. Hier wird eine bessere Möglichkeit gegeben, dort nachzuhaken. Das Nächste ist auch die Außengastronomie, was auch oft zu Streitigkeiten führt, auch hier hat jetzt der Beirat ein gewichtiges Wort mitzureden. Dann gibt es neue Entscheidungsrechte über Kunstwerke, nicht welches Kunstwerk, sondern wo es hingehört, kann jetzt der Beirat mitentscheiden. Wertstoffsammelcontainer, das war schon früher so. Aber was für uns Grüne auch wichtig ist und was - Frau Busch hat es gesagt, SPD-Essential - für uns ein wichtiges Essential war, ist die Barrierefreiheit, die wir durchgesetzt haben,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

die Barrierefreiheit für alle Sitzungen des Ortsbeirats und für alle Sitzungen der Ausschüsse. Es gibt heute noch Ortsämter, in Bremen-Nord zum Beispiel möchte ich einmal Blumenthal benennen, da wird dem Beirat gesagt, wenn das mit der Barrierefreiheit kommt, Leute, dann sind wir unser schönes Rathaus los, deswegen können wir das mit der Barrierefreiheit nicht machen. Solche Argumente kann ich überhaupt nicht nachvollziehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist gerade im Zeichen des demografischen Wandels für mich nicht nachvollziehbar. Ich will mich hier jetzt nicht auch noch anderer Wörter bedienen.

Das Weitere ist das Zusammengehen von Verwaltung und Beiräten, das ich auch schon einmal angesprochen hatte, das eine neue Qualität bekommen wird und für beide eine Menge Lernbereitschaft und Aufeinanderzugehen bedeutet. Dass jetzt auch Themen von den Beiräten hier in die Stadtbürgerschaft gebracht werden, ist für mich eine Art Wertschätzung für die Beiräte. Des Weiteren werden auch den Ortsamtleitern oder Stadtteilmanagern, wie sie zukünftig heißen werden, neue Aufgaben in der Moderation und in Schlichtungsverfahren, die sie durchführen sollen, zugeteilt. Hierfür müssen aber meiner Meinung nach auch Fortbildungen angeboten werden, weil es keine reine Verwaltungsarbeit für die Ortsamtsleiter ist, wie es früher war, sondern es ist eine ganz andere Arbeit, das ist ein ganz anderes Arbeitsfeld. Ich würde mich freuen, wenn da jetzt durch eine neue Generation von Stadtteilmanagern Bewegung hineinkäme und auch im Auswahlverfahren mehr hingesehen wird, weg von der Verwaltung hin zu Moderation und Schlichtung, zum Moderieren im Stadtteil.

Ich hatte ja schon gesagt, dass wir dieses Gesetz wahrscheinlich nach nochmaliger Beteiligungsrunde, die auch gut ist, jetzt wieder im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten und in den Beiräten, wahrscheinlich im November/Dezember verabschieden können. Bedanken möchte ich mich auch - das haben wir ja schon alle gemacht - bei Herrn Kammeyer, bei Herrn Harjes und auch bei Frau Möbius, die in der Tat eine treibende Kraft war und der ich von hier aus noch einmal gute Besserung wünsche. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich den guten Wünschen für Renate Möbius, was ihre Gesundheit angeht, anschließen, weil ich wirklich sehr hoffe, dass sie in nicht allzu ferner Zeit hier wieder als Abgeordnete tätig sein wird, weil ich sie als Mitkämpferin für Partizipation, mehr Demokratie auf Beiratsebene und in anderen Bereichen wirklich kennengelernt habe. Ich weiß, dass es ihr in ihrer Partei geht, wie es mir manchmal sogar in meiner Partei geht, wenn man für direkte Demokratie, Partizipation, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Demokratie auf vielen Ebenen ist, dann ist man mit einer Grundskepsis konfrontiert, die ein bisschen von Machterhalt gespeist ist von denen, die sie jetzt haben, die sie nicht abgeben wollen - ich habe das einmal erläutert -, die von so einer temporären Intelligenzanomalie ausgehen, dass die Menschen nur an Wahltagen klug sind und ansonsten nicht. Gegen diese Form von Skepsis, gegen diese Form von Vorbehalten kämpft sie, und ich denke, es wäre gut für die Demokratie in Bremen, wenn sie wieder im Parlament ist.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das hat bei uns nach Oskar Lafontaine geendet!)

Dass Ihr euch für Demokratie eingesetzt habt?

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Dass wir mit solchen Widerständen zu kämpfen hatten!)

Wir werden diese Debatte, inwieweit Verständnis und Offenheit für direkte Demokratie und ähnliche Dinge in diesem Haus herrscht, noch einmal an anderer Stelle führen. Da verweise ich auf die Auseinandersetzung zur Volksgesetzgebung, und ich würde diese Häme ein bisschen zurücknehmen, weil ich deutlich weiß, dass die Vorbehalte sehr groß sind und deswegen möglicherweise an anderer Stelle vernünftige Sachen scheitern.

Zurück zu dem Ortsgesetz Beiräte! Beiräte sind meines Erachtens ein wichtiger und lebendiger Teil von Demokratie in dieser Stadt. Sie sind in zweierlei Hinsicht einzigartig: Sie sind sehr dicht an der Bevölkerung, aber sie sind zumindest bislang zum Beispiel mit einer viel zu geringen Anzahl von Rechten ausgestattet. Das hat sich jetzt mit dem vorliegenden Entwurf zum Beirätegesetz deutlich geändert. Es ist eine ganze Reihe von Kompetenzen dazugekommen, es sind Informationsrechte dazugekommen, und deshalb ist der jetzige Entwurf, der vorliegt, deutlich besser als al-

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

les, was bisher da war. Wir werden noch versuchen, diese Form des Entwurfs in der Perspektive an ein oder zwei Stellen zu verändern, aber im Kern, finde ich, sind wir im Rahmen der Möglichkeiten auf dem richtigen Weg.

Es gibt die Differenz zwischen dem Gesamtbeirat und diesem Ausschuss für Bürgerbeteiligung. Ich denke, dass mit dem vorliegenden Entwurf im doppelten Sinn ein vernünftiger Vorschlag und eine gute Lösung gefunden wird. Einerseits haben die Beiräte die Möglichkeit, sich selbst über die Grenzen dessen, was sie mit dem Gesamtbeirat bisher hatten, zu organisieren. Sie haben aber natürlich auch die Möglichkeit, das aufrechtzuerhalten, was sie mit dem Gesamtbeirat bisher hatten. Die Tatsache, dass das jetzt möglich ist, entbindet uns auch in diesem Ausschuss von dem Widerspruch, dass wir nicht genau sagen konnten: Sind wir jetzt eigentlich eine Koordination für Beiratsarbeit, oder ist unsere Verantwortung die Gestaltung von Bürgerbeteiligung und Ähnlichem?

Es gibt eine ärgerliche Kleinigkeit, insbesondere für kleine Parteien. Es ist nach wie vor so, dass darin steht, wenn jemand das Beiratsgebiet wechselt, dass er automatisch beziehungsweise nach vier Monaten den Beirat verlassen muss. Ich bitte einfach darum, noch einmal in diesem Haus über den Nutzen nachzudenken, den man möglicherweise hat, der teilweise offensichtlich ist! Wenn jemand von Tenever nach Bremen-Nord zieht, ist es natürlich relativ schwierig, dann an der Beiratsarbeit teilzunehmen. Es ist aber auch klar, dass jemand nicht wirklich aus dem Viertel ist, wenn er von der einen Seite des Sielwalls auf die andere Seite des Sielwalls zieht, und insbesondere kleine Parteien, die in der Regel nur begrenzte Listen haben, kommen regelmäßig in Schwierigkeiten, diese wieder zu besetzen. Meines Erachtens ist es auch ein Stück weit ein Ignorieren des Wählerwillens, denn die Menschen haben mit Sinn - - .

Kleine Parteien sind mit einem, zwei oder drei Sitzen hineingewählt worden, sie haben teilweise nicht genug Leute auf den Listen, und wenn sie dann praktisch gezwungen werden, den Beirat zu verlassen, und es kann nicht wiederbesetzt werden, ist das eine Verfälschung des Wahlergebnisses,

(Abg. Pohlmann [SPD]: Das ist ja wohl Blödsinn!)

weil so unter Umständen die Mehrheit nicht mehr vorhanden ist. Wenn man vorher drei Stimmen hatte, einer gehen muss und niemand nachrücken kann, hat man nur zwei Stimmen. (Abg. Röwekamp [CDU]: Sie können Ihr Landtagsmandat auch nicht mit ins Saarland nehmen!)

Dann kann aber jemand nachrücken!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist genau das Problem der kleinen Parteien - das wissen Sie! -, dass sie oftmals Schwierigkeiten haben, entsprechende Listen aufzubauen. Ich möchte nur dafür werben, dass dies eine Regelung ist, die unnötig ist, weil sie mehr Durcheinander erzeugt als Nutzen bringt. Wir werden dafür werben, dass sich das ändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Der letzte Punkt: Wir haben meines Erachtens an einem Punkt, den das Gesetz nicht regeln kann, deutlichen Nachholbedarf. Wie wirksam diese Form von Demokratie ist, wie wirksam die Rechte werden, wie wirksam die Beteiligung von Beiräten im Land ist, hängt unter anderem auch davon ab, wieweit sie über Mittel verfügen, um in ihrem eigenen Stadtteil Politik zu machen. Da appelliere ich noch einmal für etwas mehr Mut und Fantasie. Einfach nur die bisher vorhandenen Mittel zusammenzuschieben und dann den Beirat über die Dinge entscheiden zu lassen, über die vorher andere entschieden haben, ist okay.

Ich aber denke, wenn wir Demokratie und Stadtentwicklung auch auf Beiratsebene ernst nehmen, sollten wir durchaus darüber nachdenken, das bisher vorhandene Budget deutlich aufzustocken, denn ich bin sicher, dass in allen Bereichen, in denen der Beirat etwas zu sagen hätte - und ich sage einmal ganz deutlich, Wirtschaftsförderung gehört dazu, ich kann da Beispiele nennen und habe mit Leuten darüber diskutiert, die dafür Beispiele genannt haben -, diese Mittel unter Umständen besser, wirksamer und effektiver angelegt sind als anderswo. Es wäre praktische Partizipation, denn ohne verfügbare Mittel ist Partizipation in der Regel nur Mitreden und bleibt oft wirkungslos. Deswegen bin ich dafür, dass man auch bei den Haushaltsverhandlungen hinschaut, inwieweit es möglich ist, den Beiräten dort nicht nur formale Rechte einzuräumen, sondern ihnen auch Umsetzungskompetenzen in Form von mehr Geld zu geben. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. Richter (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine etwas lange

Geburt, so meine ich! Bleibt die Hoffnung: Was lange währt, wird endlich gut. Das Ziel einer Reformierung des Beirätegesetzes wurde bereits in der Koalitionsvereinbarung im Jahr 2007 verankert. Ziel ist die Stärkung der Beiräte und dadurch vor allem die Förderung, vielleicht auch die Wiederbelebung von mehr bürgerschaftlichem Engagement. Diese Zielsetzung findet die volle Unterstützung unserer Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Erste Testballons Anfang 2008: Der erste konkrete Entwurf wurde am 20. Juni 2008 vorgelegt und in den Beiräten und dem zuständigen Bürgerschaftsausschuss beraten. Die bis Mitte November in großer Anzahl eingegangenen Stellungnahmen und Wunschlisten führten letztendlich dazu, dass es bis zu diesem Zwischenschritt, der am 18. August vom Senat vollzogen wurde - da wurde nämlich im Senat der Gesetzentwurf behandelt -, etwas gedauert hat. Er liegt uns nun auch seit ein paar Tagen vor. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten hatte bis heute noch keine Chance, sich mit den gegenüber der letzten Fassung ergebenen Veränderungen zu beschäftigen, ebenso wenig die Ortsämter und Beiräte.

Zum Gesetzentwurf! Ich will jetzt nicht alles wiederholen, was darin steht, aber auf einige Regelungen will ich doch eingehen! Einige Regelungen wurden verbessert. Nennen möchte ich die relativ zeitnahe Berücksichtigung der sich verändernden Einwohnerzahlen in Bezug auf die jeweilige Größe der Beiräte. Die Regelungen in Paragraf 6, die Aufwertung der Einbeziehung des kommunalpolitischen Engagements von Jugendlichen, begrüßen wir auch; ebenso, dass es dem Beirat selbst überlassen ist, über die Einrichtung von Jugendbeiräten zu beschließen, die Einrichtung also nicht im Gesetz verankert wird.

Ein Ziel ist es, Minderheitenrechte zu stärken. Ist das wirklich so? Das sehen wir etwas anders. Hier haben wir unsere Bedenken!

(Beifall bei der FDP)

Kleinere Parteien, die vielleicht nur durch eine Person im Beirat vertreten sind, haben auch zukünftig kein Einsichtsrecht in die im Ortsamt befindlichen Akten. Für ein Einsichtsrecht ist zukünftig ein Antrag von einem Viertel der Beiratsmitglieder erforderlich. Jede im Beirat vertretene Partei muss auch das Recht auf Akteneinsicht eingeräumt bekommen, anders kann es aus unserer

Sicht nicht sein, wenn man Minderheitenrechte ernst nimmt.

(Beifall bei der FDP)

Über Planungskonferenzen und mehr Budgetverantwortung wurde schon von meinen Vorrednern gesprochen. Das hört sich gut an, es wird sich aber erst in der praktischen Umsetzung zeigen, Herr Röwekamp ist darauf eingegangen, ob es funktionieren kann. Stärkung und Informationsrechte, Ausweitung der Entscheidungskompetenzen, auf den ersten Blick hören sich Informationsbeteiligung und Zustimmungsrechte schon gut an. Es handelt sich um eine beeindruckende Auflistung, unter anderem in den Paragrafen 9 und 10 des Entwurfs. Hier bedarf es aus unserer Sicht jedoch noch einer genaueren Prüfung, was wirklich dahintersteckt. Mehr Schein als Sein kann eigentlich nicht unser aller Ziel sein.

In Paragraf 22 wird das Ende der Mitgliedschaft im Beirat neu geregelt, Herr Rupp ist darauf eingegangen. Hier gibt es von unserer Seite ebenfalls Diskussionsbedarf bei Verlegung der Hauptwohnung eines Beiratsmitglieds in einen anderen Beiratsbereich. Wenn ein normaler Wohnungswechsel in der ersten Hälfte einer Wahlperiode erfolgt, mag die Viermonatsregel richtig sein. Je mehr sich die Wahlperiode allerdings dem Ende nähert, desto fragwürdiger wird die jetzt vorgesehene Regelung tatsächlich.

Zum Thema Ausschussbesetzung, ein Dauerthema! Uns genügt es nicht, dass Beiratsmitglieder kleinerer Parteien in kleinen Ausschüssen nur eine beratende Stimme eingeräumt bekommen. Hier muss nachgebessert werden. Die Größe der Ausschüsse kann hier kein entscheidendes Argument sein.

(Beifall bei der FDP)

Beiratsübergreifende Zusammenarbeit! Beiräte können Beirätekonferenzen bilden, das muss ich doch nicht ins Gesetz schreiben, das können sie auch so. Schön, aber aus unserer Sicht auch nicht unbedingt ausreichend! Auch wir sind Befürworter eines reformierten Gesamtbeirats, wie er bisher im Gesetz geregelt war. Auch darüber ist aus unserer Sicht noch zu sprechen.

Auch wir sind für eine Unterbrechung der Lesung, für eine Beratung und hoffentlich noch einige Optimierungen im Rahmen der Beratung in den Beiräten und im Bürgerschaftsausschuss. Mit diesem Verfahren sind wir einverstanden. Tatsache bleibt, und da bin ich ganz bei Renate Möbius: Entscheidend ist weiterhin die Arbeit der Beiräte. Wie werden die Bürger einbezogen, kommen sie in den

öffentlichen Beiratssitzungen auch zu Wort, werden ihre Belange ernst genommen? Das Gesetz kann hierfür nur den Rahmen bieten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selten ist ein Gesetzentwurf unter so breiter Beteiligung erarbeitet worden, vor allem unter Beteiligung derjenigen, um die es uns geht, nämlich denen, die in den Ortsteilen und in den Stadtteilen Verantwortung übernehmen und sich für die Beirätearbeit engagieren und für die vielen, die wir für diesen Weg gewinnen wollen. Das Gesetz wird ein Angebot und eine Einladung sein, von den Instrumenten Gebrauch zu machen, die das Gesetz vorsieht.

Frau Busch hat einen kurzen Blick in die Historie der bremischen Beiräte geworfen. Es ist ein langer Weg, von Verwaltungsausschüssen, die die Akzeptanz für Verwaltungsentscheidungen vor Ort und auch ein Stück Beratung der Verwaltung organisieren wollten, über die Weiterentwicklung in den Siebzigerjahren hin in die Innenstadtbereiche und dann der entscheidende Sprung 1989 mit der Direktwahl der Beiräte. Ich finde, es geht vor allem darum, dass die demokratische Legitimation, die Beiräte mit der Direktwahl haben, sich wiederfindet, und zwar sich in einem Gleichgewicht, in einem Gleichklang befindet mit dem, was sie an Rechten haben, und diese Weiterentwicklung vollziehen wir mit diesem Gesetz. Ich danke herzlich für die nahezu einhellige, jedenfalls grundsätzliche Unterstützung dieses Gesetzentwurfs. Ich glaube, das ist ein gutes Signal auch in die Beiräte hinein, dass die Gesamtstadt durch die Stadtbürgerschaft diese Arbeit insoweit stärken will.

Ich würde gern noch ganz kurz auf zwei, drei Punkte, die hier etwas kritisch genannt worden sind, eingehen! Herr Röwekamp, die Planungskonferenzen sollte man nicht zunächst unter der Überschrift "Wie schwer ist es eigentlich für die Verwaltung?" sehen. Dass dort die Begeisterung nicht ausufernd ist, kann ich verstehen, sondern wir sollten es unter dem Gesichtspunkt sehen, wie wir das, was in den Ressorts, in den Behörden und Ämtern gedacht und erarbeitet wird, mit dem, was vor Ort notwendig und möglich ist, verzahnen können, was man dort an Engagement entwickelt. Das zusammenzuführen ist wichtig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Im Übrigen eine ganz praktische Geschichte, die wir doch alle von vor Ort kennen: Ich möchte nicht, dass man in den Ressorts über Monate eine Überlegung entwickelt, dann in den Beirat kommt, die konkrete Maßnahme vorstellt und überrascht feststellt, dass der Beirat in eine ganz andere Richtung denkt. Ich finde es klug, wenn man sich rechtzeitig zueinander begibt, miteinander darüber redet, was die Dinge sind, die wir für den Stadtteil voranbringen wollen, dass man die Interessen, die Gedanken, das Engagement vor Ort mit denen der Ressorts zusammenfügt, das ist wichtig. Dann lassen Sie uns über die Fragen, wie schwer es für einzelne Mitarbeiter ist, in die Beiräte zu gehen, einmal auf eine ganz praktische Weise reden, da werden wir Lösungen finden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Was den Gesamtbeirat betrifft, bitte ich, einmal einen Blick in den Gesetzentwurf zu werfen. Es ist jetzt in die Hände der Beiräte gelegt, wie sie ihre überörtliche Zusammenarbeit und das Zusammenführen der Interessen regeln wollen. Die dann gebildete Institution namens Beirätekonferenz kann sich eine Geschäftsordnung geben und dann alles das regeln, was man meint, was zur gemeinsamen Interessenwahrnehmung nötig ist. Ich glaube, es ist richtig, dass wir hier auch von der Stadtbürgerschaft über diesen Gesetzentwurf hinaus signalisieren: Ihr organisiert bitte in den Beiräten, wie ihr eure gemeinsame Interessenvertretung wahrnehmen wollt. Ich glaube, das entspricht dem Geist dieses Gesetzes.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, auf den, glaube ich, niemand zu sprechen gekommen ist, den ich aber für eine ganz interessante Weichenstellung halte! Das ist das, was unter der Überschrift "Stadtteilbudget" im Gesetz steht. Das ist etwas, das noch gar nicht durch ein Gesetz zu Ende gebracht ist, sondern der gemeinsamen Beratung von Beiräten und Stadtbürgerschaft bedarf, nämlich die Frage, ob wir über Regelungen in unseren Haushalten, in den Haushaltsplänen und Haushaltsgesetzen dafür sorgen wollen, dass die Beiräte auch über ihre bisherige Geldentscheidungsmöglichkeit, was die Globalmittel angeht, hinaus Verantwortung insoweit übernehmen können und wollen. Das ist eine ganz spannende Frage, die wir weiter diskutieren sollten, die wir nicht über die Köpfe der Beiräte hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen entscheiden sollten. Übrigens bieten unsere Haushaltsberatungen, die morgen beginnen, eine große Chance, diesen Gesichtspunkt aufzunehmen und in diesen nächsten Wochen und Monaten weiterzuentwickeln. Ob wir das in diese Richtung tun wollen oder nicht, ist eine Frage an die Beiräte, aber auch eine Frage an uns, ob wir das entsprechend wollen.

Es ist eine gute gemeinsame Entwicklung, die wir mit den Beiräten vollziehen werden. Auch von meiner Seite herzlichen Dank an alle, die sich in den Beiräten, in der Stadtbürgerschaft, in der Verwaltung, in der Senatskanzlei daran beteiligt haben, und einen herzlichen Gruß an Renate Möbius!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist hier Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten vorgesehen.

Wer der Überweisung der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 17/366 S zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter der BSAG begrüßen. - Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. April 2009 (Drucksache 17/320 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/368 S)

Wir verbinden hiermit:

Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik -Neues Leitbild der Stadtentwicklung Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009 (Drucksache 17/330 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Herr Senator Dr. Loske, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. Focke (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir am 28. April dieses Jahres die Große Anfrage eingereicht haben, hatten wir uns eigentlich gedacht, wir machen das als Vorbereitung für eine weitere große wohnungsbaupolitische Debatte. Nun sind allerdings vier Monate vergangen, und es hat uns mittlerweile schon eingeholt. Eigentlich sind die Fachverbände schon mittendrin in dieser wohnungsbaupolitischen Debatte. Wenn Sie sehen, was die LBS und andere Gutachten festgestellt haben und was mittlerweile im GEWOS-Gutachten vorgestellt worden ist, wie hoch der Eigenheimanteil im Verhältnis zu anderen Großstädten ist, dann sieht man, dass hier eine ganze Menge zu tun ist und auch Nachfrage vorhanden ist. Deswegen ist es eigentlich ein bisschen schade, dass es vier Monate gedauert hat, bis diese Große Anfrage beantwortet werden konnte.

(Beifall bei der CDU - Abg. Pohlmann [SPD]: Die ist aber gut, die Antwort!)

Dann sind die Antworten auch noch nicht einmal übermäßig gut, darauf komme ich gleich auch noch einmal zu sprechen.

Dann finde ich es natürlich auch nicht hundertprozentig optimal, dass wir diese Anfrage nun mit der Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik verbinden müssen, denn die Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik ist nur zu einem ganz kleinen Teil Wohnungsbau, und der Rest ist etwas, das das ganze Parlament, alle Ausschüsse und Deputationen angeht, die sich eigentlich damit befassen mussten und auch in Zukunft befassen müssen, denn das Leitbild, das hier jetzt vorgegeben wird, muss erst ausgefüllt werden. Deswegen will ich darauf eigentlich nur ganz wenig eingehen, meine zehn Minuten reichen sowieso nicht aus, um diese 15 Fragen hier abzuarbeiten. Der Punkt Wohnungsbau macht nur zwei Seiten in dem Leitbild der Stadtentwicklung aus, aber zum Leitbild der Stadtentwicklung gehören eben ganz andere Maßnahmen als Wohnungsbau.

Deswegen werde ich mich jetzt hier auf unsere Große Anfrage konzentrieren, die auch einen Hintergrund hatte. Wir sind von den Wohnungsbauverbänden, Wohnungsunternehmen und den Arbeitsgemeinschaften angesprochen worden, die uns ihr Leid geklagt haben, dass es hier in Bremen so schwierig geworden ist, Wohnungsbau zu betreiben, und vor allen Dingen, dass es auch teuer geworden ist, hier Wohnungsbau zu betreiben, und dass es endlos lange dauert, bis man eine Baugenehmigung bekommt.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Alles widerlegt!)

Das haben wir hier alles abgefragt. Widerlegt ist hier gar nichts, Herr Kollege Pohlmann, umschrieben worden ist das, aber widerlegt ist hier nichts!

(Beifall bei der CDU)

Das fängt auch gleich in Frage 2 an, in der über die personelle Ausstattung von Sachbearbeitern bei der Abarbeitung von Baugenehmigungen gesprochen wird. Da wird natürlich die große Fluktuation zugegeben, dass man auch zu wenig Personal hat, dass man auch dabei ist, das zu verbessern, aber es stehen keine Zeitpunkte dabei. Dann geht es mit der Frage 3 weiter: Da wird uns von der Bauwirtschaft gesagt, es dauert acht bis zwölf Monate, eine Baugenehmigung zu bekommen, teilweise sogar länger als ein Jahr. Hier wird also ein bisschen herumgedoktert und herumphilosophiert, wie es ist mit genehmigungsfrei und nicht genehmigungsfrei und wie unterschiedlich etwas ist. Es gibt erhebliche Unterschiede, das haben die festgestellt und Erhebungen gemacht, zwischen dem Umland und Bremen, und das ist auch bis heute nicht beseitigt, dazu habe ich nämlich aktuell auch noch einmal nachgefragt.

Es hätte ja sein können, dass in diesen vier Monaten nun plötzlich viele neue Leute eingestellt worden sind, das ist aber wohl eher nicht der Fall.

Wenn wir dann weitergehen: Da haben wir über die Kosten gesprochen, die der Wohnungsbau verursacht, insbesondere die Nebenkosten. Wenn wir dann bei Frage 4 sehen, dass die Vermessungskosten ganz entscheidend sind, dann haben wir doch erhebliche Abweichungen und Unterschiede zum Umland, und da kann man nicht einfach Vergleiche mit anderen Großstädten ziehen. Wir sind eine Enklave, wir leben im Umfeld von Niedersachsen, und da können wir uns nicht mit anderen Großstädten vergleichen, sondern müssen darauf achten, dass wir so viele Einwohner wie möglich bei uns behalten, damit die hier ihre Steuern bezahlen und nicht im Umland. Deswegen müssen wir, was das Umland betrifft, auch ein bisschen konkurrenzfähiger werden.

(Beifall bei der CDU)

Da hilft es uns gar nichts, wenn man dann sagt, das ist zwar alles etwas teurer, doch wir müssen auch darauf achten, dass wir auf unsere Vollkosten kommen. Das ist alles richtig, aber es hilft uns natürlich bei den Abwanderungsgedanken vieler Menschen überhaupt nicht.

Dann kommen wir zu den Baugenehmigungen, da rechnen Sie dann auf Einwohnerwertung um und sagen, auf 1 000 Einwohner ist das gar nicht so schlecht. Da sind die Baugenehmigungen, wenn man das so betrachtet, zurückgegangen. In Wirklichkeit sind sie der Anzahl nach natürlich nicht zurückgegangen, Sie haben es selbst hier dargelegt. Wenn man Bremen und das Umland vergleicht, dann sind natürlich Baugenehmigungen im Umland nach wie vor in höherem Maße vorhanden als in Bremen. Man muss dies dann auch direkt vergleichen, wir haben direkt nach dem Umland gefragt. Wenn man fragt, wie es denn eigentlich mit Wohnungsbaugebieten ist - wir wissen nun aus dem GEWOS-Gutachten und auch anderen Studien, die LBS hat es auch gerade wieder gesagt, die Nachfrage nach Wohnraum ist nach wie vor da - und dann nachfragt, was haben Sie entwickelt, dann stellen wir fest, dass das alles Dinge sind, die in der Großen Koalition begonnen worden sind, dass in dieser Tabelle 3 auf der Seite 6 kein einziges Gebiet ist, was vorher nicht schon bearbeitet worden ist. Das ist natürlich nach zwei Jahren rot-grüner Koalition ein Armutszeugnis, das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

Nein, das ist doch gar nicht wahr, Sie haben selbst festgestellt, dass wir erheblichen Wohungsbedarf haben! Das ist leider so.

Dann kommt die Baulücke, die muss dann dafür herhalten. Da wird zweimal gesagt, hier haben wir noch 3 000 Möglichkeiten für Baulücken, und in Frage 15 werden noch einmal 7 000 Baulücken aufgelistet. Wir wissen aber ganz genau, dass wir schon erhebliche Leistungen für die Baulücken erbracht haben, was auch gut ist, das wollen wir auch. Aber was stellen wir fest? Die Baulücken, die hier noch aufgelistet sind, sind so schwer zu vermarkten, meistens sind es Privatgelände und schlecht zugeschnittene Grundstücke, die stehen auf dem Papier zwar als Baulücke, werden aber in den nächsten Jahren nicht entwickelt werden. Deswegen kann man nicht immer die Dinge hochrechnen und sagen, das können wir alles in Baulücken machen, und da brauchen wir gar nicht mehr so viel. Das ist leider vorbei. Die Baulücken, die schnell zu bebauen waren, sind bebaut, und deswegen muss man mit diesen Sachen etwas vorsichtiger umgehen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Nun ist die Luft raus!)

Nein, die Luft ist überhaupt nicht aus, weil es eine ganze Menge ist, die Sie hier beschrieben, aber nicht gelöst haben. Sie haben mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben.

Das ist natürlich etwas schade, denn die Entwicklung ist über uns hinweggegangen, und Sie müssen sich jetzt sehr beeilen, neue Aktivitäten zu entfalten und aus den von GEWOS vorgegebenen Sachen etwas zu machen. Das heißt auch zu überlegen, ob man die Baunebenkosten und Vermessungskosten reduzieren kann und einen Angleich an das Umland schafft, indem man Wohnraum dadurch bereitstellt, dass man auch wieder neue Flächen entwickelt. Das sind Sachen, die ietzt im Grunde genommen neben dem Leitbild, das Sie zu bearbeiten haben, aber insbesondere aufgrund der GEWOS-Studie, die den Wohnungsbau und Baubereich betrifft, erheblich schneller in die Wege geleitet werden müssen als das neue Leitbild 2020 der Stadtentwicklung. Wir brauchen in den nächsten Jahren bis 2015/2020 15 000 neue Wohnungen, und dazu müssen wir die Antworten von Ihnen hier bekommen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. Pohlmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte in meinem Redebeitrag aktuell auf die Große Anfrage der CDU eingehen, die eben hier in einigen Bereich vom Kollegen Focke vorgestellt wurde. Ich stelle fest, wenn man sie ordentlich durchgelesen hat: In der Antwort des Senats auf die Große Anfrage ist im Wesentlichen eines widerlegt worden, was Sie, Herr Kollege Focke, eben hier versucht haben, an einigen Punkten infrage zu stellen. Sie haben stattdessen versucht ein Bild aufzubauen, das folgendermaßen aussieht: Hier in Bremen bringt die rot-grüne Regierungskoalition nichts zustande, hier gibt es Vorschriften, die alles behindern, sodass der Wohnungsbau nicht vorankommt, und eigentlich müssten wir hier alles viel flotter und schneller machen; die Große Koalition hat alles richtig gemacht. Das ist das Bild, das Sie uns mit Ihren Fragestellungen und Ihrem Diskussionsbeitrag hier vermittelt haben. Ich bitte aber der Redlichkeit halber einmal, die Punkte durchzugehen! Ich mache das nur einmal in einigen Bereichen: Wie sieht es in der Beantwortung der Fragen aus? Es wird eindeutig gesagt, es gibt Nachbesetzungen innerhalb der Sachbearbeitung bei den Bauanträgen! Es wird ganz konkret gesagt, hier gibt es einen Handlungsbedarf! Es wird auch deutlich gemacht, dass - das ist richtig, was Sie in dem entscheidenden Punkt gesagt haben - viele sagen, das dauert viel zu lang, aber es wurde auf die Sachlichkeit zurückgeführt, dass in vielen Bereichen, auch in Bremen, die Bauantragstellung schneller ist. Hier wird also etwas pauschal in den Raum gestellt, was jedoch widerlegt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Bereich, den ich benennen möchte, sind höhere Erschließungskosten. Wir sind hier auch im Vergleich mit anderen Großstädten im unteren Bereich, man kann das hier nicht mit den Umlandgemeinden vergleichen, die im Wesentlichen von einer ländlichen Struktur geprägt sind. Also auch hier Fachlichkeit. Herr Kollege Focke, auch das ist erklärbar! Darüber hinaus, und das ist doch der Punkt, hat der Senat beantwortet, dass es nicht nur in Bremen oder umzu, sondern bundesweit einen Trend hin zu weniger Bautätigkeit gibt. Erstaunlich ist aber, dass wir in den letzten Jahren - und im Jahre 2008 ist es erstmals so gewesen - in der Stadt Bremen mehr Bautätigkeiten haben als in den Umlandgemeinden, und ich finde, das ist eine Trendwende, die ist gut und zeigt, dass wir mit unserem politischen Anspruch hier richtig liegen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das zu der Großen Anfrage der CDU! Ich werde versuchen, in der Frage der Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik, wo die Frage des Wohnungsbaus auch eine wichtige Frage ist, die Frage, wie wir unsere Flächen zukünftig in Anspruch nehmen oder nicht, wie die Frage der Innenentwicklung unserer Stadt aussieht - -. Dies sind zentrale Fragen für die Zukunft, und ich möchte betonen, dass diese Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik ein ganz zentrales Thema der rot-grünen Regierungspolitik ist. Die Überarbeitung, die Neupositionierung des Stadtentwicklungskonzeptes von 1999 und die Einleitung eines Arbeitsprozesses zur Einstellung oder zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes von 1984 sind notwendige Schritte, um den objektiv veränderten Bedingungen der Entwicklung unserer Stadtgesellschaft gerecht zu werden. Gestatten Sie mir zwei wesentliche Punkte hierfür zu benennen: Erstens, es ist wissenschaftlich belegbar festzustellen, dass es immer weniger junge Menschen sein werden, die in unserer Gesellschaft leben, und der Anteil von Älteren wird zunehmen. Diese wesentliche, gravierende gesellschaftliche Veränderung fordert eine zukunftsweisende Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik. Ich mache hier nur einmal in Klammern auf: Es werden wesentliche Fragen sein, wie es uns über Fahrstuhlprogramme, über bestimmte altersgerechte Baumaßnahmen gelingt, insbesondere im Bestand des sozialen Wohnungsbaus, dafür die Grundlagen zu schaffen, dass Menschen die Möglichkeit haben, auch weit in ihr hohes Alter hinein an ihrem Wohnort und in ihrer Wohnung zu bleiben. Das sind ganz entscheidende zentrale Fragen, einmal für die Menschen selbst, zum Zweiten aber auch für die Investitionstätigkeit, für eine Wohnungsbaupolitik, die dieser demografischen Entwicklung gerecht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens, der Strukturwandel der Wirtschaft, eine Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft bei einer gleichzeitigen Tendenz der Herausbildung und Stärkung des industriellen Kernbereichs, auch das ist, glaube ich, wichtig in diesem Leitbild umrissen. In der Mitteilung des Senats wird formuliert, das neue Leitbild der Stadtentwicklung soll Bremen Zukunftsperspektiven, Ziele und Werte verdeutlichen und einen Orientierungsrahmen nach innen und außen darstellen. Dies ist ein richtiger Ansatz. Wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion sehen, dass diese wichtigen politischen Fragen mit ihren strategischen Ausrichtungen, nämlich eine Auswirkung mindestens mit Blickrichtung für die nächsten zehn Jahre, nur

mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und aller relevanten gesellschaftlichen Kräfte beantwortet werden können.

Ich knüpfe noch einmal an die Debatte an, die wir eben gerade im Zusammenhang mit der Novellierung und Neuaufstellung des Beirätegesetzes haben. Ich glaube, das ist ein wichtiger Prozess. Ich möchte es als wichtig erachten und finde auch, dass es in der Erarbeitung dieses ganzen Prozesses und auch der Dokumente richtig war, hier eine ressortübergreifende zentrale Arbeitsebene von den einzelnen Senatsressorts einzusetzen. Dies macht deutlich, dass wir hier eine gut abgestimmte Positionierung aus dem Bereich Bau, Stadtentwicklung, mit Wirtschaft und Soziales haben, ich finde das sehr gelungen und finde auch, dass dies das Ganze noch einmal abrundet. Ausgehend von der Einschätzung, dass es uns nicht nur darum geht, jetzt dieses Papier vorzulegen, sondern auch den Anspruch, den Rot-Grün für sich mit dieser neuen Legislaturperiode vorgenommen hat - -.

Wir wollen eine Politik entwickeln, der es insbesondere gelingt, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog einzutreten und diese Prozesse zu diskutieren. Das ist hier mit dem Leitbildprozess beispielhaft gelungen. Die Auftaktveranstaltung ist vor gut einem Jahr gewesen, am 8. Juli 2008, viele von Ihnen waren dabei und konnten sie miterleben. Es folgten sieben Themenworkshops, dort bestand die Möglichkeit, sich fachbezogen zu informieren und zu diskutieren. Wir hatten vor der Sommerpause im späten Frühjahr eine Abschlussveranstaltung, die weit über unsere Stadt hinaus Resonanz gefunden hat, dort wurde noch einmal beispielhaft dieser Prozess dargestellt. Gleichzeitig glaube ich, neben diesem positiven Effekt des Beteiligungsprozesses ist es für uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion wichtig zu betonen, dass wir jetzt auch diese Diskussionen vor Ort, in den Stadtteilen, weiterführen müssen. Wenn man es realistisch einschätzt, gibt es da noch einen Handlungsbedarf. Wie gelingt es uns, das, was hier diskutiert worden ist, was hier Strategie der Politik in diesem Bundesland, dieser Stadt, ist, auf die einzelnen Stadtteile herunterzubrechen, und wie gelingt es auch hier, die Menschen mitzunehmen? Ich glaube, es ist eine interessante und wichtige Aufgabe, dies hier mit Initiativen und Beiräten zu tun.

In kurzen Punkten noch einmal zu einigen Inhalten, die für mich und meine Fraktion wichtig sind! Es geht einmal um die Frage der lebendigen Quartiere, die hier auch noch einmal entwickelt worden sind, und dazu vielleicht noch einige Anregungen. Es ist auch hier deutlich geworden, welche Bedeutung der Senat und wir als Koalition

dem beimessen, was die Entwicklung der sozialen Infrastruktur betrifft. Darüber hinaus finde ich es gelungen, darauf hinzuweisen, dass Maßnahmen der unterschiedlichsten Ressorts für die Stadtteile zukünftig noch besser abgestimmt und gebündelt werden sollen. Dieser Ansatz ist vernünftig! Ich verweise darauf, dass wir als Politik eine riesengroße Aufgabe, aber auch Chance, mit der Fortführung von WiN, Wohnen in Nachbarschaft, haben. Dieses läuft Ende nächsten Jahres aus, und wir müssen uns darüber unterhalten, wie es weitergeht. Wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion sagen, wir müssen dieses sehr wohl analysieren, aber vom Kern her müssen wir dies verstetigen und fortführen! Was Bündelung betrifft, sollen wir hier auch die Chance nutzen, einmal die Fragen anderer Ressorts, des Stadtteilmarketings und anderer Bereiche mit in den Blick zu nehmen!

Zum Schluss zum GEWOS-Gutachten, das hat Kollege Focke ja eben noch einmal angesprochen, dabei geht es natürlich um die Frage des Wohnungsbedarfes. Deutlich geworden ist, in 18 von 23 Stadteilen ist der Wohnungsmarkt ausgeglichen, bis 2020 werden in nur fünf Stadtteilen passende Wohnungen knapp, und wir brauchen eine Stadtentwicklungspolitik, die auf Innenverdichtung, Baulücken und Wohnraum in attraktiven Lagen setzt, das ist die Zukunft! Wenn die CDU weitere Neubaugebiete zur Schließung favorisiert und Grünflächen dicht betoniert, so ist dies eine Politik von vorgestern, die an den Wünschen der Menschen vorbeigeht und scheitern muss. In diesem Sinne finde ich, dass wir mit diesem Leitbild ein gutes Dokument haben, die Diskussion fortzuführen. Wir sollten das auf einzelne Stadtteilebenen herunterbrechen. Wir werden dort als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion mit dabei sein, und wir bedanken uns noch einmal für diese guten Vorgaben auch vonseiten des Senats!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst über das Leitbild Bremens sprechen, weil ich glaube, dass das ein ganz zentrales Projekt für Bremen ist. Der Senat legt uns heute ein Leitbild für die Bremer Stadtentwicklung bis 2020 vor. Wir Grünen begrüßen dieses Leitbild ausdrücklich, weil es auf den Potenzialen, die

Bremen auszeichnet, aufbaut, aber genauso die Herausforderungen, vor denen Bremen steht, klar benennt, konkrete Ziele formuliert und eine Aufforderung an die ganze Stadtgesellschaft ist, Bremen für die Zukunft unter dem Motto "lebenswert, urban, vernetzt" weiterzuentwickeln, und das ist eine großartige Aufgabe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stadtentwicklung ist ein komplexer gesamtgesellschaftlicher Prozess, der sich nicht am Reißbrett planen lässt und der vor allem keine One-Man-Show eines einzelnen Bausenators ist, sondern darauf angewiesen ist, dass sich viele Menschen einmischen, sich engagieren, dass die verschiedenen Ressorts miteinander und nicht gegeneinander arbeiten und dass bei Kontroversen, die es natürlich auch gibt und weiterhin geben wird, der gegenseitige Respekt nicht unter die Räder kommt. Das sind die Ziele, die das Leitbild Bremen 2020 formuliert: Eine grüne Stadt am Wasser mit hohen Erholungs- und Umweltqualitäten, eine sozial gerechte Stadt, eine Stadt des exzellenten Wissens, ein attraktiver und innovativer Wirtschaftsraum mit einem vielfältigen vitalen Arbeitsmarkt, eine Stadt guter Nachbarschaft mit der Region und eine Stadt voller Bürgersinn und Sinn für gemeinsam entwickelte Ziele und Projekte.

Bremens Leitbild von der Zukunft fußt auf der Vergangenheit und auf der Gegenwart. Es benennt seine Stärken, aber auch seine Schwächen, insofern läuft dieses Leitbild auch nicht Gefahr, vom Boden Bremens abgehoben zu sein, ganz im Gegenteil. Es benennt und analysiert zehn Handlungsfelder, die für die zukünftige Stadtentwicklung zentral sind, vom demografischen Wandel und den finanziellen und wirtschaftlichen Herausforderungen über Bildung bis hin zu Fragen des Wohnens und dem Umgang mit dem Klimawandel. Für all diese Bereiche werden Ziele und mögliche Aktivitäten umrissen und mit teils sehr konkreten Zielvorgaben versehen. Ich kann hier nur ein paar Beispiele nennen, die aus grüner Sicht von besonderer Bedeutung sind. Bremen will bis 2020 die Innenentwicklung unterstützen und möglichst viele brach gefallene oder minder genutzte Flächen für eine Revitalisierung nutzen.

Bremen will den Abstand zwischen den zehn ärmsten und den zehn reichsten Stadtteilen verringern und die Stadt zum Kompetenzzentrum des Nordens für erneuerbare Energien, effiziente Energieerzeugung und Klimaschutz entwickeln. Bremen will den Anteil der Schulabgänger mit erfolgreichem Abschluss bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund von zurzeit 80 Prozent auf 85 Prozent erhöhen und bis 2020 erreichen, dass

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

die Universitätslandschaft Bremen zu den hochleistungsfähigsten deutschen Wissenschaftsstandorten mit hoher Attraktivität zählt. Das sind wahrlich große Herausforderungen und Ziele, und diese Beispiele zeigen vor allem, dass im Leitbild Bremen 2020 das Thema Bauen und Wohnen nur eines unter vielen gleich wichtigen Themen ist.

Das Leitbild ist gleichsam das Dach, das all die Einzelthemen verbindet, an denen die Koalition seit Regierungsbeginn arbeitet. Das Leitbild ist natürlich sehr ambitioniert, und wir hoffen, dass ganz viele Bremerinnen und Bremer weiterhin engagiert an der Umsetzung dieses Leitbildes mitarbeiten.

Da ich hier nun als bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecherin stehe und wir diese Leitbilddebatte - Herr Focke hat es gesagt - gemeinsam mit der Großen Anfrage der CDU zu den Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen verbunden haben, will ich noch ein paar Anmerkungen zu Ihrer Großen Anfrage machen. Da drängt sich mir allerdings der Eindruck auf, dass die CDU mit ihren Fragen vor allem auf den Eindruck zielt, dass in Bremen die Baugenehmigungen zu schlecht sind, dass es einen Baurückgang gibt, dass Bauen in Bremen im Vergleich mit dem Umland zu teuer ist. Ganz verkürzt kann man sagen, sagt die CDU, Baugenehmigungsrückgang ist absolut schlecht, und Baugenehmigungszuwachs ist absolut gut. Das ist aber an der Wirklichkeit weit vorbei, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist eine Tatsache, dass die Baugenehmigungen in ganz Deutschland zurückgehen, und wenn man die Zahlen genauer betrachtet, gehen sie augenblicklich sogar im Umland deutlich stärker zurück als in Bremen. Ich glaube, das zeigt doch wohl, wohin der Trend geht und was wir nachdrücklich unterstützen, nämlich den Trend zurück in die Stadt. Das ist das, worauf Bremen setzt, und das ist auch das Ziel des Leitbildes Bremen 2020.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist einfach so, Herr Focke, die Zeit für große Einfamilienhausgebiete ist einfach aus demografischen Gründen vorbei, das begrüßen wir. Ich glaube, und auch das steht in der Antwort auf Ihre Große Anfrage, dass es zukünftig um gezielten Neubau gehen wird, um Sanierung des Bestandes, um das Schließen auch schwieriger Baulücken - das, gebe ich zu, ist nicht alles einfach! - und auch um die Arrondierung einzelner beste-

hender Baugebiete. Das sind Bremens Zukunftsaufgaben, dazu wird der Senat im Herbst eine Wohnungsbaukonzeption vorlegen, Herr Focke, und dann können wir uns intensiv mit dieser Konzeption auseinandersetzen und schauen, ob der Senat hier auf einem richtigen Weg ist, wovon ich einmal ausgehe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Probleme will ich keineswegs verschweigen. Es ist richtig, das Bauressort hat nicht ausreichend Personal, ich glaube, es ist nicht das einzige Ressort. Mit dieser Frage müssen sich alle Ressorts auseinandersetzen, dies ist der finanziellen Situation Bremens geschuldet. Es kann gut möglich sein, dass wir bei der Frage der Bearbeitungsdauer von Baugenehmigungen ein Stück besser werden müssen, und das Bauressort hat dies auch verstanden und ist dabei - jedenfalls verstehe ich die Antwort des Senats so -, dass wir in Zukunft bei den Baugenehmigungen auf zügiges Tempo achten werden.

In Bremen ist Baugrund teurer als im Bremer Umland. Das ist in allen Großstädten so, das ist kein spezifisch bremisches Problem. Wir haben hier in der Großstadt aber einen riesigen Vorteil, wir haben alles, was junge Familien, junge Menschen und alte Menschen brauchen. Diesen Trend zurück in die Stadt wollen wir weiterhin unterstützen, und den Menschen, die nach Bremen kommen, wollen wir es hier so gut und attraktiv wie möglich machen.

Das ist - um wieder zu dem Leitbild zu kommen - mit das oberste Ziel des Bremer Leitbilds, nämlich eine attraktive Stadt Bremen für das Jahr 2020 zu schaffen, und ich hoffe, dass auch die Kollegen von der CDU an der Verwirklichung und Umsetzung dieses Leitbilds engagiert mitarbeiten werden. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. Richter (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen in Verbindung mit Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik auf Basis der Leitbilddiskussion der letzten eineinhalb Jahrebeides gehört natürlich zusammen, aber ich gebe dem Kollegen Focke recht, der Stadtentwicklungsprozess der nächsten gut zehn Jahre geht weit über das Thema Perspektive des Bauens

und Wohnens hinaus. Man hätte es vielleicht doch getrennt debattieren sollen.

Vielleicht zunächst ein paar Anmerkungen zu den Antworten des Senats auf die Fragen der CDU zu den Aussagen der GEWOS-Studie zur Wohnungsneunachfrage im Zeitraum bis zum Jahre 2020!

Dass die Baugenehmigungszahlen des Wohnungsneubaus seit einigen Jahren stark rückläufig sind, ist nichts Neues. Hierfür gibt es verschiedene Gründe: die momentan weitgehende Sättigung der Märkte, die demografische Entwicklung, die Einkommensentwicklung, die es gerade jungen Starterfamilien immer schwieriger macht, sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen zu können, die Reurbanisierungstendenzen, in jüngster Zeit auch die weltweite Finanzkrise, das Platzen der Immobilienblase in den USA, aber auch in Europa, in Spanien, Großbritannien oder auch Dänemark. Dieser Kelch ist an uns vorbeigegangen, da wir in Deutschland seit Mitte der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts keine Überhitzung der Wohnungsmärkte mehr erlebt haben.

Schauen wir einmal, wie sich in den nächsten Monaten die Verzinsung der Sparguthaben von nahezu null Prozent auf unseren Immobilienmarkt auswirken wird! Viele denken wieder an Investitionen in Sachwerte, vielleicht führt dies zu einer leichten Belebung des Neubausektors. Bei den Bestandsimmobilien ist zumindest bereits ein leichter Hauch von Belebung spürbar.

Zur Anfrage zurück! Problematisch und erschreckend, trotz nachlassender Antragszahlen fehlt oder besser fehlte es an ausreichendem Personal, um eine zeitnahe Antragsbearbeitung zu gewährleisten. Eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 74 bis 92 Tagen für Bauanträge im vereinfachten Verfahren, wie aus der Antwort zu entnehmen ist, ist nicht akzeptabel und dem Bauwilligen auch nicht zumutbar. Auch bei Modernisierungen, Umbauten oder der Genehmigung von barrierefreien Zugängen auf öffentlichem Grund vergeht oft mehr als ein halbes Jahr. Das bedeutet, dass dieienigen, die etwas investieren wollen. manchmal in den Winter hineinrutschen und erhebliche Mehraufwendungen haben, die gar nicht in der Finanzierung berücksichtigt wurden - eigene Erfahrungen von mir als betroffenem Bauherrn.

Konkurrenz mit den Umlandgemeinden im sogenannten Speckgürtel: Attraktive Angebote locken junge Familien, obwohl es im Einzelfall immer auf eine Gesamtbetrachtung ankommt. Günstigere Vermessungskosten, niedrigere Erschließungskosten sind attraktiv, aber nur eine Seite der Medaille. Kurze Wege, eine gute Infrastruktur und Betriebskosten, die mit denen des Umlands vergleichbar sind, wenn man einmal die Grundsteuer nicht betrachtet, diese Argumente müssen transportiert werden, das geschieht noch viel zu wenig. Eines wird aus der Antwort zu Frage 6 deutlich: Wir müssen unsere bestehenden Wohnquartiere wieder attraktiver und schöner machen. 50 Prozent der Wohneinheiten, die in Innenbereichen neu entstehen, entstehen erschließungskostenfrei an bestehenden Straßen, das ist doch ein gutes Argument für eine Verstärkung der Innenentwicklung.

Antwort zu Frage 10: Die Nachfrage in Baugebieten mit einem Angebot an günstigen Immobilien ist deutlich zurückgegangen. Das ist auch kein Wunder, wer zu den sogenannten Schwellenhaushalten - diesen Begriff finde ich zwar fürchterlich, aber er wird immer wieder genutzt - gehört und sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen muss, der stellt seinen Immobilienwunsch zurück. Das sieht in den hochpreisigeren Segmenten zurzeit noch etwas anders aus.

Führen überzogene Vorschriften zu Energieeinsparungen in Bremen zu einer vermehrten Nachfrage im Umland? Im Segment des Wohnungsneubaus ist dem Senat sicherlich zuzustimmen: Jedem, der heute baut, ist bewusst, die Energiekosten werden in der Zukunft wieder drastisch anziehen. Die höheren Entstehungskosten rechnen sich in der Regel schon mittelfristig. Hohe Energiestandards sind durchaus im Trend und lassen sich besser als Standard vermarkten.

Zum Angebot an Flächen, ein Thema lautet nachher noch Osterholzer Feldmark: Laut GEWOS-Studie ist derzeit ein Potenzial für rund 17 000 Wohneinheiten vorhanden. Nachfragegerecht und darauf kommt es wohl an - sind davon gerade 9 300 Wohneinheiten. Bei einem ermittelten Bedarf bis 2020 von etwa 15 000 Wohneinheiten das ist nicht nur Neubau, sondern dazu gehört auch Modernisierung und Entwicklung von Brachen - müssen wir uns etwas einfallen lassen. Ein Trugschluss wäre allerdings, teure große Neubaugebiete erschließen zu wollen, für die keine entsprechende Nachfrage erzeugt werden kann. Innenverdichtung, Urbanität, gute verkehrliche Erschließung, gute Infrastruktur, kurze Wege, all das sind Pfunde, mit denen wir an vielen Stellen in unserer schönen Stadt wuchern können.

Bis Herbst soll auf Basis der GEWOS-Studie hoffentlich in Abstimmung mit allen Kammern und Verbänden, die etwas von Stadtentwicklung und Wohnungsbau verstehen und damit zu tun haben, eine Konzeption für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 erarbeitet werden. Wichtige Faktoren für die Perspektiven des Bauens und Wohnens in der

Zukunft sind nicht nur ein ausreichendes Flächenpotenzial, sondern auch generationsübergreifende Wohnformen, Angebote für gemeinschaftliches Wohnen, barrierefreie Gestaltung, Energieeffizienz und die vielen anderen bereits von mir genannten Ansprüche der Nachfragegruppe, die wir erreichen wollen. Wer sich einbildet, ietzt ein Konzept zu erarbeiten, um dann für die nächsten 20 Jahre die Hände in den Schoß zu legen, muss wissen, das funktioniert nicht. Stadtentwicklung und Immobiliennachfrage sind von sehr vielen Faktoren abhängig, die teilweise auch sehr kurzfristig greifen. Eine kontinuierliche Marktbeobachtung und eine ständige Anpassung der Konzepte nur so kann sich Bremen fit machen für die Zukunft.

Bremen im Jahr 2020: lebenswert, urban, vernetzt. Die Resonanz der Bürgerinnen und Bürger auf das Angebot der Beteiligung im Rahmen des Leitbildprozesses war enorm; zumindest zum Teil spannende Foren, nicht alle waren spannend. Ein Ergebnis, auf das man aufbauen kann! Ein Endbericht, der deutlich macht, worauf Bremen zeitnah Antworten finden muss, um die Unverwechselbarkeit zu erhalten und das Ziel "Bremen lebenswert, urban, vernetzt" bis zum Jahr 2020 zu erreichen! Da ist noch ein hartes Ringen auf allen Ebenen erforderlich, doch es lohnt sich für Bremen. Packen wir es trotz aller Unterschiede in den Einschätzungen gemeinsam an! - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, nicht besonders erfreut, dass wir heute die Große Anfrage der CDU-Fraktion zu Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen debattieren. Das ist nämlich eine Anfrage, zu der uns bis Ende letzter Woche die Antwort nicht vorlag, nachdem mehrere Monate des Fragenbeantwortens vergangen sind. In der Zwischenzeit liefen auch anderweitige Debatten, und, Herr Focke, ich gebe Ihnen recht, ich finde es auch nicht gerade glücklich, wenn wir hier die zwei Themen miteinander verbinden, die eigentlich eigenständig diskutiert werden sollten.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: DIE LINKE war auch damit einverstanden!)

Dennoch werde ich mich jetzt in meinen Ausführungen im Wesentlichen auf die Große Anfrage beziehen. Die CDU will mit ihrer Großen Anfrage insbesondere wissen, weshalb die erteilten Baugenehmigungen im Jahr 2008 auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren seien und welche Ursachen vor allem der Senat dafür sieht, weitere Inhalte, sie wurden von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits benannt, werde ich nur exemplarisch anführen.

Die personelle Ausstattung der Genehmigungsbehörden ist, wie zu erwarten, viel zu gering. Wir weisen immer wieder in unseren Debatten darauf hin, dass eine bessere Personalausstattung in allen öffentlichen Behörden vonnöten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Dauer der Baugenehmigungsverfahren wurde hinterfragt mit nicht zufriedenstellenden Antworten, wie wir finden. Es wurde weiteres Zahlenmaterial angefordert, es wurde ein Vergleich mit Niedersachsen gezogen, auch Fragen zu Nebenkosten wurden gestellt, zu den Vorschriften von energetischen Standards und ganz zum Schluss noch eine kleine Frage zum Ausblick. Hierauf wurde geantwortet, dass bis zum Herbst ein Arbeitsprogramm entwickelt werden soll, das vor allem die Punkte Wohnbau, Flächenkonzeption, Wohnungsbauprogramm und Quartierentwicklungsprogramm beinhalten soll.

Aus Sicht der LINKEN ist es notwendig, in der zukünftigen Bremer Politik, die wir hier alle gemeinsam bestimmen, mehrere Aspekte in den Mittelpunkt zu stellen, als da wären:

Wohnen ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, das sollten wir immer im Hinterkopf behalten, und menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht für alle. Es scheint der Linksfraktion ab und zu so, als ob das hier im Parlament aus den Augen verloren wird. Der soziale Wohnungsbau steht so gut wie still, obwohl vor allem in Bremen die Nachfrage nach kleinem und kostengünstigem Wohnraum auch laut GEWOSBericht ständig steigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wohnraum ist in der Innenstadt nahezu unerschwinglich geworden, zumindest wenn man Eigentum erwerben möchte. Bezahlbare und familiengerechte Wohnungen gibt es bestenfalls in Stadtrandlagen oder im Bremer Umland.

Vor allem in Beantwortung der Frage 8 zur Bindung junger Familien an Bremen spricht der Senat von einer Wohnungsbaukonzeption mit

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Grundstücksangeboten in guten Lagen. Meine Damen und Herren, in guten Lagen, was heißt das? Derartige Ziele und Pläne führen nach Ansicht der Linksfraktion zu einer sozialen Entmischung der Bremer Gesellschaft mit einem gut situierten bis wohlhabenden Bürgertum auf der einen Seite und den eher sozial benachteiligten Großsiedlungen auf der anderen Seite. Das möchten wir in der Art und Weise nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE würde es vielmehr befürworten, wenn nicht nur Grundstücke, Gebäude oder Wohnungen in guten Wohnlagen in den Mittelpunkt gerückt würden, sondern der sozialen Wohnraumförderung, der ausgewogenen Verteilung von Wohnungsbeständen in den Stadtteilen ein weitaus höherer Stellenwert eingeräumt würde, als es bisher der Fall ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle nur gern raten, dass Sie Ihr Arbeitsprogramm hinsichtlich eines Quartierentwicklungskonzeptes bitte nicht aus den Augen verlieren mögen, vielleicht lässt sich das ja im Leitbild der Stadtentwicklung unterbringen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. Focke (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Richter sehr dankbar, dass er aus der Anfrage, die wir hier gestellt haben, viele Punkte herausgenommen hat, die man sich zu Herzen nehmen kann, wie man den Standort Bremen so attraktiv reden kann, dass er eben auch gewisse Vorteile gegenüber dem Umland hat, und das beinhaltet ja auch einen Teil dieser 15 Fragen. Wir haben ja keine ketzerischen oder frechen Fragen gestellt, Herr Pohlmann, wir haben Vergleiche - -.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Tendenziös schon!)

Nein, haben wir nicht! Wir wollten einmal wissen, wie es im Vergleich zum Umland aussieht, und es ist doch viel wert, wenn man das genau weiß. Dann kann man auch Ansätze machen, wie man zum Beispiel unsere Vorzüge gegenüber dem Umland, die wir durchaus haben - die auch genannt worden sind mit den kurzen Wegen, der Beweglichkeit und der Mobilität -, doch vielleicht

auch besser einsetzen kann, um mehr Werbung dafür zu machen, dass es sich auch lohnt, in der Stadt zu bleiben, anstatt vielleicht in das Umland zu ziehen, nur weil der Quadratmeterpreis etwas günstiger ist. Wir müssen uns etwas anderes einfallen lassen, und das kann man aus diesen Fragen hier auch teilweise ableiten. Die kann man dazu benutzen, um so ein Konzept mitzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal ganz deutlich betonen, ich habe überhaupt nicht über große neue Flächen gesprochen. Wir haben nur nachgefragt, was denn hinsichtlich des von der GEWOS vorgeschlagenen neuen Konzeptes eigentlich bisher unternommen worden ist, und das war eben nichts. Aber hier in Frage 15 haben Sie ja selbst formuliert, dass es eine Flächenbereitstellungsplanung geben muss. Flächen müssen bei der Nachfrage, die wir bis 2020 haben, natürlich entwickelt werden. Es muss ja nicht gleich die Osterholzer Feldmark sein, das will ich ja gar nicht damit gesagt haben,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP - Zurufe)

obwohl wir nicht dafür sind, dass wir die jetzt entwidmen. Das ist eine ganz andere Frage, denn das ist eine langfristige Frage, die ganz anders betrachtet werden muss. Dass Flächen bereitgestellt werden müssen, ist unbestritten, und deswegen, finde ich, sollte man diese Fragen ganz unaufgeregt diskutieren, die hier zum Teil auch im Vergleich zum Umland mit den Erschließungskosten, mit den Abwassergebühren, mit den Nebenkosten beantwortet sind, und sie dazu benutzen, etwas zu entwickeln, um Werbung machen zu können, wie es zum Beispiel andere Umlandgemeinden wie Lemwerder machen. Die machen richtig Werbung mit ihren günstigen Tarifen und verschenken teilweise Bauland, um die Leute in ihren Ort zu locken.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: In diesen Wettbewerb wollen wir nicht eintreten!)

Dann müssen wir uns eben etwas anderes einfallen lassen, um den Leuten zu sagen, hier ist es auch ganz schön, nun bleibt einmal hier oder kommt her! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich will in der gebotenen Kürze der restlichen Redezeit noch einmal versuchen, auf das vorgelegte Leitbild einzugehen! Ich teile das Unverständnis, dass man diese Anfrage und das Leitbild gemeinsam diskutiert. Meiner Meinung nach ist eine Leitbilddiskussion und die Frage, welche Konseguenzen daraus entstehen, ein Thema, dem man hier in diesem Haus die notwendige Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit widmen muss, und es ist nichts, was man einmal eben mit einer Anfrage zusammen abhandeln kann. Das ist für mich schon ziemlich ärgerlich, weil ich einfach finde, dass die Notwendigkeit, über eine andere Form von Leitbild auch für Bremen zu diskutieren und die auch weiterzuentwickeln, auch hier in der Bürgerschaft dann mit Konseguenzen und Leben zu erfüllen ist, und ich hoffe, dass es an anderer Stelle Gelegenheit gibt, das noch einmal zu tun.

Bremen hat ein Leitbild herausgestellt, und am Anfang steht die Frage: Nach welchen Maßstäben orientiert sich Bremen? Da sind Nachhaltigkeit, Innovation, gesellschaftliche Teilhabe, Wettbewerbsfähigkeit und stadtwirtschaftliche Vernunft genannt. Ich habe allein mit dem ersten Teil dieses Leitbildes schon deswegen Probleme, weil auch schon sprachlich oft schwer zu verstehen ist. worin eigentlich die Konsistenz dieses Leitbildes besteht. Da steht als Erstes: Nachhaltigkeit, und darunter steht: Das Leitbild will ökonomische, ökologische und soziale Balance. Ich finde, das ist etwas anderes! Wir haben immer eine bestimmte Form von Balance gehabt. Die Frage ist: Wie sieht diese Balance aus und ist sie nachhaltig? Allein die Tatsache, dass man in diesen Fragen Nachhaltigkeit haben will, wird hier sprachlich nicht weiterentwickelt.

Es wird Innovation in den Mittelpunkt gestellt, und es werden schöne Worte für die traditionellen Stärken Bremens gefunden: Neugierde, Offenheit und so weiter. Forschungsergebnisse an der Spitze technologischer und gesellschaftlicher Innovationen sollen in Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft zu nachhaltiger regionaler wie internationaler Vernetzung - -. Allein in diesem Punkt hätte man schon sagen können, dass es neben Innovation in Bremen ein Leitbild geben muss, das auch Konversion verlangt, also eine Veränderung für das, was wir an Produktionsweisen haben, beispielsweise für die Automobilindustrie. In der Kooperation geht es meines Erachtens nicht nur um Wissenschaft und Wirtschaft, sondern Stadt und Gesellschaft und möglicher-

*) Vom Redner nicht überprüft.

weise spielen wir hier im Parlament auch an dieser Stelle beispielsweise eine Rolle. In meiner Wahrnehmung hätte man das an der Stelle schon sagen können.

Gesellschaftliche Teilhabe wird benannt, und da deutet sich schon etwas an, was meines Erachtens dann später vollständig entlarvt wird. Für die Menschen soll unabhängig von Herkunft und so weiter die Möglichkeit bestehen, an der Stadtgesellschaft zu partizipieren und sich für die Stadt zu engagieren. "Partizipation an Stadtgesellschaft" ist meines Erachtens zu weich ausgedrückt, auch da hätte man schon sagen können: Wir wollen, dass die Leute mehr als bisher über Politik mitentscheiden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Nächstes wird "Wettbewerbsfähigkeit und stadtwirtschaftliche Vernunft" eingefordert, wobei "stadtwirtschaftliche Vernunft" meines Erachtens eine hervorragende, völlig neue Wortschöpfung ist. Ich habe mir überlegt, was das denn heißt, habe daraufhin den restlichen Text einmal gescannt und feststellen müssen: Wenn man Wettbewerbsfähigkeit und stadtwirtschaftliche Vernunft zusammennimmt, kommt etwas dabei heraus und da bin ich relativ sicher, dass die CDU an der Weiterentwicklung dieses Stadtentwicklungskonzepts gut mitarbeiten kann -, und zwar anbiedern und kürzen. Wettbewerbsfähigkeit stärken, ohne zu sagen, dass man auch ruinösen Wettbewerb eingrenzen will, sondern dass man sagt, Wettbewerb ist das Einzige, worauf wir abheben, und gleichzeitig diesen komischen Begriff "stadtwirtschaftliche Vernunft" zu benutzen, durch den deutlich wird, es geht darum, dass man einfach diesen gegebenen finanzwirtschaftlichen Rahmen und die mögliche Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand akzeptiert und weiter kürzen muss - da ist die Anschlussfähigkeit der CDU, was das angeht, groß, und das geht meines Erachtens an den konkreten Anforderungen vorbei.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf)

Sie haben eine Menge richtiger Fragen gestellt, auf die wir eine Antwort geben müssen.

Es werden unter anderem als Erstes die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen genannt, und als Antwort für dieses Dilemma steht da: Perspektive ist die wirtschaftliche Prosperität, und mehr Einwohnerinnen und Einwohner. Wir wissen, das hat in den letzten fünf Jahren schon nicht geklappt! Es hat eine wirtschaftliche Prosperität gegeben, daran hat Bremen nur begrenzt partizipiert, und die Entwicklung der Einwohnerinnen und Einwohner war durchaus durchsetzt, das

heißt, das allein als Perspektive zu beschreiben, finde ich zu kurz.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Was heißt denn durchsetzt? - Abg. Strohmann [CDU]: Ich höre gar nicht zu!)

Herr Strohmann, vielleicht lohnt es sich doch, zuzuhören! Vielleicht habe ich mich bei dem durchsetzt auch versprochen, ich meine natürlich, es war einmal so und einmal anders. Nur zu Ihrer Erklärung, damit Sie auch richtig verstehen, was ich sage!

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Und was wollen Sie jetzt?)

Wir reden über finanzielle Rahmenbedingungen, und ich sage, es reicht nicht, die gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen dadurch zu verbessern, dass es wirtschaftliche Prosperität gibt und dass wir mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben. Es gibt in diesem Haus eine Einigung darüber, dass wir ohne eine Veränderung der Steuerpolitik auf Bundesebene, bei der Bremen mehr Einnahmen hat und die Ungerechtigkeiten der letzten zehn Jahre und die Handlungsunfähigkeit von Bremen. Kommune und Land, überwunden werden, gerechtere Steuern auf viele Dinge haben wollen: Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer. Warum wird das nicht in Stadtentwicklung hineingenommen, dass es ein Teil des Zieles ist, auch durch entsprechende Bundesinitiativen die finanzielle Handlungsfähigkeit von Bremen wieder zu verbessern?

(Beifall bei der LINKEN)

Warum bezieht man sich nur auf Einwohnerinnen und Einwohner und auf wirtschaftliche Prosperität? Das ist mir unverständlich. Es gibt einen demografischen Wandel, das ist richtig, aber bei diesem demografischen Wandel wird so getan, als wäre das eine Aufgabe, der man sich irgendwie einmal in der Zukunft widmen muss. Ich bin sehr dafür, dass man sich auch in dieser Frage klarmacht, wenn wir diesen demografischen Wandel jetzt nicht vehement angehen, wird er uns überrollen, dann werden wir es zum Beispiel nicht schaffen, viele Jugendliche, die jetzt von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und abgekoppelt sind, wieder einzufangen. Da muss man deutlicher und konkreter werden; das, was da bisher steht, reicht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es braucht natürlich einen Wandel im Wohnungsbedarf. Natürlich müssen wir Segregationsprozesse bekämpfen, aber auch da sind die Antworten auf die Fragen, die wir uns stellen müssen, zu kurz. Wir brauchen einen Wandel in den Klimaund Umweltsituationen. In der Frage, muss ich sagen, ist dieses Konzept deutlich weiter, da benennt es sehr konkrete Dinge, die wir auch unterstützen. Ähnliches gilt bei der Mobilität, die später kommt.

Über den wirtschaftlichen Wandel haben wir vorhin schon geredet. Natürlich muss man auf Innovation setzen, natürlich muss man auf erneuerbare Energien setzen und so weiter. Trotzdem werbe ich noch einmal dafür: Wenn wir jetzt nicht anfangen und gesellschaftliche Anstrengungen unternehmen, bestimmte Konversionsprozesse von bestimmten Produktionsweisen anzugehen - und das geht nicht von allein, das regelt der Markt nicht allein, da braucht man Anstrengungen der Politik, des Landes und der Kommunen, um die Voraussetzungen für diese Form von Konversion zu schaffen - und diese Gedanken in ein Leitbild aufzunehmen, ist das Leitbild zu kurz.

(Beifall bei der LINKEN)

Dort steht "sozialer Zusammenhalt". Was dieses Leitbild deutlich macht, ist, dass in diesem Hause und zumindest bei den Erstellerinnen und Erstellern des Leitbildes noch nicht klar ist, dass wir es nicht mit einer statischen Situation zu tun haben. dass wir es auch nicht mit einer Entwicklung zu tun haben, die nach und nach schlimmer wird, sondern dass wir es tatsächlich mit sich selbst verstärkenden Armutsprozessen zu tun haben und wir diese Prozesse schneller bekämpfen müssen, als die Menschen arm zu machen. Auch an dieser Stelle ist das Leitbild zu kurz und geht an der Realität vorbei. Ich verweise da auf den Reichtums- und Armutsbericht, ich verweise auf andere Teile, die es gibt, darin steht es, da ist dieses Leitbild einfach nicht hinlänglich!

(Beifall bei der LINKEN)

Dann kommt die Wissensgesellschaft! Es wird relativ groß und breit auf Exzellenz, Forschung und Spitzenforschung abgehoben und so weiter. Gut, das kann man machen! Für mich ist Nachhaltigkeit in Wissenschaft und Bildung auch eine Frage, ob es bei Wissenschaft und Bildung nur die Frage der Exzellenz, des Wettbewerbs und der verwertungsorientierten Form von Bildung und Wissenschaft gibt oder ob wir die Begriffe der freien Wissenschaft und der nicht verwertungsorientierten Wissenschaft und Forschung auch noch im Blick haben, denn eine kurzfristige Orientierung auf Verwertbarkeit hat immer den Nachteil, dass man möglicherweise Entwicklungen in der Grundlagenforschung verschläft und in ein paar Jahren dann

zwar vielleicht in vielen Bereichen exzellent ist, aber die Basis und die Grundlagen fehlen.

Ich hätte mir gewünscht, dass dafür zumindest Platz in einem Leitbild für Stadtentwicklung ist, dass man das auch noch macht. Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Punkte, die mich richtig ärgern. Es kommt dann auch noch der Bereich, in dem man sagt, was Bremen konkret machen will. Ich sage einmal, da gibt es einen Punkt, der entlarvt dieses Stadtentwicklungskonzept vollständig. Da gibt es Bürgerbeteiligungen, es wird über Seiten entwickelt, wie wichtig Partizipation dafür ist und so weiter. Was man bis 2020 machen will, ist, das ehrenamtliche Engagement der Bürger um einen bestimmten Prozentsatz zu erhöhen, mehr nicht. Wenn das alles ist, was hinter einem solchen Leitbild in der Frage Partizipation und Bürgerbeteiligung steht, dann ist mir das deutlich zu wenig. Da gibt es andere Formen von Partizipation, da gibt es direkte Demokratie, darüber haben wir lange geredet. Die Erhöhung des Ehrenamtes allein ist wirklich ein Armutszeugnis an dieser Stelle des Leitbildes.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss! Es sind eine Reihe von Leitbildern geprägt worden, und ich glaube, unsere Stadt muss innovativ und nachhaltig sein. Wir brauchen eine grüne Stadt, zukunftsorientierte Unternehmen und so weiter. Ich habe dazu jetzt noch einmal drei Dinge! Ich frage mich, warum im Leitbild nicht aufgenommen wurde, dass Bremen 2020 auch eine Stadt mit einer stabilen und solidarischen öffentlichen Daseinsvorsorge und einer finanziell handlungsfähigen Politik ist. Warum ist in das Leitbild nicht aufgenommen worden, dass Bremen 2020 eine Stadt mit Demokratie und Partizipation ist, in der Bürgerbeteiligung mehr ist als die Beteiligung an Mängelverwaltung und die Verteilung ehrenamtlicher Aufgaben? Last, not least, warum ist nicht aufgenommen worden, dass Bremen 2020 auch eine Stadt der sozialen Sicherheit ist, eine Stadt der Mindestlöhne, eine Stadt der Existenzsicherung und Grundsicherung und eine Stadt der überwundenen Armut? - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ver-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

ehrter Kollege Rupp, ich habe mich über Ihre Rede wirklich geärgert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn man alles zusammennimmt, was Sie hier kritisieren, was im Leitbild nicht stehe, und vermuten, wohin die Stadt Bremen sich entwickeln wolle, weil Ihre Formulierungen nicht so in dem Leitbild stehen, wie Sie sie gern hätten, dann ist das, finde ich, ein Herummäkeln an einem Leitbild, das genau das tut, was Sie fordern, nämlich eine nachhaltige Stadt zu entwickeln; eine Stadt, die sich bemüht, sozial gerecht zu sein, die einzelnen Stadtquartiere zu entwickeln, die versuchen will, das weitere Auseinanderdriften von Arm und Reich zu verhindern, die sich um eine vernünftige zukunftsfähige Energiepolitik, um eine zukunftsfähige Mobilität und um einen attraktiven Standort bemüht, an dem zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen können, und die eine exzellente Uni-Landschaft hat. Unterm Strich höre ich eigentlich von Ihnen, wenn ich all das zusammennehme, was Sie hier jetzt kritisiert haben, nur die eine Forderung heraus, Bremen gibt nicht genug Geld aus, deswegen ist alles, was wir hier aufgeschrieben haben, schlecht. Ich finde, das ist zu wenig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, Sie sind jederzeit auch hier im Parlament aufgefordert, zu einzelnen spezifischen Fragen anderer Meinung zu sein. Ich glaube aber, wenn Sie den Prozess, wie man zu einem neuen Leitbild kommt, an dem sich Hunderte von Menschen, Bürgerinnen und Bürger beteiligt und ihre Forderungen und Wünsche von einem attraktiven Bremen angebracht haben, hier so herunterreden, dann, glaube ich, tun Sie dieser Stadt und auch den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt keinen Gefallen, weil wir nämlich mit diesem Leitbild die Bürgerinnen und Bürger ermuntern wollen, sich einzumischen und mitzumischen. Das sind die Ziele. an denen wir doch hoffentlich gemeinsam arbeiten und die wir nicht aus den Augen verlieren, und dann immer nur zu sagen, dass wir nicht genug Geld ausgeben, ist zu einfach.

Wir glauben, dass wir mit dem Leitbild wichtige Ziele benannt haben. Es wird nicht einfach sein, die alle umzusetzen, aber dass Sie hier nur davon reden, dass dies und jenes nicht reicht, ist, finde ich, ein schlechter Stil, der der Debatte um dieses Leitbild nicht gerecht wird. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich habe mir überlegt, ob ich mit dem Leitbild anfangen soll oder mit der Anfrage der CDU. Ich habe mich aber jetzt doch anders entschieden: Ich möchte zunächst einmal auf Sie eingehen, Herr Rupp, weil Sie ja, mit Verve vorgetragen, sagen - ich fand es teilweise auch sehr interessant -, das wäre alles viel zu abstrakt, nicht konkret genug und würde in die völlig falsche Richtung gehen, deswegen wäre es auch für die CDU so leicht anschlussfähig. Ich glaube, Sie haben das nicht gelesen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das muss ich schon sagen, wenn ich Ihnen so zuhöre. Wir haben eine klare Unterscheidung. Wir haben Leitbilder, wir haben Ziele, und wir haben Maßnahmen, und die sind sehr konkret unterlegt. Um es einmal konkret zu machen! Wir haben das Leitbild klimagerechte Stadt, dann haben wir das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 in dieser Stadt um 40 Prozent zu reduzieren, und wir haben als Maßnahmen: den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und so weiter. Da können Sie nicht behaupten, das würde irgendwie folgenlos und abstrakt am Wertehimmel hängen, sondern das sind sehr konkrete Maßnahmen, an denen wir uns auch gern messen lassen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Genauso ist es auch wieder beim Thema - das ist leider völlig daneben, das muss ich sagen - vitale Stadtquartiere, die haben wir als Leitbild, gut, ich gebe zu, das klingt ein bisschen abstrakt, Kollege Pohlmann hat vorhin von lebendigen Stadtquartieren gesprochen, das klingt vielleicht besser, aber das wird natürlich auch operationalisiert. Die Maßnahme ist eben Partizipation und Teilhabe, und die konkrete Umsetzung ist zum Beispiel das, was wir heute verabschiedet haben, das Beirätegesetz, auch das ist nicht folgenlos, sondern sehr konkret.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Da bin ich gleich einmal auf die nächste Debatte gespannt, wenn wir nachher über den Rettungshafen und so weiter reden. Wir haben ein ganz klares Leitbild, und das heißt kompakte Stadt, Innenentwicklung, Stadt der kurzen Wege, funktionale Durchmischung, wo wohnen, arbeiten, einkaufen, sich erholen und bilden dicht beieinander liegt. Das ist ein klares Leitbild: die Innenentwicklung. Das Ziel ist die Erschließung von Baulücken, die Revitalisierung von alten Brachflächen, die Arrondierung vorhandener Baugebiete und so weiter. Proiekte, die daraus folgen, sind dann beispielsweise die Bauleitplanungen für den Stadtwerder, also auch hier eine ganz konkrete Durchbuchstabierung und Umsetzung von Leitbildern über Ziele bis hin zu Maßnahmen. Daran lassen wir uns gern messen, und ich muss Ihnen leider vorwerfen, obwohl ich Ihr Urteil sonst schätze, Sie haben es einfach nicht gelesen oder Sie wollen es bewusst missinterpretieren, und das finde ich dann auch nicht so besonders gut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das, was ich zu Frau Nitz noch sagen wollte, war, in Ihrem Beitrag war viel Richtiges, das man unterstützen kann, was Sie da alles aber zum Beispiel allein aus der bloßen Tatsache herauslesen, dass man so ein Wort verwendet, man wolle gute Quartiere entwickeln, das ist ja dermaßen absurd! Wir haben vorletzten Samstag in Osterholz-Tenever, wo wir insgesamt über die Gewoba und öffentliche Mittel 72 Millionen Euro als Stadt investiert haben, einen Schritt getan, Osterholz-Tenever zu einem guten Quartier zu machen, damit ist überhaupt nicht das gemeint, was Sie meinen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Auch dieser Populismus, ich muss ehrlich sagen, nervt mich ein bisschen. Beim Rettungshafen, da reden wir noch darüber, man kann das so und anders sehen, es gibt Argumente dafür und dagegen, die werden wir nachher dann auch alle austragen, aber das Ganze dann auf "Hier sollen keine Bonzenwohnungen entstehen" zu reduzieren, das ist furchtbar billig, das muss ich ganz ehrlich sagen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Jetzt möchte ich aber zur CDU-Anfrage kommen! Mit der vorgelegten Beantwortung dieser Anfrage haben wir im Prinzip im Großen und Ganzen das bestätigt, was auch das GEWOS-Gutachten, das mindestens die Fachleute und die Insider schon kennen, untermauert. Im Kern wird eines deutlich: Bremen hat gegenüber dem Umland aufgeholt und muss in Zukunft verstärkt auf ein vielfältiges Spektrum an Wohnflächenangeboten setzen. Bremen kann wirklich viele Wohnsituationen bieten, die das Umland nicht bieten kann. Deshalb,

Herr Focke, ist auch Ihre Grundthese, dass wir per se in einem pauschalen Konkurrenzverhältnis zu unserem Umland stehen, nicht richtig, sondern jeder Standort hat seine spezifischen Vorteile. Ich glaube, dass im Gegenteil nur in Kooperation und mit Ergänzung der Angebote ein Wohnungsbauflächenangebot in der Gesamtregion, denn wir sind eine Gesamtregion, möglich sein wird. Dies ermöglicht dann auch hoffentlich mittelfristig eine qualitativ hinreichende und hochwertige Bautätigkeit.

(Abg. Imhoff [CDU]: Wie passt das denn mit dem Klimaschutz zusammen?)

Ich kann ja nicht alles auf einmal machen, lassen Sie mich erst einmal anfangen! Zum Klimaschutz komme ich noch, auch zur CDU! Ich glaube, dass sehr viele gute Gründe dafür sprechen, und zwar gleichermaßen ökologische wie ökonomische, dass wir sowohl im Regionskern als auch entlang der Infrastrukturachsen Baugebiete entwickeln, dass wir dort die Schwerpunkte der Siedlungsentwicklungen konzentrieren und damit der problematischen Tendenz der Zersiedelung entgegenwirken. Deshalb haben wir beispielsweise auch die Osterholzer Feldmark aus der Entwicklung herausgenommen, weil sie ein Synonym für falsche Grundorientierung ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die vorgelegten Statistiken zeigen - das wurde ja von vielen Rednern schon gesagt -, dass sich der relative Anteil der Bautätigkeit in Bremen bei insgesamt verringerter Bautätigkeit sogar erhöht hat und sich damit die Bremer Region genau in diese Richtung weiterentwickelt.

Anders als von der CDU unterstellt sind die Rahmenbedingungen in Bremen nicht schlechter als im Umland. Also reden Sie uns hier nicht herunter! So ist das Bauen in der Hansestadt nicht generell teurer - das ist belegt - als im Umland; ebenso sind die Wohnnebenkosten, die Gebühren für Abfallentsorgung, Abwasser, Trinkwasser und Energiekosten nicht höher als im Umland. Steuerliche Belastungen und Aufwendungen, die beim Bau über Vermessungsgebühren anfallen dürften, können kaum der Grund sein, dass Bremer Bürger bevorzugt im Umland bauen.

Die Probleme, die unser Ressort hatte und auch in vielerlei Hinsicht noch hat - die allgemeine PEP-Quoten-Diskussion will ich Ihnen hier ersparen -, haben wir angegangen, und es wird auch dort beschrieben. Es werden dort insgesamt fünf neue Stellen geschaffen, sodass wir klar zum Ziel haben, Baugenehmigungen zügiger zu erstellen.

Das ist unsere Ambition, und daran lassen wir uns auch gern messen. Insofern kann man sagen, dass die zunehmende Attraktivität Bremens, von der Frau Krusche auch gesprochen hat - diese Rückwanderungstendenz -, sich auch daran ablesen lässt, dass wir in Bremen steigende Bodenpreise haben. Das belegt die Attraktivität unserer Stadt.

All diese Fakten sind ein plausibler Grund dafür, dass der allgemeine Rückgang der Bautätigkeit in Deutschland Bremen nicht überproportional betroffen hat, sondern, wenn man denn so will, unterproportional. Es bleibt zu hoffen, dass die positiven Trends für die Stadt Bremen nicht durch Faktoren wie die Pendlerpauschale quasi wieder aufgehoben werden, die es wieder belohnen, weit herauszuziehen, das werden wir genau beobachten.

Klar ist auch, dass man nicht nur über die reinen Quantitäten reden kann. Die Zeiten, in denen immer nur neu gebaut wurde, sind im Wesentlichen vorbei. Wir haben noch Ausweitungen, wir müssen uns aber vor allen Dingen auf das Bauen im Bestand konzentrieren, und das ist eine Sache, die einfach auch empirisch klar vorliegt.

Jetzt zu Ihrem Zwischenruf: Es irritiert, dass die CDU vermutet, die Klimaschutzpolitik - ich habe das ein bisschen auch bei Herrn Richter herausgehört, aber wir hatten im Zwiegespräch die Gelegenheit, das noch einmal zu diskutieren - des Senats mache das Bauen in Bremen unattraktiv. Das schwingt ja bei Ihnen so zwischen den Zeilen mit. Ich glaube, das Gegenteil ist wahr,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

nämlich der Trend, dass sich klima- und energiegerechtes Bauen besser vermarkten lässt, weil die Energiekosten zunehmend zu einer zweiten Miete werden. Für viele Leute ist das ein riesiges Problem, deswegen legen wir bei der Gewoba auch so einen großen Wert darauf, dass energetische Sanierungen stattfinden. Ebenfalls müssen im Zuge der Reurbanisierungstendenz, dem verstärkten Rückzug von Menschen in die Kernstädte, neue attraktive Wohngebiete oder Wohnangebote in den zentralen Stadtbereichen und auch, darüber reden wir heute noch, an Wasserlagen entstehen. Dies und noch weitere Gesichtspunkte wie soziale und ökologische Fragen werden wir bald, das kam schon zur Sprache, in der derzeit bearbeiteten Wohnbaukonzeption berücksichtigen, die wir spätestens im November gemeinsam diskutieren werden.

Gerade die hierbei im Zentrum stehende Innenentwicklung, die aus einer Vielzahl von Gründen plausibel ist und sich auch im Leitbildprozess Perspektive Bremen 2020 befindet, wird nicht ohne Konflikte möglich sein. Das erleben wir zurzeit, das haben wir am Bunnsackerweg erlebt, das haben wir ietzt beschlossen, und das erleben wir ietzt am Stadtwerder. Ich hoffe, dass wir da auch zu einem guten Ergebnis kommen. Das erleben wir natürlich auch am Rettungshafen, wo wir uns auf jeden Fall bemühen, eine Lösung hinzubekommen, die am Ende des Tages dazu führt, dass sie architektonisch anspruchsvoll ist, dass große Teile des Grüns erhalten bleiben und dort, wo sie wegfallen, ersetzt werden und dass die Zugänglichkeit der Weser, die heute im Übrigen nicht gegeben ist, dort geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

In dieser Angelegenheit hoffen wir auch auf die Unterstützung der Opposition. Soviel zur CDU.

Das mit der Leitbilddiskussion liegt jetzt natürlich ein bisschen schräg, weil man diese Leitbilddiskussion eigentlich in einer etwas anderen Atmosphäre führen müsste. Ich weiß jetzt gar nicht, ob ich mein langes Referat hier vortragen soll, ich will vielleicht nur ein paar Punkte nennen.

Frau Krusche hat ja schon die Leitbilder vorgetragen, die wir in diesem Leitbild "grüne Stadt am Wasser" herausgearbeitet haben: sozial gerechtere Stadt, Stadt des exzellenten Wissens, attraktiver Wirtschaftsraum mit vitalem Arbeitsmarkt, Stadt in guter Nachbarschaft mit der Region und eine Stadt voller Bürgersinn und Sinn für gemeinsam entwickelte Ziele und Projekte. Diese Zielbeschreibung ist nicht nur klassisch in einem Ressortabstimmungsprozess herausdestilliert worden - vielleicht wäre es dann gar nicht so kreativ geworden -, sondern es ist insgesamt das Ergebnis einer großen öffentlichen Debatte, an der sich sehr viele Menschen in Bremen beteiligt haben.

Herr Rupp, es ist nicht so, dass sich das ein paar Leute ausgedacht haben, sondern es gab eine Teilnahme von mehreren Hundert Leuten. Bei der Abschlussveranstaltung vor wenigen Wochen hier oben in der Bürgerschaft war es so voll, dass viele gar nicht hineingekommen sind, genauso war es bei der Auftaktveranstaltung und bei der Präsentation der Zwischenergebnisse. Ich finde es wirklich nicht gut, wenn Sie so tun, als wäre es irgendwie ein reines Eliteprojekt, an dem nur Leute mitgearbeitet haben, die gar nicht wissen, was die Bevölkerung will.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir haben überdies parallel zu diesem Ressortabstimmungsprozess in einem öffentlichen Diskussionsprozess unser Projekt in ein Gemeinschaftsprojekt mit den Städten Leipzig und Nürnberg eingebettet. Im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik haben wir vom Bundesbauministerium den Zuschlag bekommen, dies, auch was die Partizipation betrifft, als Modellprojekt zu entwickeln. Deswegen hatten wir auch einen wissenschaftlichen Beirat, der uns begleitet hat, in dem zum Beispiel Frau Professor Thalgott, die ehemalige Baustadträtin von München und heutige Vorsitzende des Dachverbandes der Stadtplaner, der Baubürgermeister aus Leipzig, Herr zur Nedden, und der ehemalige Baudirektor aus Berlin, Herr Hoffmann-Axthelm waren. Last, not least, haben wir versucht, das, was wir hier entwickelt haben, auch in die Gremien des Kommunalverbundes hineinzutragen, um klarzumachen: Bremen ist keine Insel, sondern Bremen ist in eine Region eingebettet!

Was sind die besonderen Eigenarten, was macht Bremen unverwechselbar? Das hieße hier in diesem Hohen Haus, Eulen nach Athen tragen. deswegen referiere ich es nur kurz! Bremen hat eine einzigartige historische Altstadt, aber Bremen ist kein Museum, sondern gleichzeitig ein leistungsfähiger Standort von Regierung und Parlament, von Gerichten, Dienstleistungen, Wohnen und Einzelhandel mit großer Strahlkraft, wie Sie immer wieder sehen. Bremen ist eine Landschaft in der Stadt, der Flussraum prägt die Stadt. Dieses Zusammenwirken von bebauter Stadt und freier Landschaft entfaltet eine ganz besondere Atmosphäre. Bremen setzt auf lebendige Quartiere mit eigener Identität, Bremen zeichnet die Verbindung aus Tradition und Experiment aus, und Bremen ist eine Stadt mit einem Selbstbewusstsein als Bürgerstadt, eine Stadt, die sich selbst organisiert.

Diese Grundannahmen, diese Grundtendenzen, die wir in unserer Stadt erleben, versuchen wir jetzt so zu übersetzen, dass wir sagen: Was heißt das eigentlich für uns nach innen und nach außen? Es heißt nach innen, dass die Stadtentwicklung immer mehr Gegenstand von Debatten und Aktivitäten aller - Herr Rupp, aller! - an der Stadt interessierten Menschen und Institutionen sein soll und auch sein wird, und nach außen heißt es, die enge Zusammenarbeit in der Region ist eine wichtige Rahmensetzung für unsere zukünftige Stadtentwicklung, weil Stadtentwicklung immer mehr nur im regionalen Zusammenhang funktionieren kann.

Wir haben Maßstäbe formuliert, die ich hier auch nur kursorisch nennen will: Nachhaltigkeit, man kann lange darüber reden, was das nun genau ist, aber es ist auf jeden Fall die ökologische Dimension, die ökonomische und die soziale Balance zu halten, die kulturelle Vielfalt Bremens und die Innovation - mir hängt der Begriff Innovation manchmal auch zum Hals heraus, das gebe ich zu - im Sinne des Setzens auf traditionelle Stärken Bremens und gleichzeitig auf Neugier und Offenheit zu wahren. Das ist nicht nur verwertungsorientiert, was man morgen unmittelbar in Produkte umsetzen kann, das ist ein Faktor! Das andere ist, dass Bildung - und da haben wir auch klare Ziele formuliert - ein Wert an sich ist und überhaupt erst zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt, das ist nämlich das Leitbild der gesellschaftlichen Teilhabe. Natürlich spielen auch Wettbewerbsfähigkeit und stadtwirtschaftliche Vernunft eine Rolle, wobei Sie so getan haben, als würde das ganze Leitbild praktisch nur aus dem Wettbewerbsdiskurs bestehen. Das ist definitiv nicht der Fall.

Dann haben wir die ganzen Herausforderungen in diesem Leitbild beschrieben, über die es sich jeweils einzeln lange zu diskutieren lohnen würde: finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen, demografischer Wandel, Wandel im Wohnungsbedarf, Klima- und Umweltsituationen, wirtschaftlicher Wandel, sozialer Zusammenhalt, Herausforderungen der Wissensgesellschaft und Bildung, Wandel im Mobilitätsverhalten und das Thema bürgerliche Mitgestaltung. Das alles haben wir operationalisiert und in verschiedene Maßnahmenbündel übertragen, die dann auch konkret mit Projekten unterlegt worden sind.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, und wünsche mir, dass wir vielleicht in einer anderen, etwas entspannteren Atmosphäre noch einmal dieses Leitbild diskutieren können, statt es jetzt so schnell zu benennen! All dies zeigt, mit dem Beschluss des Leitbildes durch den Senat haben wir einen wichtigen Schritt zur gemeinsamen Verständigung auf Handlungsfeldern vorrangig der Stadt- und Regionalentwicklung getan, und zwar ressortübergreifend. Die aktive Arbeit zur Umsetzung der Aufgaben in diesen Handlungsfeldern ist aber keineswegs abgeschlossen, im Gegenteil, sie beginnt teilweise erst noch oder ist eine Daueraufgabe. - Ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/368 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU und der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/330 S, Kenntnis.

Bremer Straßenbahn AG

1. Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt
Bremen (Stadtgemeinde),
der Bremer Straßenbahn AG (BSAG),
der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di und dem Betriebsrat der
Bremer Straßenbahn AG

2. Einführung eines Sozialtickets
Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/349 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Golasowski

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten hier heute über den Kontrakt, also über den Vertrag über die strategische Weiterentwicklung der Bremer Straßenbahn AG für die Jahre 2011 bis 2020 sowie die dazugehörigen immerhin vier Verträge. Es handelt sich um eine Anschlussvereinbarung, weil wir vor mehreren Jahren den ersten Kontrakt abgeschlossen haben. Mit diesem Dienstleistungsauftrag wird sichergestellt, dass ÖPNV-Dienstleistungen in Bremen entsprechend erbracht werden können. Er hat eine Laufzeit bis 2020 und sichert vor allem die Frage der Angebote im Busverkehr, da die Frage der Straßenbahngenehmigungen derzeit abgesichert ist.

Mit diesem Vertrag - und das ist, glaube ich ein sehr wesentlicher Punkt - wird eine langfristige Planungssicherheit für den ÖPNV, aber auch für das Unternehmen BSAG gewährleistet, und das ist ein sehr wichtiger und entscheidender Punkt für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dieser Vertrag ist von der Stadtgemeinde Bremen, dem Unternehmen BSAG, ver.di und dem Betriebsrat ausgehandelt worden, eine seltene Konstellation, eine seltene Situation, dass es in

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

dieser Breite passiert, ich komme darauf nachher noch zu sprechen. Ich will nur sagen, dass trotz dieser vielen Vertragspartner die Verhandlungen über diesen Kontrakt nur etwa ein Dreivierteljahr gedauert haben, dann zu einem guten Ende gekommen sind und dafür sorgen, dass wir eine ordentliche Perspektive haben.

Ich möchte eingangs die Möglichkeit nutzen, mich herzlich zu bedanken, ich hoffe, im Namen aller, jedenfalls im Namen der Koalition, für diese Verhandlungen und dieses gute Ergebnis, das erzielt worden ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn man sich anschaut, was dieser Vertrag bedeutet, geht es um vier Punkte. Es geht darum, dass wir mit diesem Vertrag die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs für Bremen realisieren, zweitens wird eine soziale Verlässlichkeit gewährleistet, drittens geht es um ökologische Wirkungen und Veränderungen, und viertens ist die Gesamtkonstellation von hoher wirtschaftlicher Effizienz geprägt und sichert so gesehen nicht nur das Unternehmen BSAG, sondern auch das gute Angebot des ÖPNV und führt gar zu Verbesserungen.

Zu diesen vier Punkten im Einzelnen! Die Stärkung des ÖPNV zeigt sich dadurch, dass in dem Vertrag die Erweiterung des Schienennetzes um insgesamt 27 Kilometer abgesichert wird. Es ist in diesem Haus vielfach diskutiert worden, worum es uns dabei geht. Die Verlängerung der Linie 4 nach Lilienthal soll 2012 realisiert sein. Ich will hier noch einmal sagen, ich bin sehr froh, dass der Widerstand überwunden werden konnte und es endlich zu dieser Verlängerung kommen kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Linie 4 hat sich immer dadurch ausgezeichnet, dass sie erst viele Gegner hatte und hinterher, Gott sei Dank, viele Befürworter und am Ende - und das ist das Größte und Beste - einen großen Erfolg darstellt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Linie 8 nach Stuhr/Weyhe, Linie 1 nach Mahndorf, Linie 1 nach Huchting, Linien 2 und 10 bis Mercedes-Benz, das sind die Stichworte, und verbesserte Anbindung der Überseestadt durch den ÖPNV! Der Kontrakt umfasst alle diese Punkte und wird und soll im Ergebnis erbringen, dass die Fahrgastzahlen der Bremer Straßenbahn AG noch

einmal um 10 Millionen gesteigert werden. Damit sind wir deutlich über 100 Millionen Fahrgästen in Bremen. Das ist ein Beitrag zum Umweltschutz, zum besseren Verkehrsfluss und zur Lebensqualität in unserer Stadt. Das ist ein großer Erfolg, wenn sich dies alles so realisieren lässt, und der Kontrakt sagt sogar, dass zumindest bis 2010 das Ziel darin besteht, dies mit stabilen Fahrpreisen zu realisieren und es damit für alle Menschen in dieser Stadt für erschwinglich zu halten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist der erste wichtige Punkt.

Der zweite wichtige Punkt dieses Kontraktes ist die soziale Verlässlichkeit, verbunden mit einer Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzsicherung und sogar mit einer Stärkung der Mitbestimmung. Die Eckpunkte sind sichere und sozial gestaltete Arbeitsplätze für circa 2 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, circa 100 Ausbildungsplätze sowie bis ins Jahr 2020 der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Dieser Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen ist, glaube ich, ein Element, das eine hohe Sicherheit für die Beschäftigten dort ausdrückt, aber gleichzeitig natürlich eine wichtige Motivation dafür ist, nicht nur weiter an dem guten ÖPNV und den guten Leistungen zu arbeiten, sondern auch zu diesem Unternehmen zu stehen. Dazu gehört dann auch, dass der Kontrakt die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats nach dem Mitbestimmungsgesetz absichert. Ich finde, das sind sehr hervorragende Eckpunkte, auf die wir, glaube ich, auch hier als Stadtbürgerschaft stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das dritte Element sind ökologische Zielsetzungen. Wir müssen unsere gesamte Politik unterstreichen und auch in den Zusammenhang stellen, dass wir einen Beitrag zur Verminderung der CO₂-Immissionen leisten. Mit diesem Kontrakt ist beabsichtigt, 15 Prozent Minderung zu erzielen bis Ende der Vertragslaufzeit 2020. Auch das ist ein wichtiges Element in diesem Rahmen.

Vierter Punkt: Man kann heute solche öffentlichen Aufgaben, solche Vertragsbeziehungen zwischen Stadtgemeinde, öffentlicher Hand und dem Unternehmen nicht mehr gestalten, ohne wirtschaftliche Effizienz ins Auge zu fassen und anzustreben. Schon der erste Kontraktzeitraum ging damit einher, dass der Verlustausgleich auch im Ergebnis reduziert werden konnte. Dies wird auch dieses Mal erzielt: Vom Verlustausgleich in Höhe von 57,1 Millionen Euro inklusive der Zinslasten im

Jahr 2011 gibt es eine Reduzierung auf 42,6 Millionen Euro im Jahr 2020. Das sind das stolze 15,5 Millionen Euro weniger bei gesteigerten Leistungen. Das ist das Ziel dieses Kontraktes, und das unterstreicht, dass unser Bremer Modell, den ÖPNV in einer solchen vertraglichen Partnerschaft mit dem in öffentlichem Eigentum befindlichen Unternehmen BSAG anzubieten, der richtige Weg ist.

Ich will hier auch sagen, ich bin froh, dass die Debatten der letzten Jahre, in denen es politische Fantasten gegeben hat, die von der Privatisierung des ÖPNV, von der Privatisierung des Unternehmens BSAG geredet haben, ein Ende haben. Dieser ÖPNV in Bremen wird öffentlich verantwortlich und öffentlich erfolgreich geführt, und das soll auch so bleiben mit dieser BSAG.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist die Seite des Kontraktes.

Der Präsident hat beim Aufrufen des Tagesordnungspunktes deutlich gemacht, dass wir einen weiteren wichtigen Punkt hier verankert haben, an dem viele Jahre gearbeitet wurde. Meine Kollegin Frau Garling hat mir gesagt, es sei der vierte Anlauf, der hier unternommen worden ist, um das Sozialticket zu erreichen: ein Sozialticket, das uns in Bremen, ich sage einmal, auf die Höhe der Zeit bringt - viele andere Städte haben so etwas auch -, mit dem wir erreichen wollen, dass die Menschen, die unverschuldet weniger Möglichkeiten zur Teilhabe am Leben haben, verbesserte und preiswertere Möglichkeiten haben, den ÖPNV zu nutzen, denn Mobilität muss in der heutigen Gesellschaft gesichert sein. Das steht jedem zu, da haben wir eine öffentliche Verantwortung, uns dafür einzusetzen und dafür die Dinge zu regeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Im Sinne des Ziels der Koalition, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, ist dieses Sozialticket auf den Weg gebracht worden, und ich weiß, es gibt dazu eine Diskussion, es wird über zwei Jahre laufen. Wir werden dann über Verlängerungen reden müssen. Es gibt hier im Haus die eine Seite, die sagt, das ist Geldverschwendung, das ist gar nicht die Aufgabe. Es gibt eine andere Seite im Haus, die beklagt, dass es eigentlich hätte preiswerter kommen müssen. Das wäre sicherlich gut, aber dieses Sozialticket ist so ausgerichtet, dass es auch wirtschaftlich für alle Seiten vertretbar ist.

Das Sozialticket wird letztlich für 29,25 Euro zu erwerben sein, für Jugendliche 24,50 Euro. Das

orientiert sich an den Größenordnungen für das Jobticket, das auch angeboten wird, und es ermöglicht die Nutzung des gesamten Netzes der BSAG ab dem 1. Januar 2011, noch nicht im Bereich des VBN, daran wird gearbeitet, und es ist auch gut, dass dort weiter versucht wird, dies zu entwickeln. Der Preis hätte natürlich immer niedriger sein können, aber dann wäre die Kostenrelation auseinandergegangen. Die BSAG, das ist ja ausweislich der Vorlage sehr systematisch durchforscht und erhoben worden, hat sich vorgenommen, dieses Sozialticket im Rahmen seiner Zielvorgaben zu realisieren. Wir als Stadtgemeinde geben aus dem Haushalt - und alle hier im Hause wissen um die finanzielle Lage - noch einmal 1,75 Millionen Euro dazu, um dies zu realisieren. Das ist für uns eine große Anstrengung.

Ich will sagen, wenn wir weiter heruntergegangen wären mit dem Preis für das Ticket, das sehr wünschenswert ist, hätten wir den Haushalt übermäßig belasten müssen und hätten auch die Zielzahlen der BSAG und damit die Möglichkeiten, auch die Arbeitnehmersituation innerhalb dieses Unternehmens ordentlich zu gestalten, in Gefahr gebracht. Darum ist es, glaube ich, ein guter Kompromiss und ein gutes Ergebnis, ein guter Einstieg in das Sozialticket, den wir hier genommen haben. Wir haben uns als rot-grüne Koalition vorgenommen, das nicht zu einer Eintagsfliege zu machen, sondern fortzusetzen und fortzuführen. Damit, glaube ich, schließen wir heute ein wichtiges Kapitel ab und bringen für die Menschen in Bremen einen großen Vorteil auf den Weg, dass alle, die über geringe Einkommen verfügen, hier mobiler sein können.

Dieser Kontrakt, meine Damen und Herren, verbunden mit dem Sozialticket, unterstreicht: Bremen ist eine Stadt des ÖPNV, Bremen will, dass dieser Bereich Zukunft hat und dass die Menschen hier gut Bahn und Bus fahren können. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Röwekamp [CDU]: Wir wussten nicht, dass es eine Wahlkampfrede ist!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eigentlich angenommen, dass es eine fachliche Rede wird, weil die Mitarbeiter der BSAG auch anwesend sind, dass es um sie geht, um unser Gemeinwohl, um unseren öffentlichen Nahverkehr. Hätten wir vorher gewusst, dass es eine Wahlkampfrede ist, hätten wir vielleicht einen an-

deren Redner geschickt, aber wir wollen fachlich und sachlich bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßen, dass die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), die BSAG, ver.di als Gewerkschaft und der Betriebsrat sich auf einen neuen Kontrakt verständigt haben. Ich glaube schon, dass mittels dieses neuen Kontraktes die BSAG mittelfristig als regionales Nahverkehrsunternehmen gesichert ist und sich weiterentwickeln kann. Natürlich ist uns allen klar, das zeigt sich auch in den Zahlen, darauf komme ich gleich noch zurück, dass weitere Konsolidierungsschritte nötig sind, damit es sich auch dauerhaft im Wettbewerb des öffentlichen Nahverkehrs positionieren kann.

In den letzten Jahren sind mit dem ersten Kontrakt wichtige und richtige Entscheidungen getroffen worden. Wer schon länger in Bremen lebt, kennt ja auch noch den öffentlichen Nahverkehr, und ich glaube schon, dass es der BSAG gelungen ist, einen leistungsfähigen, attraktiven, öffentlichen Nahverkehr darzustellen, und das war ein schwieriger Prozess.

(Zuruf des Abg. Woltemath [FDP])

Wenn Sie öfter fahren, dann merken Sie das schon!

(Zuruf des Abg. Woltemath [FDP])

Ja, gut, dann vielleicht zur falschen Tageszeit! Ab 10 Uhr ist es manchmal schwierig, morgens um 7 Uhr ist es ganz prima!

Dieser Prozess, der mit dem ersten Kontrakt eingeleitet wurde, war für viele sehr schwer, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, er war aber notwendig. Jetzt zeigen sich die ersten Früchte. Es wird ja so weitergehen, und ich glaube schon, dass es ein Erfolg ist, obwohl die Ziele, die sich die Partner in diesem Kontrakt gesetzt haben, sehr schwierig zu erreichen sind. Herr Dr. Sieling hat es schon angesprochen, die Verlustübernahme soll um weitere zehn Millionen Euro gesenkt werden, und dies ist auch notwendig, um die vielen Investitionen zu refinanzieren und weiterhin auch ein attraktives Angebot darzustellen.

Sie haben in diesem Kontrakt die vier Punkte, wenn etwas passiert, wenn das nicht eingehalten wird. Bis jetzt wurde es durch die BSAG immer eingehalten. Wir hoffen, dass es auch so bleibt. Da muss man schauen, denn es sind ein paar Unwägbarkeiten in den nächsten Jahren, auf die

man sich einstellen muss: Energiekosten, Tarifabschlüsse, und wenn andere gesetzliche Rahmenbedingungen entstehen, muss man schauen. Aber ich finde es schon sehr wichtig, dass sie weiterhin auf Wachstum, auf Ausbau setzen, ich glaube, das können wir begrüßen, und gerade das ist jetzt auch in diesem Kontrakt eine wichtige Botschaft, der weitere Ausbau der Linien 1, 2, 8 und 10.

Ein wenig kritisch sehen wir bei dieser ganzen Sache, natürlich darf nicht geschehen, dass bei diesen Projekten solche Fehler vorkommen wie in der letzten Kostenschätzung, dass letztlich der vereinbarte Kostenrahmen völlig überschritten wird. Wir behalten uns natürlich auch vor, diese geplanten Projekte gegebenenfalls infrage zu stellen, denn es muss, das wissen wir alle, refinanzierbar sein, der Kostendeckungsgrad ist ein wichtiger Faktor, und dieser Kontrakt geht bis 2020. Wir wissen alle, dass zu dem Zeitpunkt auch neue Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich anstehen, und daher müssen wir nicht nur einen guten öffentlichen Nahverkehr haben, sondern natürlich auch einen kostengünstigen und effizienten, weil wir anderen Kommunen erklären müssen, warum wir uns so etwas leisten.

Die Direktvergabe halten wir für notwendig, und ich glaube auch, dass es die BSAG stabilisiert. Wir als Opposition gehen einmal davon aus - wir haben einmal nachgefragt -, dass diese Direktvergabe auch europarechtlich wasserdicht ist und wir keine bösen Überraschungen erleben. Es wurde uns gesagt, das dürfte nicht passieren. Dann gehen wir einmal davon aus, dass es auch so ist

Positiv zu erwähnen sind auch die aufgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis. Das halten wir für richtig, und das dient natürlich der Übersichtlichkeit, wenn endlich alle Verbindlichkeiten auch einheitlich behandelt werden. Das sorgt für Transparenz, und das kann nur in unser aller Interesse sein.

Jetzt möchte ich zu einem Punkt kommen, den Herr Dr. Sieling angesprochen hat, das Sozialticket! Ich will darauf gar nicht weiter eingehen, Sie kennen unsere Meinung. Nur eines, was Sie gesagt haben, das stimmt so nicht! Dass Sie das Sozialticket einführen oder dass Sie es in diesen Kontrakt mit hineinschreiben, ist Ihr gutes Recht, das können Sie auch so halten. Aber ob es dann nur 1,75 Millionen Euro werden, wissen wir nicht, denn so richtig weiß niemand, woher diese Zahl kommt und wer dann gegebenenfalls die Differenz, wenn es nicht so kommt, bezahlen soll, wer gegebenenfalls die politische Verantwortung übernimmt! Vielleicht kann Herr Dr. Loske gleich

etwas dazu sagen, ob er oder Frau Rosenkötter zurücktreten muss!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Beide! - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Der gesamte BSAG-Vorstand!)

Aber das ist eigentlich gar nicht mein Punkt. Der Punkt ist: Sie haben soeben davon gesprochen. dass Menschen mit geringen Einkommen dann dieses Sozialticket nutzen können, und das ist falsch, es stimmt nicht! Bezieher von Hartz IV und anderen sozialen Transferleistungen können dieses Ticket dann auch nehmen. Das ist eine politische Entscheidung, das muss man so akzeptieren. Aber wir halten das nach wie vor für nicht sozial gerecht, weil Sie mit dieser angeblichen sozialen Gerechtigkeit wieder neue Ungerechtigkeiten schaffen, weil auch Mobilität gerade bei Senioren mit einer geringen Rente ein wichtiger Faktor ist, auch für Alleinverdiener. Ich brauche Ihnen jetzt diese ganze Litanei nicht aufzählen. Deswegen, glaube ich, ist es im Grunde genommen viel entscheidender für die Gesamtbevölkerung, wie sich die Kosten entwickeln.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kommt noch!)

Ja, natürlich! Sie quadratieren den Kreis, ich weiß, Sie können das! Sie zaubern auch Geld herbei! Ich glaube, Herr Dr. Sieling wird wahrscheinlich eine Woche vor der Wahl noch versprechen, ab 2015 gibt es keine Arbeitslosigkeit mehr in Bremen, und alle können kostenlos Straßenbahn und Bus fahren, das ist das Nächste. Sie vergessen nämlich eines: All das, was Sie machen, ist gar nicht verkehrt, das will ich gar nicht bestreiten,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wenigstens etwas!)

Sie dürfen nur eines nicht vergessen bei der ganzen Sache, die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger, die jeden Morgen im Bus oder in der Straßenbahn sitzen, müssen es durch ihre Steuern und durch erhöhte Fahrgastkosten mitbezahlen, das haben Sie nämlich unterschlagen!

(Beifall bei der CDU)

Auch in diesem Kontrakt steht, Bremen und der BSAG ist bewusst, dass eine Steigerung der Einnahmen der BSAG regelmäßige Tariferhöhungen erfordert. Wir reden da von drei bis vier Prozent. Das ist legitim, das ist klar, wir haben eine Kostensteigerung, aber somit schaffen Sie eine immer größere Schere zwischen denen, die Transferleistungen bekommen

(Abg. Frau Busch [SPD]: Ganz im Gegenteil!)

und den Niedrigverdienern, die jeden Morgen die Straßenbahn und den Bus brauchen,

(Beifall bei der CDU)

um zur Arbeit zu fahren, weil sie sich nämlich kein Auto leisten können! Ich weiß nicht, ob das sozial gerecht ist! Ansonsten machen wir den Kontrakt mit. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über den neuen BSAG-Kontrakt, der von Beginn 2011 bis Ende 2020 gelten soll. Ich möchte auch erwähnen, für uns Grüne ist es ein sehr wichtiger Tagesordnungspunkt, denn zum einen, wir haben vorhin schon diesen Disput gehört, hat sich die Koalition auf die Flagge geschrieben, ein Sozialticket einzuführen, und zum anderen brauchen wir einen gut funktionierenden und hoch qualitativen ÖPNV, denn dies ist ein Beitrag zum Klimaschutz, und je mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, desto mehr CO₂ wird eingespart und desto mehr Straßen in Bremen werden entlastet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz kurz dazu! Die BSAG hat sich zum Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß um 15 Prozent bis zum Jahr 2020 zu reduzieren und - Herr Dr. Sieling hat es auch gesagt - die Fahrgastzahlen um 10 Millionen zu erhöhen.

Ich möchte mich jetzt auch am Anfang der Rede noch einmal dem Lob und dem Dank anschließen. Die Vertragsverhandlungen zwischen der Stadtgemeinde Bremen, dem Vorstand der BSAG, ver.di und dem Betriebsrat der BSAG liefen seit letztem Jahr, und sie liefen ruhig ab, auch wenn es banal klingt, aber das war in früheren Zeiten nicht unbedingt der Fall, und ich glaube, deswegen weiß das jeder zu schätzen. Insofern wollen wir uns als Grüne dem Dank an alle Beteiligten für ihren konstruktiven Einsatz anschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Noch einmal ganz kurz: Warum überhaupt der neue Kontrakt? Natürlich weil der alte Kontrakt, der 2004 abgeschlossen wurde, im Dezember ausläuft und weil es neue Voraussetzungen gibt, weil das Sozialticket mit aufgenommen werden sollte, aber auch weil neue europarechtliche Vorgaben, besonders was die Direktvergaben angeht, mit aufgenommen werden mussten!

Über das Sozialticket wird gleich mein Kollege Frehe mehr sagen. Es ist eines der Hauptziele, aber es gibt noch die anderen Punkte, im Großen und Ganzen hat Herr Dr. Sieling sie schon angerissen. Da ist zunächst Bestandssicherung der BSAG als wettbewerbsfähiges Nahverkehrsunternehmen zu nennen, das Arbeitsplätze sichert. Es sichert das Angebot für die gesamten bremischen Buslinien, Straßenbahnlinien einschließlich der Linien, die nach Niedersachsen führen. Es soll keine Änderung der gesellschaftlichen Unternehmensstruktur geben. Es soll das Mitbestimmungsrecht geben; für uns ist dies auch sehr wichtig, Herr Dr. Sieling ist darauf eingegangen. Das heißt, unabhängig von den Beschäftigungszahlen soll die paritätische Besatzung des Aufsichtsrates gewährleistet werden.

Auch natürlich wichtig, das wurde auch schon angerissen, ist die Reduzierung der Verluste, also eine Entlastung des Haushaltes. Da muss man auch, finde ich, die BSAG für ihre Anstrengungen loben, die sie in den letzten Jahren auch schon unternommen hat, um die Reduzierung der Schulden voranzutreiben, zum Teil durch sehr intelligente Maßnahmen. Ich erwähne in dem Zusammenhang nur, dass das Werkstattpersonal zum Teil auch als Fahrpersonal fortgebildet wurde, das heißt, zu Hauptverkehrszeiten sitzt dieses Personal in den Straßenbahnen und in den Bussen am Lenkrad, statt in leeren Werkstätten Däumchen zu drehen, und das hilft, diese Schulden zu reduzieren, um Gelder einzusparen. Dennoch ist aber der ÖPNV - und das, finde ich, ist schon ehrlich und muss auch gesagt werden -, immer ein Subventionsgeschäft, und ohne die öffentliche Hand wären die reellen Fahrkosten für die Fahrgäste exorbitant höher. Da gebe ich dem Kollegen Strohmann recht, es ist schon ehrlich zu sagen, selbst wenn das Tarifgefüge bestehen bleibt, wird es Preisanpassungen geben müssen.

Wir haben das über die letzten Jahre gesehen, sie haben die Gründe genannt, es gibt Tariferhöhungen, es gibt Energiekosten, die berücksichtigt werden müssen. Ich glaube, wir dürfen hier nicht suggerieren, die Preise bleiben jetzt die nächsten zehn Jahre stabil. Es wird Preissteigerungen geben, aber wichtig ist, dass das Tarifgefüge in diesem Zusammenhang konstant bestehen bleiben soll. Es handelt sich um Kosten, das muss man auch noch einmal sagen, die auch zum Teil wichtig sind, weil wir eine gute Infrastruktur brauchen. Wir wollen die Fahrzeugflotten erneuern, ich weise auf diese neuen Solarisbusse hin, die wir aus Umweltgründen favorisieren, und natürlich kostet auch das Personal Geld.

Die Stadtgemeinde Bremen, das finde ich auch wichtig, hat für diese ganze Kontaktlaufzeit erklärt, einen Anteil von 99,03 Prozent am Grundkapital des Unternehmens zu halten. Noch einmal ein bisschen detaillierter geschaut: Wir lernen in dem Vertrag, dass die Direktvergaben im ÖPNV über den Zentralverband Bremen/Niedersachsen - zumindest habe ich den Vertrag so gelesen - durch die Stadtgemeinde Bremen direkt an die BSAG für ÖPNV-Leistungen möglich sind und vergeben werden können, wobei - und das muss ich, glaube ich, schon noch einmal korrigieren, Herr Strohmann - es in dem Vertrag heißt, dass es europarechtlich noch geprüft werden muss. Ich habe es nicht so verstanden, dass es schon so ist, aber wenn das der Fall sein sollte, dann ist es zu begrüßen, da es in der Tat die Arbeitsplätze sichert. Wir sprechen hier in Bremen von 2 000 Arbeitsplätzen, und da ist uns jeder Arbeitsplatz der BSAG wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem - das wurde auch schon gesagt, aber das finde ich auch für uns elementar wichtig - hat sich die BSAG verpflichtet, bis 2020 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Im Übrigen wurde dieser Punkt heute noch nicht angesprochen: Bremen hat seine Bereitschaft erklärt, 100 Ausbildungsplätze zu unterstützen.

Noch einmal zu den Kosten! Die Stadt Bremen übernimmt das derzeit bestehende Darlehen der BSAG für die Fahrzeugbeschaffungen. Sie sichert mit einer Kapitalmaßnahme von 36 Millionen Euro die Investitions- und Kreditfähigkeit der BSAG ab, das entspricht einem Anteil, der durchaus auch in anderen Verkehrsunternehmen üblich und sehr wichtig für künftige Investitionen ist, wie zum Beispiel die Erneuerung des Fahrzeugparks. Dass bis 2020 knapp zehn Millionen Euro eingespart werden sollen, halte ich für ein ehrgeiziges Ziel, aber wir müssen daran festhalten und sollten alles dafür tun.

Das Straßenbahnnetz soll erweitert werden, auch das wurde schon angesprochen.

Zu Herrn Strohmann möchte ich noch einmal sagen, ich finde es gut, dass Sie den Kontrakt generell positiv bewerten. Was bei der Verlängerung der Straßenbahnlinien die Kostenannahmen angeht, da gebe ich Ihnen recht, wir hätten uns das auch gewünscht und fanden es eigentlich gut, dass jetzt eine Bilanz gezogen ist, damit man auch wirklich weiß, wie teuer das wird, aber es gibt ja auch den Deputationsbeschluss, der sagt, dass wir jetzt regelmäßige Informationen über die Kostenentwicklung haben wollen, und das ist,

glaube ich, in diesem Zusammenhang begrüßenswert.

Das Sozialticket kommt, es ist ein wichtiger Schritt, um Leistungsempfänger am ÖPNV teilnehmen zu lassen, aber darauf wird mein Kollege Frehe gleich noch näher eingehen. Wir bewerten diesen Kontrakt als Erfolg, weil das Sozialticket als Pilotprojekt für die nächsten zwei Jahre eingeführt werden soll, weil dieser Kontrakt Arbeitsplätze in Bremen bei der BSAG dauerhaft bis zum Ende des Kontraktes sichert. Der Erhalt der Qualität des ÖPNV wird garantiert, und es führt zu einer Reduzierung der Schulden und damit zur Entlastung des Haushalts für die nächsten zehn Jahre.

Wir wollen einen verlässlichen, klimafreundlichen und bezahlbaren ÖPNV, und dieser Kontrakt bietet hierfür eine solide Grundlage bis 2020. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein bisschen schwierig, es ist schon sehr viel von den Vorrednern gesagt worden, aber ich möchte für DIE LINKE noch einmal deutlich unterstreichen, dass auch DIE LINKE diesen Kontrakt zwischen der BSAG, der Freien Hansestadt Bremen, der Gewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat zur Zukunftssicherung der BSAG unterschreiben würde, wenn das hier an der Tagesordnung wäre, weil wir der Meinung sind, dass darin einiges Gutes vereinbart worden ist. Ich glaube, man darf nicht vergessen - das liegt uns von der LINKEN ja auch immer besonders am Herzen -, dass es sich hierbei um eine Maßnahme zur Sicherung des öffentlichen Nahverkehrs handelt, und öffentlicher Nahverkehr ist aus unserer Sicht eine Form der Daseinsfürsorge oder -vorsorge, die besonders heute in der Krise von Wichtigkeit ist und auch gestärkt werden muss. Deshalb stehen wir zu diesem ersten Teil. Ich glaube, ich muss es jetzt nicht wiederholen.

Die Direktbeauftragung ist eine prima Sache, wenn man damit - ich sage es einmal mit einem zwinkernden Auge - europäische Richtlinien umgehen kann, denn sonst würde es sehr, sehr schwer werden. Die Aufstockung der Kapitalanlage ist natürlich auch wunderbar, der Verlustausgleich ist auch wunderbar. Die Sicherung von 100 Ausbildungsplätzen, finde ich, ist eine gute Sache, die darin vereinbart wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen ist natürlich auch sehr gut, auch die Mitbestimmung finden wir gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Ausbau des Schienennetzes begrüßen wir natürlich auch, weil das wiederum den öffentlichen Nahverkehr stärkt. Wir finden es selbstverständlich auch sehr gut, dass die Eigentümerstruktur während dieser Zeit für die Kontraktlaufzeit aufrechterhalten werden soll, weil das ein Bestandsschutz für dieses Unternehmen ist, das ist uns wichtig. Man muss aber auf der anderen Seite natürlich auch sagen, dass - ich kenne es aus anderen Zusammenhängen - leider die üblichen neoliberalen Instrumente wieder eingebracht werden. Das heißt, wenn man die Businessplanung und den Kontrakt genau liest, wird man feststellen, dass es in der Tat fest geplante Preiserhöhungen von drei bis vier Prozent pro Jahr gibt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wie soll es denn gehen?)

Lassen Sie mich bitte ausreden! Das ist erst einmal festgelegt, es soll der Abbau von 120 Vollzeitstellen bis 2015 erfolgen, und die Neueinstellungen, besonders im Fahrdienst, sollen zu abgesenkten Einstiegstarifen stattfinden. Soweit auch einmal zum Tarifgefüge, was hier so bezahlt wird! Da gibt es schon Veränderungen und durchaus auch Nachteile für die Beschäftigten, was wir nicht gut finden.

Wir finden es auch nicht gut, um es einmal deutlich zu sagen, wie es zwischenzeitlich wieder angeklungen ist und was Sie uns als LINKE immer vorgeworfen haben, wenn wir darüber geredet haben, dass ein Sozialticket natürlich möglichst preisgünstig sein sollte, dass dann immer wieder behauptet wird, dass das nicht geht, weil die BSAG dann zu viel Verlust hat, und zu viel Verlust für die BSAG bedeutet natürlich den Verlust von Arbeitsplätzen. Das haben wir als LINKE nie so gesagt und würden wir als LINKE nie so mitmachen, weil für uns klar ist, dass die Daseinsvorsorge über allem steht, und in dem Moment, in dem man mehr Geld in die Hand nehmen muss, muss man dies tun.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ich dachte, Sie wollen den Kontrakt mit unterschreiben!)

Ich finde, es ist ein übles Argument, das Angst macht, das immer angeführt wird, damit die Beschäftigten irgendwie Angst davor haben, wenn da jetzt ein gutes Sozialticket dabei herauskommt, dann geht das nur auf unsere Kosten. Das war jedenfalls, um es auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Debatte verfolgen, einmal deutlich zu sagen, nie unsere Intention, und das wird sie auch nie sein!

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Frau Busch [SPD]: Toll! Wir sind die Guten!)

Damit wären wir natürlich auch wiederum bei dem Sozialticket, und was soll ich dazu sagen? Ich bin nach wie vor der Meinung, und ich habe das an anderer Stelle auch schon gesagt, dass das Sozialticket eine Mogelpackung der ungeheuren Art ist. Ich finde es wirklich unglaublich, wenn man sich die Zahlen anschaut. Das wurde hier auch schon genannt, aber ich will es zur Verdeutlichung trotzdem noch einmal tun.

Eine normale Monatskarte kostet 45 Euro, das sogenannte Sozialticket wird für 29 Euro abgegeben, und ein Hartz-IV-Empfänger hat in seinem Regelsatz 14,30 Euro für die von ihm geforderte Mobilität. Das heißt also im Klartext, wenn ein Hartz-IV-Empfänger dieses Sozialticket für sich kauft, dann muss er einmal zu Recht natürlich diese 14,30 Euro aus seinem Regelsatz für Mobilität verwenden, er muss aber noch einmal 14,30 Euro beziehungsweise sogar noch ein bisschen mehr Geld aus seinem Regelsatz aufwenden, damit er sich ein solches Ticket kaufen kann. Wenn man insgesamt nur die 360 Euro oder 365 Euro, die es zurzeit gibt, zur Verfügung hat, dann ist das nicht wenig, ich sage dazu ganz deutlich, als DIE LINKE am 2. Oktober 2007 das erste Mal einen Antrag für ein Sozialticket gestellt hat, haben wir unter sozial einfach etwas anderes verstanden. Wir haben schon verstanden, dass möglicherweise der Staat an der Stelle zuzahlen muss, damit erhöht sich aber natürlich auch die Möglichkeit der Vermittlung durch die Mobilität von Hartz-IV-Empfängern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss auch noch einmal sagen, dieses sogenannte Sozialticket wird dann aber endgültig wirklich zur Farce, wenn man feststellen muss, dass ein Jobticket für Betriebe des öffentlichen Dienstes ab 1 000 Beschäftigten eben nur die 28,25 Euro kostet. Das heißt im Grunde genommen, dass

das Jobticket für 28,25 Euro preisgünstiger ist als das sogenannte Sozialticket für 29,25 Euro.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das ist falsch!)

Nein, das ist richtig! Daran gibt es doch überhaupt nichts zu zweifeln. Dann wird man einfach feststellen, dass das Sozialticket, das hier so genannt wird, im Grunde genommen nichts anderes ist als ein Jobticket, nur einen Euro teurer. Dann sage ich einmal, dass das Ganze - darauf möchte ich auch noch hinweisen, und es wurde schon gesagt - nur auf zwei Jahre befristet ist. Das heißt also für die zwei Jahre bis zur Bremer Wahl, und nach der Bremer Wahl wird dann endgültig entschieden, was passiert.

Ich bleibe dabei: Diese Art von Sozialticket ist einfach eine Mogelpackung, und ich sage auch den Koalitionären, die daran gearbeitet haben, sie sollten sich dafür einfach etwas schämen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fangen wir doch einmal mit dem Sozialticket an, nämlich mit der Frage, ob es für ein Land in Haushaltsnotlage angebracht ist, 1,8 Millionen Euro dafür auszugeben, dass das an dieser Stelle vergünstigt wird, obwohl wir Empfänger von Mitteln anderer Länder sind! Diese Frage müssen wir beantworten. Wir haben in den vorigen Debatten deutlich darauf hingewiesen, dass wir für ein Sozialticket sind, das sich trägt. Dieses Sozialticket trägt sich nicht, es braucht weitere Zuschüsse, die sich unserer Meinung nach die Stadtgemeinde Bremen nicht leisten kann. Deswegen darf das nicht so gemacht werden.

(Beifall bei der FDP - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Doch, es wird so gemacht!)

Wir als FDP sind keine Fans davon, umzuverteilen an jeder Stelle, meinetwegen an der Kinokasse, das machen Private, aber bei den Schwimmbädern, in den Theatern und so weiter ist das fragwürdig. Wir wollen, dass einmal durch ein einfaches und gerechtes Steuersystem umverteilt wird und nicht immer und an jeder Stelle.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Von unten nach oben! - Heiterkeit)

Nein, von oben wollen wir auch nach unten etwas geben. Das tun die Leute, die Steuern zahlen, und sie zahlen schon mehr Steuern als die anderen, und insofern ist das auch ganz richtig so, wenn es durch einmaliges Umverteilen gemacht wird und nicht durch Umverteilen an jeder Stelle.

Das Sozialticket ist doch nur wenige Euro günstiger als ein Jahresticket oder gar als ein Jahresticket plus. Diese Karten sind übertragbar. Wir in unserer Familie machen es so, wir sind vierköpfig und zahlen für das Jahresticket 40,40 Euro, und im Abo kann man es noch günstiger bekommen. Insofern ist das wenig, wenn man das dann auf die verschiedenen Köpfe umrechnet und dann einmal etwas anderes dazu nutzt und beispielsweise noch ein Bobticket hat - ich will einmal die Produkte weiter loben, die es da dankenswerterweise gibt -,

(Beifall bei der SPD)

so kann man die Kosten weit unter den Betrag senken, den das Sozialticket erfordert, und so können auch mehrere in einer Bedarfsgemeinschaft vielleicht mit ihren 14,30 Euro, die in der Tat wenig sind, klarkommen.

Wenn es aber darum geht, für Hartz-IV-Empfänger etwas zu tun, dann sollte doch bitte die Adresse richtig gewählt werden. Dort geht es darum, ob die Bedarfssätze angemessen sind. Dafür ist der Bundestag der Adressat. Es gibt ja einige aus diesem Haus, die dem Bundestag vielleicht demnächst angehören werden, dort sollen sie dann doch die Bedarfssätze anheben.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer ist denn im Bundestag immer dagegen?)

Sie sind doch auch gegen unser Bürgergeldsystem und höhere Zuverdienstmöglichkeiten! Sie sind doch gegen unsere sozialen Vorschläge, die wir immer wieder hervorbringen, also bitte schön!

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass es dort geregelt wird, wo das Geld dafür vorhanden ist und wo diese Sachen gemacht werden müssen, und nicht eine Umverteilung zulasten des Stadthaushaltes, wo es dann dazu führt, dass das Geld an anderer Stelle fehlt.

Ich will das Ganze noch um die andere Frage ergänzen: Ja, wir wollen auch, dass es eine Direktvergabe gibt, wir wollen auch, dass es die BSAG gibt, aber wir dürfen all die anderen auch CO₂-sparenden Dinge in unserem ÖPNV-System nicht

vergessen, die anderen Unternehmen des VBN sind hier auch positiv zu sehen.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wir wollen ja auch keine Verschlechterung!)

Die Verbindungen nach Vegesack, die von der Bundesbahn erbracht werden, sind positiv zu sehen und führen auch zu CO₂-Ersparnissen. Dort brauchen wir eine Takterhöhung, damit das Ganze attraktiver wird. Die Verbindungen nach Bremerhaven sind da auch zu nennen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns dann am Ende doch die Frage stellen: Wo nützt das Geld, und schaffen wir auch die Kriterien, die für die Direktvergabe nötig sind? Daran habe ich nach wie vor meine Zweifel. Senator Eckhoff, den die CDU anscheinend schon vergessen hat, hat in dem Kontrakt 2004 festgelegt, dass der Zuschuss 2009 49,9 Millionen Euro betragen sollte, jetzt soll er 52,7 Millionen Euro, sprich 2,6 Millionen Euro mehr, betragen. Das mag ja durch Kostensteigerung vielleicht erklärlich sein, aber für mich nicht ganz. Im Vergleich auch noch die Zahlen aus dem Jahr 2010: 43 Millionen Euro laut Planung von Herrn Eckhoff zu 53,6 Millionen Euro laut Planung von Herrn Dr. Loske! Insofern muss man doch die Frage stellen: Ist es denn richtig, dass damit die Direktvergabefähigkeit weiter gerechtfertigt wird, oder hat der Senat hier Einsparmöglichkeiten für das gebeutelte Haushaltsnotlageland und für die gebeutelte Stadtgemeinde Bremen verschenkt? Diese Frage stellen wir uns als FDP; sie ist unserer Meinung nach mit dem vorgelegten Papier nicht hinreichend beantwortet.

(Beifall bei der FDP)

Straßenbahnausbauten wurden genannt, wir sind im Grunde eigentlich für fast alle, die genannt worden sind. Die einzige kritische Diskussion führen wir um die Verlängerung der Linie 1 in Huchting, wo wir uns den Erhalt des Ringbusses gewünscht hätten und die Effekte gegen die Nachteile abwägen, die die Bürger in Huchting dadurch haben. Deswegen sagen wir, dass wir nach wie vor unser Problem damit haben, nicht mit der Linie 8 übrigens, sondern eben nur mit der Linie 1, die dort zu verlängern wäre. Insofern ist es hier eine Sache, die weiter kritisch von uns betrachtet wird. In der Tat, wir wissen nicht, was am Ende die Ausbauten kosten. Die Kosten für den Straßenbahnausbau fahren ja Achterbahn, insofern sind wir da alle in etwas unsicherem Gelände. Wir haben irgendwann letztes Jahr gehört, dass die Stahlpreise astronomisch seien, und haben wir heute Morgen hören können, dass das Stahlwerk noch nicht einmal ausgelastet ist. Insofern ist doch ganz klar zu sagen, dass es dort weitere Unsicherheiten gibt. Man kann sich einzig berichten lassen und in der Baudeputation weiterschauen, dass hier die Preise im Zaum gehalten werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP - anders als Herr Erlanson von der LINKEN, der den Kontrakt unterschreiben würde und am Ende erklärt, warum er es nicht tut - kommen gleich zu dem Schluss, so hätten wir es nicht gemacht. Wir sind nicht in der Verantwortung, Sie haben die Verantwortung, und wir nehmen das zur Kenntnis. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist endlich geschafft!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Noch nicht!)

Aber schon fast, wir haben den Kontrakt vorliegen! Ich als sozialpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde nur zum Sozialticket reden, zu dem, was Herr Strohmann und Herr Dr. Buhlert hier für nicht geeignet und viel zu teuer halten und man nicht machen sollte.

(Abg. Strohmann [CDU]: Sozial ungerecht habe ich gesagt!)

Sozial ungerecht, dazu komme ich auch gleich noch! Was Herr Erlanson für eine Lüge und im Grunde genommen für einen Schwindel hält, darauf sind wir stolz, und wir freuen uns, dass das demnächst verabschiedet wird!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Dr. Sieling hat es schon gesagt, dass dies der vierte Anlauf für ein solches Sozialticket ist, und ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen: Der erste Anlauf wurde von Frau Senatorin Linnert, damals ein Mitglied der Grünen-Fraktion, angeschoben, und sie hat als Sozialpolitikerin darauf gedrängt, ein solches Sozialticket einzuführen. Ich glaube, sie wird sich auch heute als Finanzsenatorin darüber freuen, dass dieses Ticket endlich kommt.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Heute bekommt sie die Rechnung! Heute muss sie es bezahlen!)

Warum war und ist für uns Grüne dieses Sozialticket so wichtig? Menschen, die über wenig Geld für ihren Lebensunterhalt verfügen, unterliegen vielen Beschränkungen in ihrer Teilnahme am alltäglichen Leben. In die Kneipe gehen und sich mit Freundinnen und Freunden dort treffen, ins Kino gehen, an Wochenenden vielleicht einmal die Verwandtschaft besuchen in einer anderen Stadt. das ist für viele unerschwinglich. Es ist im Grunde genommen ein Unding, dass das nicht möglich ist, aber dass finanziell schlecht gestellte Menschen auch noch von der Nutzung des ÖPNV, also des öffentlichen Personennahverkehrs, ausgeschlossen werden sollen und Busse und Straßenbahnen nicht nutzen können, weil die Fahrkarten zu teuer sind, wollen und werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Nutzung von Bus und Straßenbahn ist häufig die einzige Möglichkeit, die Ziele zu erreichen, und gerade Menschen, die Sozialleistungen beziehen, müssen in einem höheren Maße als andere mobil sein, weil sie die verschiedenen Behörden aufsuchen, sich bei Arbeitgebern vorstellen, auch günstig einkaufen und dafür die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen müssen. Mobilität gehört daher zu den grundlegenden Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, und dieses Grundrecht können wir nun endlich allen Menschen in der Stadt Bremen gewähren. Wir Grüne können uns natürlich Verbesserungen bei dem Sozialticket vorstellen, und wir werden auch alles dafür tun, dass diese Verbesserungen so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Ich muss noch einmal daran erinnern, dass es jetzt ein Modellversuch ist, der zwei Jahre laufen soll, und nicht, Herr Erlanson, um das nach zwei Jahren nach der Wahl einzustellen, sondern um zu prüfen, ob wir es nicht weiterentwickeln und weiter verbessern können.

Zum einen gilt das Ticket zunächst nur für die Stadt Bremen, es soll aber nach der Genehmigung der Landesverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH auch auf verschiedene Linien, die nach Niedersachsen führen, ausgeweitet werden. Wir wollen auch, dass dies dann schrittweise auf den gesamten VBN-Bereich ausgedehnt wird.

Zum anderen zum Preis! Er ist zwar deutlich niedriger als der einer Monatsfahrkarte, aber mit 29,25 Euro für Erwachsene und 24,50 Euro für Kinder leider etwas höher, als auch wir es uns gewünscht hätten. Wir hätten es auch gern billiger gehabt. Aber nach einer Untersuchung, die die BSAG durchgeführt hat, sind bereits jetzt 40 Prozent der ALG-II-Bezieher Nutzer einer Monatskarte. Das

heißt, sie leisten sich von ihrem eigentlich zu geringen Regelsatz den höheren Betrag, der im Augenblick circa 48 Euro beträgt, aber künftig ab dem 1. Januar 2010 49 Euro betragen wird, und da ist diese Differenz noch eine erhebliche Differenz, sie sparen nämlich im Jahr über 200 Euro. Das heißt, sie können 200 Euro von ihrem Regelsatz im Jahr anders verwenden und müssen das nicht mehr für die Verkehrsleistungen verwenden.

(Abg. Frau Nitz [DIE LINKE]: Die übertragen doch die Monatskarte!)

Sollte sich herausstellen, dass der Zuschussbedarf der BSAG deutlich niedriger ist und die Zahl der Neueinsteiger wesentlich höher als erwartet ausfallen sollte, dann können wir nach dieser Modellphase noch einmal über den Preis reden. Wir wollen nicht wie in Dortmund - um das noch einmal ganz deutlich zu sagen - nach eineinhalb Jahren die Situation vorfinden, dass wir das Sozialticket nicht mehr finanzieren können und es dann wieder infrage steht. Wir wollen das hier solide anfangen, um dann nach der Modellphase schauen zu können, ob wir das so weiterführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Dritten streben wir Grüne an, dass noch mehr Menschen, die zu wenig Geld zum Leben haben, ein solches Sozialticket nutzen können, nämlich Menschen, deren Rente und Einkommen nur wenig über der Grundsicherung liegt oder die aus anderen Gründen die Grundsicherungsleistung nicht beantragt haben. Viele, die niedrige Renten haben, gehen einfach nicht zum Grundsicherungsamt und holen sich nicht die Aufstockung, und auch die wollen wir gern einbeziehen. Wir können uns das so vorstellen, dass sie dann zum Finanzamt gehen und sich bescheinigen lassen, dass sie in diesem Einkommensbereich sind und dann auch hier mit dieser Bescheinigung einbezogen werden können. Das wäre ein nächster Weiterentwicklungsschritt, den wir uns vorstellen könnten.

Wir haben das auch schon mit der Finanzsenatorin besprochen. Es gibt dort Bescheinigungen, wo man sich bescheinigen lassen kann, dass das Einkommen unter der Pfändungsfreigrenze liegt, und diese Bescheinigung könnte dafür ausreichen. Man könnte meinetwegen auch hier als Grenze das Eineinhalbfache der Pfändungsfreigrenze zugrunde legen. Dann hätten wir diesen Personenkreis mit einbezogen, und ich halte das auch für sinnvoll.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und was kostet es dann?)

Ich glaube nicht, dass es so viel mehr kostet! Es wird natürlich einen Teil der Rentner geben, die auch jetzt schon die teuren Leistungen bezahlen und dann auch wieder Umsteiger sind, aber das machen wir deswegen nicht, weil wir es nicht wissen. Wir fangen erst einmal klein an und überlegen dies zum Beispiel nach einer Probephase von zwei Jahren.

Auch sollte man Folgendes überlegen, ein weiterer Vorschlag, der auch jetzt noch nicht realisiert worden ist, aber der vielleicht auch künftig realisiert werden könnte: Warum soll sich nicht ein ALG-II-Bezieher direkt einen Beitrag von seinem Einkommen abziehen lassen, von der BAgIS, und direkt an die BSAG überweisen, sodass die ganzen Vertriebskosten wegfallen? Dann könnte man die eingesparten Vertriebskosten auch noch einmal zu einer Preissenkung nutzen. Ich halte das für eine gute Idee, vor allen Dingen auch dann, wenn die BAgIS die Leistungen, die sie normalerweise als Mobilitätshilfe gewährt und dann nicht mehr gewähren muss, auch noch hineingibt, dann könnten wir noch einmal eine Senkung des Preises erreichen. Allerdings ist das Zukunftsmusik, das sind Dinge, die wir überlegen, wenn wir damit angefangen haben. Wir müssen erste Erfahrungen sammeln und werden das auch weiter verbessern.

Jetzt erst einmal wollen wir uns darüber freuen. dass Leute mit einem Sozialticket für diesen Preis das Ticket nutzen können. Ich muss zu diesem einen Euro noch einmal etwas sagen: Es ist in der Tat der Preis des Jobtickets und nicht ein Euro mehr als das Jobticket, weil das Jobticket sich auch preislich zum 1. Januar 2010 erhöhen wird, dann ist es identisch mit dem Preis des Jobtickets. Im Grunde genommen wird mit diesem Jobticket - und Herr Strohmann, da muss ich Sie auch noch einmal ansprechen - aus ökologischen Gründen allen Leuten hier in Bremen, die für ein Jobticket infrage kommen, ermöglicht, dass sie dann ihr Auto stehen lassen und mit der Straßenbahn oder mit dem Bus zur Arbeit fahren. Da hat keiner gefragt, wie viel dort subventioniert werden muss, sondern das war ein wichtiges politisches Ziel, Wieso können Sie dann sagen, dass es ungerecht sei, wenn man dann Sozialhilfeempfängern das Gleiche ermöglicht? Ich denke, man muss das Sozialticket mindestens mit dem Jobticket gleichstellen, das ist das Mindeste, was man an Gerechtigkeit bringen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wer jetzt ein Sozialticket kauft, kann am Wochenende und am Abend seine ganze Familie mitnehmen, wie bei anderen Monatskarten auch, und ich denke, das ist ein sehr großer Fortschritt für diejenigen, die bisher nur wenige Fahrkarten mit ihren 14 Euro kaufen können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Bei diesem Kontrakt oder bei der ganzen Frage, wie es mit dem Straßenbahnverkehr in Bremen weitergehen soll, haben wir mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt, die nicht automatisch in Harmonie miteinander stehen, das muss man sagen. Verkehrspolitisch haben wir ein klares Ziel: Wir wollen mehr und einen besseren ÖPNV zu attraktiven Konditionen. Finanzpolitisch haben wir ganz klar das Interesse, Reduzierung der Verlustzuweisungen und Schonung der öffentlichen Haushalte und damit auch der Steuerzahlermittel. Arbeitsmarktpolitisch haben wir das Ziel, Beschäftigung und Ausbildungsplätze in Bremen zu haben, und sozialpolitisch haben wir das Ziel, Zugang zur Mobilität für jede und jeden. Das sind die Ziele, mit denen wir in die Verhandlung hineingegangen sind.

Man könnte also auch sagen, dass bei den Verhandlungen zwei Herzen in unserer Brust schlugen, auf der einen Seite das Herz des Eigners dieses Unternehmens und auf der anderen Seite das Herz des Bestellers dieser Verkehrsdienstleistungen, der ein Interesse daran hat, dass es qualitativ hochwertig und günstig ist.

Wie kann man so etwas erreichen? Im Prinzip auf zweierlei Weise: Entweder man schreibt aus und macht einen Wettbewerb, so wie wir es beispielsweise bei der Regio-S-Bahn gemacht haben oder wie wir es auch beim Hansenetz und beim Bremer-Kreuz-Netz machen werden, also bei dem regionalen Verkehr, oder man geht in eine Direktvergabe, in einen Verhandlungsprozess, und dieser Verhandlungsprozess, der im Herbst 2008 begonnen hat und mühevoll war, hat am Ende des Tages, wie wir finden, zu einem sehr guten Ergebnis geführt. Deswegen kann man hier an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an alle Beteiligten in diesem Prozess aussprechen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Erstens, die Einigung, die wesentlichen Punkte sind schon genannt worden! Sie ist über die Direktbeauftragung der BSAG bis zum 31. Dezember 2020 erzielt worden, ist damit gleichzeitig die Absicherung einer hohen Angebotsqualität und schafft langfristige Bestandssicherung für die BSAG. Wenn man also so will, sind beide Herzen, das des Bestellers und das des Eigners, zu ihrem Recht gekommen.

Zweitens, eine mittel- und langfristige deutliche Reduzierung der jährlichen Haushaltsbelastungen! Es gibt ein Maximum im Jahr 2011, das sind 57,1 Millionen Euro, das wird dann sukzessive bis zum Jahr 2020 auf 42,6 Millionen Euro reduziert. So kann ein spürbarer Beitrag zu dem mit der Föderalismuskommission vereinbarten Ziel, im Jahr 2020 einen schuldenfreien Haushalt aufstellen zu können, erreicht werden.

Drittens, die Sicherung von 2 000 Arbeitsplätzen und die Absicherung von Ausbildung! Jährlich sollen 100 Ausbildungsplätze zur Sicherung eines qualitativ und quantitativ hochwertigen ÖPNV zur Verfügung stehen.

Der wichtige Ausbau des Straßenbahnstreckennetzes kam schon zur Sprache. Wichtig ist auch, dass wir beginnen, möchte ich sagen, für die Überseestadt eine bedarfsgerechte Anbindung an den ÖPNV hinzubekommen. Perspektivisch stelle ich mir eine Straßenbahn vor, aber zunächst einmal haben wir dort eine Busverbindung. Das Ziel ist ganz klar, verkehrspolitisch eine Steigerung der Fahrgastzahlen von 2010 bis 2020 um mindestens zehn Millionen und gleichzeitig eine Reduzierung der CO₂-Emission um 15 Prozent! Das heißt, bei deutlich mehr Verkehr deutlich weniger CO₂-Ausstoß! Dieses Paket ist alles in allem auf jeden Fall sehr positiv zu werten.

Hinzu kommt die Einführung des Sozialtickets. Dazu ist schon das Meiste gesagt worden. Auch hier standen wir natürlich ganz klar in einem Spannungsfeld, das muss ebenfalls gesagt werden. Auf der einen Seite, auch wenn Herr Erlanson es beklagt, ist natürlich das Problem, dass der Zuschussbedarf oder der Verlustausgleich vonseiten der Stadt steigt, weil die Stadt es aus Haushaltsmitteln bezahlen muss, oder man hätte die gesamten Kosten auf alle Tarife umlegen müssen. Das wäre das eine!

Auf der anderen Seite ist aber der erklärte politische Wille, der von allen Koalitionsfraktionen und auch von Ihnen getragen wird, ein Sozialticket zu haben. Wir, Staatsrat Golasowski und andere, haben eine kleine Exkursion gemacht, uns das Verfahren an verschiedenen Stellen angeschaut, unter anderem in Dortmund, und ganz klar ist, wenn der Preis für dieses Sozialticket zu niedrig ist, dann steigt der Zuschussbedarf exorbitant. So wie wir es jetzt gemacht haben, eine Gleichstellung faktisch mit dem Jobticket, ich glaube, das ist sowohl haushalterisch darstellbar als auch sozial-

politisch positiv. Es wurde schon von Herrn Frehe darauf hingewiesen, dass wir uns bemühen, das Ganze nicht auf Bremen allein zu beschränken, sondern eben auch im VBN die Sache so durchzutragen, und das wäre quasi dieses Privileg, dieser Vorteil, dass es nicht an Bremens Stadtgrenzen endet.

Der Preis für das Sozialticket liegt für Erwachsene bei 29,25 Euro und für Jugendliche bei 24,50 Euro pro Monat. Insofern will ich sagen, das ist ein rundes Paket, und wir freuen uns, dass dieser lang anhaltende und streckenweise auch schwierige Prozess zu solch einem guten Ergebnis geführt hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG und der Einführung eines Sozialtickets seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Keine Luxuswohnungen am Weserufer gegen Belange des Natur- und Hochwasserschutzes Keine Realisierung von Bebauungsplan 2377

> Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 11. August 2009 (Drucksache 17/362 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Golasowski.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Herr Kollege Erlanson.

Abg. Erlanson (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der betitelt war mit: "Keine Luxuswohnungen am Weserufer gegen Belange des Natur- und Hochwasserschutzes, keine Realisierung von Bebauungsplan 2377". Die LINKE hat diesen Antrag gestellt, wohl wissend, dass noch nicht alle notwendigen Verfahrensschritte gegangen und auch noch nicht entschieden worden sind, das ist uns klar. Wir sind allerdings der Meinung, dass man den Anfängen wehren muss, und deshalb wollen wir mit diesem Antrag eine frühestmögliche öffentliche Debatte auch in diesem Parlament. Wir sagen, es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass 20 hochpreisige Wohneinheiten für Reiche gebaut werden sollen, während Umwelt- und Klimaschutz inklusive Hochwasserschutz einfach so vom Tisch gewischt werden.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch! Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun? - Abg. Hamann [SPD]: Könnten Sie das erklären?)

Das ist nicht Quatsch! Ich werde das noch erklären, aber lassen Sie mich einfach ausreden! Die nun fast 2 000 gesammelten Unterschriften der Anwohnerinitiative verdienen auch keine Beachtung von Behörden und Parteien. Selbst der parteiübergreifende und einstimmige Beschluss des Beirats Neustadt gegen diese Bebauung wird von den Mitgliedern der Baudeputation auch noch denunziert. Ich selbst habe miterlebt, wie Mitglieder der Baudeputation, in diesem Fall Frau Krusche von den Grünen und Herr Pohlmann von der SPD, auf der letzten Beiratssitzung in der Neustadt erschienen und dem Beirat "kleinteilige Kirchturmpolitik" bescheinigt haben, sie selbst seien aber in der Baudeputation "für das Große und Ganze" zuständig, und da wäre nun einmal die Tendenz der Reurbanisierung und die zu erwartende Nachfrage nach Tausenden von städtischen Wohnungen in der Zukunft höher zu bewerten als die Interessen der Anwohner und des Beirats, und für die paar Bäume, die vielleicht gefällt werden, gebe es eben Ausgleichsflächen. Ich halte das für eine ziemliche Unverschämtheit, und entsprechend haben es auch die Mitglieder des Beirats empfunden.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Ich war dort nicht allein gewesen, dort waren über 100 Bürgerinnen und Bürger und der gesamte Beirat anwesend gewesen. Der Beirat hat seinen Beschluss danach noch einmal erneuert, dass er bei seiner Beschlussfassung bleibt und dass die gleichen Argumente weiter Gültigkeit haben. Ich frage mich daher manchmal wirklich, was die Regierungskoalition eigentlich hier geritten hat? Was soll das? Ich will auch als Begründung sagen, ich glaube, es wird jedem doch sofort augenscheinlich, dass die genannten städtebaulichen Argumente, die es ja geben kann, dem will ich überhaupt nicht widersprechen, und dafür ist die Baudeputation da, auch dem widerspreche ich nicht. Aber diese städtebaulichen Argumente waren zum einen die Reurbanisierung. Es gibt Gutachten dazu, die belegen, diese wird kommen, und dann gibt es eben die in die Tausend gehende Nachfrage nach innerstädtischen Wohnungen, aber sie stehen doch in keiner Relation zu 20 Wohneinheiten, die da geschaffen werden sollen. Ich sage einmal, gut, wahrscheinlich werden sie für Reiche geschaffen, weil sie sonst niemand bezahlen kann, aber gehen wir ruhig einmal davon weg.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Es leben die Klischees!)

Auch wenn diese 20 Wohneinheiten für Sozialhilfeempfänger geschaffen werden, muss man doch deutlich sagen, das steht doch in keiner Relation dazu, dass man sich ernsthaft mit dem Hochwasserschutzgebiet auseinandersetzen muss, dass man schauen muss, wie ist es mit den Bäumen, die dafür gefällt werden müssen und so weiter. Das alles sind Tatsachen, die nun auch von den Vertretern aus der Baudeputation oder von dem Schriftverkehr, den es dazu bei dem Beirat gibt, nicht bestritten worden sind. Da sind wir der Meinung, das Ganze steht einfach in keiner Relation zueinander, und ich habe auch ein bisschen das Gefühl, dass niemand so genau weiß, warum es dazu kommt.

Dann wird es von scheinbar offensichtlicher Weise von unserem Umweltsenator, so wie alle sagen, irgendwie besonders befördert, und jeder fragt sich in dieser Stadt: Aus welchem Grund denn? Was macht er denn da eigentlich? Was soll denn daran besonders ökologisch sein? Das weiß man nicht so genau, und darüber hätten wir natürlich auch gern Aufklärung. Aber nichtsdestoweniger sage ich ganz deutlich, wir sehen es als problematisch an, dass möglicherweise hier die Interessen von 20 Reichen für diese Wohneinheiten wichtiger gewertet werden als die Interessen der Menschen in einem gewachsenen Quartier. Der Widerstand, der da ist, und die Beteiligung der Bürger, die dagegen sind, zeigen ja, dass es jetzt

nun nicht nur irgendwie eine verrückte Idee ist, die die LINKEN sich jetzt einmal für den Wahlkampf ausgedacht haben oder für sonst irgendetwas, sondern es ist ein berechtigtes Anliegen, das da vorgebracht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, um die Diskussion zu eröffnen. Wir werden die Diskussion noch öfter haben. Wir werden sie im Beirat und natürlich auch hier im Parlament haben. Aber es ist ganz klar, wir fordern mit diesem Antrag die Stadtbürgerschaft auf, den Senat aufzufordern, dass dieses Planfeststellungsverfahren für den Bebauungsplan 2377 eingestellt wird oder zumindest ein Moratorium eingelegt wird, währenddessen weitere Diskussionen stattfinden können. Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Frau Busch [SPD]: Was meinen Sie, was ein Planfeststellungsverfahren ist!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Erlanson hat gesagt, ein Dringlichkeitsantrag! Wenn ich es richtig sehe, ist es ein Antrag. Es ist kein Dringlichkeitsantrag, sondern ein Antrag. Dann befinden wir uns auch auf der gleichen Geschäftsgrundlage. Ich möchte vorweg feststellen, das Anliegen der Bevölkerung, die breite Diskussion ist fürwahr die Frage der Bebauung am Stadtwerder, die Frage, was passiert am alten Rettungshafen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das sind wichtige Punkte, und wir als Baupolitiker, aber auch alle politischen Parteien und Kräfte müssen sich darauf einstellen, und das ist erst einmal ein ganz normaler Prozess, in dem wir uns befinden.

Nur eines, und das möchte ich vorweg sagen, ich erinnere mich immer gut, und ich schaue einmal zu dem Kollegen Rupp hin, wie oft stand er hier und sagte, er wisse gar nicht, warum dieser Antrag hier gestellt wird, und das sei eigentlich alles nur eine ganz große Schaudebatte. Das ist oft seine Herangehensweise, auch seine Methode, bestimmte Anträge von anderen Parteien, anderen Fraktionen hier darzustellen. Ich möchte das einmal ein Stück spiegeln und zurückgeben.

Wir befinden uns in einer breiten Debatte. Sie, Herr Erlanson, haben eben den Versuch eines Beitrags dargestellt, eigentlich auch, was Sie wollen. Sie setzen sich nicht als Linksfraktion ein, Sie benutzen das mit Ihrem Populismus für Ihre eigenen Interessen und sind überhaupt nicht an einer Klärung, einer inhaltlichen Debatte über diese Frage interessiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist billiger Populismus und wird der Sache auch nicht gerecht. Ich finde, das ist eine Form auch für die weiteren Entwicklungen, auch für weitere Fragen der Stadtentwicklungspolitik. Wir haben es eben diskutiert. Selbstverständlich, wir erleben es, und vielleicht könnten Sie einmal den Kollegen, der sich in der Deputation für die Fraktion der LINKEN befindet, fragen. Selbstverständlich wird es in allen Bereichen, wo wir neue Bebauungsgebiete haben, bei denen wir Fragen der Stadtentwicklung haben, berechtigte Anliegen auch der Bevölkerung vor Ort geben, und in vielen Bereichen ist es dann so, wenn vorher keine Bebauung war, gibt es dort auch Einwände. Ich kann es menschlich auch total nachvollziehen, nur für uns als Politik und für dieses Parlament und in der Deputation ist doch die Frage, dass wir Einzelinteressen und die Gesamtentwicklung dieser Stadt abwägen müssen. Dies ist unsere Aufgabe, und das tun wir als Koalition. Wir tun es verantwortungsbewusst und stellen uns auch dieser Diskussion.

Sie sagen, da sind irgendwelche Baudeputierten oder ein Bausenator, die denken sich etwas aus. Es gehört auch dazu, wenn man solch eine Debatte und einen solchen Antrag stellt, dass man sich auch mit der Historie und mit dem, was da geschehen ist, einmal auseinandersetzt. Ich nenne einmal in diesem Zusammenhang die zehn Flusspunkte, ein Programm in der Baudeputation, angefangen 2001, 2003 über diese Fragen Innenstadtentwicklung, Innenstadtverdichtung, wie sind die Entwicklungen überhaupt von Wohnungsbedarfen, wurde breit diskutiert.

Wir haben heute Nachmittag die Erkenntnisse vom GEWOS-Gutachten hier in der Debatte herangezogen, wobei deutlich wurde, dass es einen realen Bedarf an Wohnraum im Innenstadtbereich gibt. In dem Bericht des Senats, wer ihn richtig durchgelesen und verarbeitet hat, steht: Wir setzen uns als Ziele bis zum Jahre 2020 zehn Prozent mehr Bevölkerung im Innenstadtbereich zu bekommen. Ich finde, es ist richtig, denn wir müssen auch diese Linie weiterentwickeln, und deshalb geht es nicht nur am alten Rettungshafen, sondern es sind zehn Punkte, die hier aufgeführt werden.

Ich finde, in der Debatte, wenn man mit Vertreterinnen und Vertretern vor Ort spricht, hier ist es sehr unterschiedlich, einmal geht es nur um dieses eine Projekt, aber es gibt auch eine andere Position, die auch in der Einwohnerversammlung im Beirat Neustadt deutlich geworden ist. Die sagen: Eigentlich in der Innenstadt gar nicht! Wir wollen das nicht! Wir wollen die freie Sicht, die Zugänglichkeit des Flusses und des Ufers erhalten. Wenn schon, dann hinten in Walle, da kann man das machen! Nicht nur am Weserbahnhof, immer weiter bis zur Spitze Hafenkante, dort kann man das hinbauen.

Ich glaube, so geht es auch nicht. Wir müssen hier auch gesamtstädtisch sehen, dass, wenn wir das machen wollen und uns für solch eine Politik aussprechen, man dann auch diese Fragen und auch die Bereitstellung von Flächen realisieren muss. Ich spreche für die SPD-Bürgerschaftsfraktion; wir haben diese Fragen sehr intensiv von dieser grundsätzlichen Linie diskutiert. Dass wir zu einer Verdichtung der Innenstadtbereiche kommen, finden wir absolut richtig. Wir stehen auch hinter der Grundlinie dessen, was hier mit den zehn Flusspunkten ist, das ist richtig, aber selbstverständlich befinden wir uns bei diesem Projekt wie bei anderen auch mitten in einem Verfahren. Man redet hier noch über zwei, drei Jahre, in denen wir intensivste, vorgeschriebene Prozesse durchlaufen werden, in denen Beiratsbefassung, in denen Bevölkerungsbefassung stattfinden, in denen jeder Mann und jede Frau, jede Institution seine beziehungsweise ihre Anliegen vortragen kann.

Man muss auch einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Erlanson, das habe ich auch in der öffentlichen Sitzung gesagt, dass in der Baudeputation vom Senatsbaudirektor auf Nachfrage unserer Fraktion deutlich gemacht wurde, dass er alles dafür tun will, ein transparentes Verfahren vorzunehmen, dass er in der Frage Architektur, wie dieses Baugrundstück und die Häuser dort gestaltet werden, einen sehr engen Zusammenschluss auch mit den Beiratsmitgliedern anstrebt, dass sie dort mit einbezogen werden.

Ich bin der Auffassung, man sollte dies aufnehmen, man sollte diese fachlichen Fragen diskutieren. In diesem Sinne sage ich einmal als Erstes dazu: Innenstadtverdichtung ja; darüber hinaus geht es für uns als SPD aber auch um eine letzte Anforderung, die, glaube ich, auch wichtig ist. Es ist die Frage nach der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für diesen Bereich. Es geht darum, dass mit der Bebauung am Stadtwerder auch das Verkehrskonzept weiterentwickelt werden muss. Hier haben wir auch konkrete Anforderungen an die Ressortspitze.

Es geht aber auch um die Frage, was wir auch in dem ganzen Prozess Leitbild diskutiert haben, vorgetragen wurde das hier von Herrn Senator Dr. Loske. Wie bekommen wir auch die Verbindung, die soziale Vernetzung mit der Neustadt hin? Wie gelingt es uns, mit Fragen der Sozialeinrichtungen, der Bildung umzugehen? Wie bekommen wir es hin, dem gerecht zu werden, wofür wir stehen? Keine separate, auch höherwertige Wohnbebauung, sondern sie müssen mit den Wohnquartieren unserer Stadt vernetzt sein, und ich glaube, das ist ein Weg, auf dem wir uns befinden.

Dieser Antrag ist überflüssig, wir werden ihn ablehnen, er ist billiger Populismus! - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Erlanson, lassen Sie mich vorweg sagen: Bremen ist eine grüne Stadt, und sie wird auch mit drei Häusern am Rettungshafen eine grüne Stadt bleiben! Das ist für uns Grüne gar keine Frage!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt kaum eine Stadt in Deutschland, die an einem Fluss liegt, die so viele Grünflächen hat wie Bremen. Auch das ist eine Tatsache, und hier spricht niemand davon, die Weserufer mit Gebäuden vollzubauen. Man muss vielleicht auch einmal die Relation dieser Debatte auf die Tatsachen zurückführen: Es geht hier um drei Stadthäuser am Weserufer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichwohl, der Streit um diese drei Häuser am Rettungshafen weist auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung hin, über die wir uns verständigen müssen, über die wir debattieren müssen, so wie das gegenwärtig in der Neustadt passiert, mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dem Beirat. Wir Grünen, das sage ich, müssen die Debatte auch mit uns selbst führen, denn es geht ganz schlicht um die Frage: Wie wollen wir Bremen weiterentwickeln? Wo und an welcher Stelle soll und darf in Zukunft gebaut werden und an welcher nicht? Wir entscheiden uns, und das sagen wir Grünen ganz klar - und auch das Leitbild, über das wir vorhin debattiert haben, hat sich dafür entschieden -, nämlich zu sagen, wir wollen Bremen nach innen entwickeln. Wir wollen nicht die Stadt an den

Stadträndern ausdehnen, wir wollen nicht auf der grünen Wiese bauen, wir wollen die Potenziale, die die gewachsene, gebaute Stadt Bremen hat, danach durchforsten, wo es attraktive Grundstücke gibt, um den Menschen, die neuen Wohnraum suchen, auch adäquate Angebote machen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir finden dieses Leitbild der Innenentwicklung richtig, und wir finden es vor allen Dingen ökonomisch vernünftig und auch ökologisch sinnvoll, denn für all das, was wir in der Stadt bauen, brauchen wir nichts an neuer Infrastruktur zu schaffen. Es ist preisgünstiger, dort zu bauen, wo es bereits die notwendige Infrastruktur gibt, und es ist auch ökologischer, als auf freien Flächen ein neues Wohnbaugebiet anzusiedeln. Da ich hier Herrn Aumund-Kopp sehe und wir nachher noch über die Osterholzer Feldmark debattieren: Das ist genau das, wovon wir uns als Rot-Grün verabschieden wollen, weil es nicht zukunftsfähig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das GEWOS-Gutachten sagt sehr deutlich, die Menschen wollen wieder in der Stadt wohnen, und das ist eine gute Botschaft. Das ist eine gute Botschaft, auch wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort das erst einmal, weil sie selbst von neuen Häusern betroffen sind, als solche nicht sehen. Aber deswegen stehen wir hier und debattieren darüber, was man in der Abwägung zwischen unterschiedlichen Interessen aus der Gesamtschau der Stadt heraus Richtiges tun kann, und ich glaube, dass es an dieser Stelle in der Neustadt vertretbar ist, drei Häuser am Fluss zu errichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich brauchen wir Orte, wo neuer Wohnungsbau entsteht, und wir haben diese Orte. Wir haben sie in der Überseestadt, wir haben den Stadtwerder, wir haben die Bebauung am Dammacker. All das sind innenstadtnahe Wohnungsbaugebiete, die auch gut angenommen werden. In Zukunft werden wir in dem weiteren Planungsprozess abwägen, ob es vertretbar und wie es vertretbar ist, hier an der Weser drei Häuser zu errichten.

Historisch gesehen war dieser Ort bebaut, jetzt stehen dort Bäume, ansonsten gibt es dort Schotter. Natürlich, die Menschen, die an der Werderstraße wohnen, sehen in drei Häusern eine Verschlechterung ihrer Wohnqualität. Aber ganz ehrlich, es ist die generelle Debatte, dass es dort, wo neue Häuser hinzukommen, Menschen gibt, die davon betroffen sind. Auch das ist eine Abwä-

gungsfrage: Ist es zumutbar, oder ist es nicht zumutbar? Wir sagen, an dieser Stelle ist es keine Abwertung für die Neustadt, sondern im Gegenteil, auch die neuen Bewohnerinnen und Bewohner, die dort wohnen werden, sind eine Bereicherung und dienen der Attraktivitätssteigerung eines attraktiven Stadtteils Neustadt.

Außerdem ist klar, neue Häuser führen dazu, dass man ein Stück Natur wegnimmt und dass ein Stück Natur durch ein Stück Besiedelung ersetzt wird. Aber unter dem Gesamtstrich, und das ist auch das Ökologische, und da bitte ich auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Neustadt, das nicht nur aus der Sicht ihres Stadtteils heraus zu betrachten, sondern insgesamt zu schauen: Wie wollen wir Bremen attraktiv halten? Wie wollen wir es erreichen, dass wir Menschen neu für Bremen hinzugewinnen, und die Leute, die in Bremen wohnen bleiben wollen, hier auch attraktives Wohnangebot finden? Diese Abwägung gilt es zu treffen. Ich kann überhaupt nicht verstehen - und das ist eigentlich der Punkt, worüber ich mich am meisten ärgere, das sage ich in Richtung der LINKEN -, dass hier der Eindruck erweckt wird, als würden hier Luxuswohnungen für "reiche Säcke" gebaut. Das finde ich nicht in Ordnung!

(Zuruf des Abg. Rupp [DIE LINKE])

Ich finde es nicht in Ordnung, die Debatte so zu führen. Es gibt in dieser Stadt Menschen, die über unterschiedliche Budgets verfügen, und unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, für all diese unterschiedlichen Menschen angemessene Angebote in dieser Stadt vorzuhalten. Aus meiner Sicht ist überhaupt nichts verwerflich daran, auch Menschen Wohnangebote zu machen, die im hochpreisigen Segment liegen, denn wir müssen abwägen: Wollen wir, dass sie aus Bremen weggehen, oder wollen wir, dass sie nach Bremen kommen und in Bremen bleiben? Ich glaube, unter dem Strich führen alle diese Abwägungen dazu, dass wir sagen, wir halten es aus ökonomischen, aus ökologischen Gründen für vertretbar, in der Neustadt am Rettungshafen drei Stadthäuser zu errichten. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. Richter (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Keine Luxuswohnungen am Weserufer", so lautet der erste Halbsatz des Antrags der LINKEN. Einmal unabhängig von der Frage, ob eine Bebauung an dieser Stelle sinnvoll und richtig ist, darüber debattieren wir ja

gerade: Was soll diese Überschrift? Wir sind uns wirklich alle darüber einig, es muss bezahlbarer Wohnraum für alle zur Verfügung stehen. Es gibt Menschen, die können mehr Geld für das Wohnen ausgeben. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die vorübergehend oder auch längerfristig unterstützt werden müssen, damit sie sich ihre eigenen vier Wände auch leisten können. Für alle diese Menschen muss es entsprechende Angebote geben.

Gute Lagen sind nun einmal teurer. Eine Lage wie die an der Weser erfordert unter anderem zusätzlich noch erhebliche Gründungsmehraufwendungen und stellt höhere Ansprüche an die Gestaltung. Aber wenn eine Wohnbebauung an dieser Stelle vertretbar und ein Nachfragepotenzial vorhanden ist, dann kann doch nichts ernsthaft dagegen sprechen, dass hier vielleicht 3 000 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche zu zahlen sind und an anderer Stelle vielleicht 1 500 Euro. Jetzt könnte ich ganz zynisch und ketzerisch die Frage stellen: Würden Sie denn eine Bebauung befürworten, wenn hier geförderter Wohnungsbau entsteht? Das müsste man ja aus Ihrer Überschrift fast ableiten!

Aber nun wollen wir einmal zum Thema zurückkommen, auf den eigentlichen Kern der Debatte, nämlich: Geht an dieser Stelle eine Bebauung oder geht sie nicht? Bremen - Stadt am Fluss! Bremen hat sich in den letzten Jahren wieder konsequent zur Weser geöffnet, und das war auch dringend notwendig, das hat unserer Stadt gutgetan. Zu nennen sind: die Schlachte, die jetzt in der Realisierung befindliche Verlängerung bis in die Überseestadt, die Bebauung des Teerhofes, die jetzt mit der Fertigstellung des Beluga-Gebäudes fast zum Abschluss gekommen ist. Die Menschen zieht es wieder in die Stadt. Was ist daher daran verwerflich, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Wasseranlagen städtebaulich aufgewertet werden können, um diese positiven Entwicklungen weiter zu verstärken?

Herr Pohlmann hat eben schon die zehn Flusspunkte genannt, die vor gut zehn Jahren ja geboren sind, und über einen dieser Flusspunkte reden wir heute. Dass eine Bebauung an dieser Stelle wenn man sich die Lage vergegenwärtigt, kann man ja fast sagen, im Wasser und nicht am Landmöglich ist, verdeutlicht ja schon das Gebäude der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in unmittelbarer Nachbarschaft.

Was ist bisher geschehen? Eine Idee wurde geboren, die Baudeputation hat sich am 11. Juni mit dieser Idee befasst, ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 2377 wurde gegen die Stimme des Vertreters der LINKEN gefasst. Alle Deputierten, die sich im Rahmen der Deputationssitzung geäußert haben, machten auch deutlich, dass eine Machbarkeitsstudie eine Sache ist, jedoch erst im Rahmen der Erarbeitung des Bebauungsplans sich herausstellen wird, ob sich die besonderen städtebaulichen Zielvorstellungen an dieser Stelle auch tatsächlich realisieren lassen.

Es handelt sich um ein Tor, eines der Eingangstore in die Innenstadt. Dabei sollten wir auch ehrlich miteinander umgehen, besonders attraktiv ist dieses Tor im Moment nicht. Eine Aufwertung ist in jedem Fall erforderlich, wie auch immer sie sich gestalten wird. Der Fluss, die Weser, darf natürlich nicht einfach zubetoniert werden. Er muss weiter für Besucher und die jetzigen Bewohner in diesem Bereich erlebbar bleiben. Können die Belange des Hochwasserschutzes wirklich mit einer vielleicht bis zu viergeschossigen Bebauung in drei Gebäuden in Einklang gebracht werden? Erst wenn diese Fragen im Rahmen der Beteiligung, im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens geklärt sind, kommt der Beschluss über den Bebauungsplan und dann möglicherweise eine Realisierung. Bleiben Fragen offen, werden wir den Bebauungsplan ablehnen, aber vorher auch nicht. Dann aber bitte mit einer anderen Überschrift als dieser populistischen! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne den ehemaligen Abgeordneten Olaf Dinné. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorredner haben ja schon einiges gesagt. Auch wir werden diesen Antrag aus mehreren Gründen nicht mitmachen, aber einer ist wirklich schon übel, das ist Ihre Überschrift. Das hat mit dem Antrag wirklich nichts zu tun, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass die Menschen vor Ort schon zwischen gerechter Interessenwahrnehmung oder Instrumentalisierung durch Ihre Partei unterscheiden können, die im Grunde genommen nur auf Erzeugung von Neiddebatten aus ist.

(Beifall bei der CDU)

Am letzten Freitag, als wir die neugegründete Bürgerinitiative "Bremer am Fluss" bei uns in der Geschäftsstelle empfangen haben und die Resolution entgegengenommen haben - ich habe sie auch schon bei einigen Kollegen auf dem Platz gesehen, sie ist ja vielseitig verteilt worden -, hatte ich den Eindruck gewonnen, dass es eine sachliche Diskussion der Bürgerinitiative ist und dass es so, wie es in der Zeitung, dem "Weser-Kurier", herüber kam, nicht ist, dass sie sich schon in einer anderen Größenordnung Gedanken über ihr Quartier machen. Sie wehren sich ja nicht generell gegen das Ansinnen einer Bebauung, sie sind nur mit dem Verlauf der bisherigen Einbindung sehr unzufrieden.

Auch uns ist ja seitens des Ressorts und der Senatsbaudirektion eigentlich zugesagt worden, dass dieses Vorhaben in enger Abstimmung mit alteingesessenen Anwohnern umgesetzt werden solle. Offensichtlich ist diese Abstimmung bisher aber leider nicht zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Dies kann und muss man durchaus kritisieren. Wir halten es jedoch für falsch, daraus durch voreilige Neiddebatten das gesamte Projekt grundsätzlich zu verteufeln. Rot-Grün muss vielmehr jetzt endlich von seinem hohen Ross herunterkommen, nicht immer nur verbal über Bürgerbeteiligung diskutieren und den Menschen das in Aussicht stellen, sondern dies ietzt auch in der Praxis soweit umsetzen! Die ersten Ansätze sind ja gemacht, zumindest war es, das muss man der Fairness halber sagen, wenn die Ausdrücke so stimmen, eine offene und ehrliche Diskussion, die Sie da auch geführt haben. Das ist aber nun einmal Beiratsarbeit, das haben wir nun vorhin auch beschlossen.

Diesen Konflikt, den es momentan mit der kompletten Innenverdichtung gibt, gerade in der Innenstadt, haben wir schon immer moniert. Wir haben es nie ausgeschlossen und sind da auch nach wie vor auf Ihrer Seite, dass wir auch die Innenstädte weiter verdichten müssen, aber eben nicht nur ausschließlich. Das ist nämlich das Problem, was Sie in den nächsten Jahren immer extremer bekommen werden, wenn Sie komplette andere Baugebiete aus Ihrem Fokus ausschließen, völlig außen vor halten, was wir nachher auch machen wollen, müssen Sie die Menschen irgendwo unterbringen. Denn so. wie Herr Dr. Loske heute sagte, ziehen immer mehr nach Bremen, und die Bauanträge sind exorbitant höher als im Umland, so wurde uns berichtet; man muss nur noch einmal sehen, ob es auch stimmt. Wenn aber Bauland oder überhaupt Möglichkeiten zum Bauen gegeben werden müssen, werden Sie diese Probleme immer wieder bekommen.

Es kann nicht angehen, dass es nur über Verdichtung geht! Deswegen glauben wir, dass es sinnvoller ist, über beides nachzudenken, und auch die eine oder andere Baufläche doch vielleicht zu-

rückzunehmen, das sagt GEWOS ausdrücklich auch, Sie berufen sich ja immer auf GEWOS, dass Innenraumverdichtung allein nicht reicht, dass wir auch weitere neue Flächen brauchen.

Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er populistisch und eigentlich unmöglich ist, werden aber weiter diesen Prozess auch kritisch begleiten, im Sinne der Mitbestimmung der Bürger vor Ort und des Beirates, weil wir es uns heute alle geschworen haben. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich verwehre mich einfach nur noch einmal am Ende gegen diesen Populismusvorwurf gerade in der Überschrift. Ich würde Sie einfach bitten: Schauen Sie sich die Überschrift noch einmal an! Da steht: Keine Luxuswohnungen! Inwiefern das populistisch ist, wenn hier davon gesprochen wird, dass da eben vielleicht mehrere Tausend Euro für einen Quadratmeter gezahlt werden können, finde ich, kann man das mit Fug und Recht als eine Luxuswohnung - -.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Nein, das ist ganz klar: "Bonze" steht nirgends darin.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Aber andere Wohnungen könnte man dort bauen!)

Ich habe nirgends "Bonze" gesagt, ich habe "für Reiche" gesagt, ich habe auch nicht "für reiche Säcke" gesagt, ich habe nur gesagt: Keine Luxuswohnungen gegen die Belange des Natur- und Hochwasserschutzes, und ich finde, das ist völlig normaler Sprachgebrauch. Ich sage einmal so, im Grunde genommen haben Sie ja keine wirklichen Gegenargumente geliefert, Sie haben nur bestätigt, was Sie im Beirat auch schon gesagt haben, Sie fühlen sich als die höhere Instanz, fühlen sich berufen, über die Einwände der Bürger einfach so hinwegzugehen, und da haben wir eine Gegenposition aufgebaut. Wir haben von Anfang an deutlich gesagt, dass wir diesen Antrag natürlich sehr wohl in Kenntnis des Verfahrens trotzdem gemacht haben, um die Diskussion auch hier ins Parlament zu tragen. Weiter gibt es dem nichts mehr hinzuzufügen!

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollten das doch mit dem Klimaschutz noch erklären!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Erlanson, wir haben da ja eben noch die Nachfrage zum Klimaschutz gehabt, auf die Sie leider nicht eingegangen sind, was ja auch sehr tief und sehr intensiv von Ihrem Kollegen Rupp in der Stadtentwicklungsdebatte hier noch einmal vorgetragen wurde. Vielleicht könnten Sie das hier auch noch einmal sagen, wie Sie dazu stehen.

Ein wesentlicher Punkt: Ich glaube, es kann nicht angehen, dagegen müssen wir uns alle gemeinschaftlich verwahren - ich finde es auch sehr gut, dass viele der Kolleginnen und Kollegen dazu gesprochen haben -, dass die Frage der Instrumentalisierung von Prozessen, die real da sind, hier von einer Parlamentsfraktion mitten in einem Verfahren, das überhaupt noch nicht abgeschlossen ist, benutzt wird. Ich glaube, das ist eine ganz billige Nummer. Eigentlich habe ich von Ihnen erwartet, dass wir uns auf einem anderen Niveau auseinandersetzen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab!

Ein Punkt, der noch einmal für uns wichtig ist: Wie geht es eigentlich weiter? Es ist nicht richtig, dass jetzt da einfach von einem hohen Ross herunter, das waren die Kollegin Krusche und ich, als wir beide in der öffentlichen Beiratssitzung waren - -. Wir haben gesagt, wir wollen uns in diesen Prozess mit einbringen, wir wollen auch gemeinsam diskutieren. Ich erinnere noch einmal an die Sitzung der Baudeputation, bei der wir gesagt haben, wir erwarten, und das wurde uns auch von der Ressortspitze zugebilligt, dass es in einem engen Verfahren mit der Bevölkerung und mit dem Beirat weiter diskutiert wird, und wir werden dies auch in Form von zusätzlichen Zwischenberichten und Diskussionen mit aufnehmen, und wir werden das begleiten.

Nur, ein Punkt ist: Wir werden uns aber auch von dieser inhaltlichen Frage, die wir dargelegt haben, Innenverdichtung, Innenstadtentwicklung und dann auch mit diesen drei Stadthäusern, die dort entstehen sollen, nicht von unserer grundsätzlichen Frage abbringen lassen, dass es eben richtig ist, so eine Linie zu entwickeln. Für uns, ich möchte es noch einmal als SPD-Bürgerschaftsfraktion betonen, wäre es noch einmal eine Bitte an die Ressortspitze, oder wie wir auch an diesen Diskussionsprozess herangehen, dass wir auch über den Tellerrand hinausschauend diese Frage

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

der Konzepte der Anbindung in die gesamte Neustadt sehr intensiv diskutieren müssen. Ich glaube, das ist nicht nur in diesem Bereich eine wichtige Frage, sondern insgesamt.

Ich betone noch einmal, dass wir in dieser Frage sehr intensiv auch an der Seite derer sind, die sagen: Wir müssen hier auch die übergeordneten Gesichtspunkte unserer Stadtentwicklung mit berücksichtigen! Darum sage ich auch noch einmal für mich ganz persönlich: Ich finde, dass, was über die vielen Jahre auch intensiv mit den Fragen der zehn Flusspunkte diskutiert worden ist, und das, was als Grund auch damals von der Großen Koalition in einem intensiven Prozess gemeinsam mit den Grünen getragen wurde, so haben es die Protokolle ausgewiesen, in dieser Grundlinie richtig ist und auch sachlich in der Debatte trägt. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! So ganz viel bleibt für mich nach den Reden von Frau Krusche, Herrn Pohlmann und Herrn Richter eigentlich überhaupt nicht mehr zu sagen, denn das Meiste ist gesagt. Ich will nur noch einmal kurz begründen, was die Position meines Hauses in dieser Angelegenheit ist. Es wurde von Herrn Pohlmann darauf hingewiesen, dass das im Rahmen dieses 2006 öffentlich vorgestellten Projektes "10 in 10" präsentiert worden ist. Im Vordergrund steht der enge Bezug zur Weser, der Stadtraum soll enger mit dem Fluss verknüpft werden, die Idee ist ja nicht neu und hat sich im letzten Jahrzehnt als Erfolgsgeschichte erwiesen. Wir müssen die Stadt wieder mehr vom Fluss her denken, das ist eines der größten Kapitale, die wir hier bei uns in Bremen haben.

Historische Ansichten und Pläne zeigen eine Uferbebauung in diesem Bereich an, darauf muss man noch einmal verweisen, das wurde von Frau Krusche schon gesagt. Wenn man sich die alten Karten anschaut, war das dort bis zum Krieg bebaut. Nach dem Krieg und der Zerstörung und dem Bau der heutigen Wilhelm-Kaisen-Brücke unterblieb ein Wiederaufbau von Wohngebäuden am Ufer. Die privaten Grundstücke wurden von der Stadtgemeinde gegen andere Flächen getauscht oder erworben.

Vielleicht noch einmal zum Bedarf: Das GEWOS-Gutachten vom Mai 2009 prognostizierte einen Neubaubedarf von 15 000 Wohneinheiten bis 2020, wobei, wir haben das ja sehr stark differen-

ziert, die Nachfrage nach innerstädtischen und Innenstadt nahen Flächen deutlich das Angebot anderer Flächen übersteigt und innenstadtnahe Wohnanlagen bevorzugt nachgefragt werden. Gründe liegen in den differenzierten Wohnpräferenzen.

Die attraktive Lage an der Weser, die Nähe zur Innenstadt und Überlegungen zur Verkleinerung der Einmündung der Straße Herrlichkeit in die Werderstraße sprechen für eine Wohnbebauung auf dem Ufergrundstück, sie entspricht den stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen der Innenentwicklung. Ich und die meisten anderen Redner sprachen bereits davon: Stadt der kurzen Wege, Nutzung vorhandener Infrastruktur, quasi die oberirdische wie die unterirdische, Einkaufen, Bildung, Kultur, Naherholung, Sport dicht bei, wobei wir darauf achten müssen, dass natürlich der soziale Zusammenhalt, das gilt noch mehr für den Stadtwerder insgesamt, erhalten bleibt.

Was haben wir bis jetzt gemacht? Auch das noch einmal an die Adresse von Herrn Erlanson: Was wir bis jetzt gemacht haben, ist nichts anderes, als einen Planaufstellungsbeschluss zu fassen. Die Deputation hat den Planaufstellungsbeschluss gefasst, und dieser Planaufstellungsbeschluss ist die Grundlage aller weiteren Beratungen. Wir haben wenn ich sage wir, war das der Senatsbaudirektor in der Deputation - angekündigt, dass durch einen Wettbewerb hier etwas architektonisch anspruchsvolles, hochwertige Architektur, realisiert werden soll. Diese drei Blöcke, so wie sie da jetzt stehen, stehen da zunächst einmal nur als Modelle, und bei der realen Ausgestaltung geht es natürlich auch um die Außengestaltung, es geht um die Begrünung, das hat Herr Pohlmann auch zurecht angemahnt, sowie Pkw-, Fußgänger- und Radverkehre, das ist alles zu berücksichtigen.

Wir wollen auch prüfen, ob eine Wegeverbindung längs der Wasserkante möglich ist. Man muss ja auch noch einmal darauf verweisen, heute ist die Zugänglichkeit nicht gegeben, es ist heute eine aufgeschotterte Fläche. Insofern finde ich es nicht so richtig gut, wenn man das, was möglicherweise kommen könnte, ins Verhältnis zu dem setzt, was jetzt ist, dass das, was dort am Horizont dräut, etwas ganz Furchtbares ist, während das, was jetzt ist, etwas ganz Wunderbares ist, das ist nicht so. Ich glaube, diese Beschreibung wäre nicht ganz zutreffend. Die Sorge von sozialer Segregation - das klingt ja bei Ihnen mit, wenn Sie von Luxuswohnungen, von Entmischung neustädtischer Bevölkerung und so weiter sprechen - durch 20 bis 30 zusätzliche Wohneinheiten, also 50 bis 70 neue Bewohnerinnen und Bewohner der Neustadt an der Werderstraße, wird von uns ausdrücklich nicht geteilt.

Die vorhandenen Wohnstrukturen auf dem Stadtwerder zwischen Wilhelm-Kaisen-Brücke und Hochschule sind sozial stabil und werden durch die geplante Wohnbebauung am Rettungshafen gewiss nicht beeinträchtigt. Von dem Bauvorhaben wird hingegen eine Aufwertung dieses Bereiches in der Neustadt erwartet. Selbstverständlich. Herr Erlanson - diese lapidaren Bemerkungen. das ist ja das, was ich so liebe -, als Umweltsenator werde ich natürlich darauf achten, wenn Sie. DIE LINKE, die sonst mit dem Thema so viel am Hut hat wie die Kuh mit dem Sonntag,

(Heiterkeit bei der SPD)

nun ausgerechnet hier über Klimaschutz und über Hochwasserschutz sprechen, dann will ich doch schon einmal sagen, wir werden definitiv im Rahmen des Planungsprozesses sicherstellen, dass die Belange des Hochwasserschutzes, Baumschutzes, der Lärmemissionen und des Verkehrs voll umfänglich gewahrt bleiben, und da würde ich mich sogar ausdrücklich Herrn Richter anschließen. Wenn es nicht möglich wäre, das angemessen zu realisieren, würden wir das auch nicht machen, aber wir halten es unter den gegebenen Umständen für möglich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich will noch einmal abschließend sagen, warum wir Ihren Antrag nicht unterstützen, aber das brauche ich überhaupt nicht mehr, diesen Populismusvorwurf will ich überhaupt nicht erheben, Sie machen sich da etwas zunutze, was da real stattfindet. Unsere Aufgabe, unsere als Senat und Ihre als Bürgerschaft, ist es natürlich, vor Ort gut zu kommunizieren, mit den Leuten zu sprechen. Das sage ich hier für meine Behörde zu, wir werden den Kontakt nicht nur mit dem Beirat suchen, sondern auch mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Wir werden das so transparent wie eben möglich machen und alle Karten auf den Tisch legen, und erst dann werden wir entscheiden.

Vielleicht noch eine kleine Petitesse am Rande: Herr Erlanson, Sie fordern, die Stadtbürgerschaft möge sofort beschließen: Der Senat wird aufgefordert, das Planfeststellungsverfahren unverzüglich einzustellen. Wir sprechen hier nicht über ein Planfeststellungsverfahren, sondern wir haben einen Planaufstellungsbeschluss gefasst. Alles Weitere wird im Prozess zu prüfen und zu besprechen sein. Ich plädiere definitiv nicht für Zustimmung zu diesem Antrag! - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/362 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Sprachstandserhebung mit dem **Sprachtest CITO**

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Juni 2009 (Drucksache 17/343 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 11. August 2009 (Drucksache 17/363 S)

Wir verbinden hiermit:

Sprachstandserhebung in Bremen mit CITO nachbessern

Antrag der Fraktion der CDU vom 21. August 2009 (Drucksache 17/373 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 25. August 2009 (Drucksache 17/382 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Jürgens-Pieper, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Debatte eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. Rohmeyer (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir könnten jetzt sehr lange über CITO und die Notwendigkeit einer sinnvollen Sprachstandserhebung im vorschulischen Bereich debattieren. Wir haben dies allerdings auch schon in den Jahren nach der ersten PISA-Studie hier in Bremen sehr intensiv getan. Wir haben Sie, Frau Senatorin Jürgens-Pieper, als CDU-Fraktion auch dafür gelobt, als Sie beschlossen und verkündet haben, dass Sie vorhaben, das Modell CITO, das in Bremerhaven schon länger erfolgreich praktiziert wurde, auch nach Bremen zu holen, weil wir die Defizite im stadtbremischen Sprachstand für so untherapierbar gehalten haben, dass wir gesagt haben, dieses neue Instrument wird in Bremen sicherlich erfolgreich sein.

Wir haben ietzt einen ersten Durchlauf hier in diesem Jahr mit CITO gehabt. 5 656 Kinder, die im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2004 und dem 30. April 2005 geboren worden sind, sind erfasst worden. 4 586 Kinder sind getestet worden. Es hat im Sommer schon Irritationen gegeben, als durch die Presse gemeldet wurde, dass 2 598 Kinder von diesen 4 586 einen diagnostizierten Förderbedarf haben. Da muss man hinterfragen: Ist der Test so angewandt worden, dass tatsächlich so viele Kinder einen Förderbedarf haben, oder sind Förderbedarfe durch einen technischen Test diagnostiziert worden, die vielleicht in der Realität gar nicht vorhanden sind? Wir haben aber auch 1 070 Kinder, die nicht freiwillig teilgenommen haben. Da muss man auch sagen, von diesen 1 070 Kindern haben 70 Prozent keinen Kindergarten besucht, sodass wir hier sehen, dass der Kindergartenbesuch für die Sprachstandsförderung und die Sprachstandserhebung ein wichtiges Element darstellt.

Als Folge der Antworten des Senats auf unsere Große Anfrage - für die ich mich bedanke - haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, den ich ganz kurz noch einmal in einzelnen Punkten beleuchten möchte. Ich glaube, es ist wichtig, dass bei zukünftigen Tests die Fachkräfte vor Ort sind, nicht nur Schülerinnen und Schüler, das haben dieses Jahr Schüler einer Berufsschule begleitet. Wichtig ist hinterher auch, dass alle Erziehungsberechtigten über alle Ergebnisse informiert werden. Es hat

diesbezüglich auch Irritationen bei Eltern gegeben, weil nur bei Förderbedarfen informiert wurde. Ich glaube, dass auch Eltern von Kindern ohne Förderbedarfe ein Recht darauf haben, zu erfahren, wie ihr Kind in diesem Test abgeschlossen hat.

Die Vor- und Nachbereitung - haben wir festgestellt - ist verbesserungswürdig. Die Kitas haben hier eine besondere Aufgabe, die in der Zukunft besser wahrgenommen werden muss, und, wir glauben, dass der CITO-Test, der ein computergestützter Test ist, auch durch eine mündliche Note ergänzt werden muss. Das heißt, nach dem Computertest soll es nach unserer Auffassung auch ein Testgespräch geben, in dem auch der aktive Wortschatz, die Satzbildung und die Aussprache noch einmal festgestellt werden können.

Ich glaube, dass es richtig und wichtig ist, dass wir uns damit dann auch in der Bildungsdeputation noch einmal beschäftigen. Die Botschaft ist klar: Wir haben mit CITO einen richtigen Weg beschritten. Nach den Schwierigkeiten, die es in stadtbremischen Bereichen in der Vergangenheit im Bereich der Sprachstandsfeststellung undförderung gab, war zu erwarten, dass nicht alles im ersten Anlauf optimal läuft. Darum sagen wir, wir würden uns freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen.

Es hat uns heute noch ein etwas überraschender Antrag der Fraktion der LINKEN erreicht. Zum einen widerspricht dieser Antrag unserem Antrag, zum anderen wollen Sie, glaube ich, das können Sie noch einmal sagen, noch etwas völlig anderes. Bei CITO, meine Damen und Herren von der Fraktion der LINKEN, geht es um die deutsche Sprache. Wenn Sie mit einer anderen Sprache anfangen, dann reden wir über ein anderes Thema. Das haben Sie wie üblich nicht verstanden, darum werden wir Ihren Antrag nicht übernehmen, zustimmen können wir dem schon gar nicht. Wir bitten aber den Rest des Plenums um Zustimmung! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier oben einen sehr schönen Schlüssel hängen, auf den ich alle gern einmal aufmerksam machen wollte, denn Sprache ist der Schlüs-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

sel zum Bildungserfolg, und darum, um nicht mehr und nicht weniger, geht es bei dieser Debatte. Deswegen freue ich mich auch, dass ich hier noch einmal explizit festhalten kann, auch wenn der Anlass eine CDU-Anfrage ist, dass Rot-Grün dafür Sorge trägt, allen Kindern einen guten Start in Kita und Schule zu ermöglichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist und bleibt ein wichtiger Schwerpunkt der Koalition, den wir auch ordentlich mit Haushaltsmitteln ausgestattet haben. Sie erinnern sich, wir haben über 50 Millionen Euro in einem Kraftakt im engen Haushalt umgeschichtet, und das Geld kommt auch einer verbesserten Sprachförderung zugute. Ich finde, das ist gut und auch richtig so. Herr Rohmeyer, Sie klagen moderat, wie ich finde, über Reibungsverluste und Schwierigkeiten. Das hatte ich mir bei der Vorbereitung auf diese Debatte schlimmer vorgestellt. Ich sehe es nicht ganz so negativ wie Sie. Es gibt deutliche Kritik, aber auch Lob von unterschiedlichen Seiten, das ist gut, damit sollten wir konstruktiv und nicht so ängstlich umgehen.

Die Sprachförderung in der Zeit der Großen Koalition war aus meiner Sicht mangelhaft, sie kam zu spät, war zu wenig und blieb Stückwerk. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, sie kam zu spät für die Kinder, sie erreichte nämlich erst die Fünfeinhalbjährigen, praktisch ein halbes Jahr vor dem Schulstart. Herr Rohmeyer, Sie waren in der Regierung, da können Sie jetzt hier nicht wieder so tun, als wären Sie nicht dabei gewesen, auch wenn die Debatte hier recht spät ist. Das versuchen Sie ja immer häufiger! Fünfeinhalbjährige Kinder sollten in einem halben Jahr nachlernen, was ihnen an Wissen noch fehlte, da war die Zeit zu knapp, der Stundenumfang der Kurse reichte nicht aus. Es wurden zu wenige Kinder gefördert, der Förderbedarf - das war auch schon zu Zeiten der Großen Koalition bekannt - lag bei 30 bis 40 Prozent.

(Abg. Rohmeyer [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke)

Präsident Weber: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer?

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja! Ich habe ihn ja auch schließlich ein bisschen vermisst.

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Liebe Frau Kollegin Stahmann, das beruht natürlich ganz auf Gegenseitigkeit.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]:

Jetzt ist gut!)

Ich möchte Sie fragen, ob Sie sich an gemeinsame Forderungen in der Deputation von Bündnis 90/Die Grünen und CDU erinnern, an das Ressort der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales gerichtet, Frau Senatorin Rosenkötter namentlich, zuvor Frau Senatorin Röpke, dass die Sprachstandsuntersuchung im Kita-Bereich früher als bei Fünfeinhalbjährigen zu erfolgen hat, was seinerzeit von den damaligen Senatorinnen nicht umgesetzt wurde?

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich erinnere mich immer besonders gut, was die Grünen gefordert haben, an das, was die CDU angeht, kann ich mich nicht erinnern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings, Herr Rohmeyer, wir erinnern uns, dass Sie auch beim Haushalt nur Gelder für 15 Prozent der Kinder bereitgestellt haben und dass ich das bei den Haushaltsberatungen hier vorn auch bemängelt habe. Daran erinnern Sie sich ganz genau. Wir haben gesagt, es müssen deutlich mehr Kinder gefördert werden. Erzieherinnen und Leiterinnen von Einrichtungen haben gesagt, ganze Einrichtungen müssten eigentlich konsequent in den Genuss von Sprachförderung kommen, weil sie einen ganz wesentlichen Bedarf gesehen haben.

Der nun durchgeführte CITO-Test, der bereits seit drei Jahren in Bremerhaven gut funktioniert - das möchte ich hier betonen -, ermittelt den Sprachstand von Kindern. Rund 4 300 Kinder wurden eingeladen, und die Ergebnisse sind wenig schmeichelhaft. Die "Bild"-Zeitung hat geschrieben, sie sind alarmierend, und, ich glaube, so kann man sie auch einstufen. Im Endeffekt wurde nämlich festgestellt, dass fast jedes zweite getestete Kind nicht richtig die deutsche Sprache spricht oder versteht, und 1 000 Kinder nahmen an dem Test nicht teil. Die Koalition und das Ressort arbeiten nun daran, alle verbindlich zu erreichen, und das ist auch richtig. Wir wollen, dass alle Kinder getestet werden. Wir wollen auch, dass die Kinder, die eine Förderung brauchen, in den einer ordentlichen Sprachförderung kommen, die zwischen Kindergarten und Grundschule eng verzahnt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sprachförderung war früher allein Aufgabe der Kitas, die Grundschule machte sozusagen ihr eigenes Ding. Das reicht nicht, das geht nicht, es ist auch teuer, wenn jeder Bereich ohne Überlegung und Ziel vor sich hin arbeitet, es ist Verschwendung von Ressourcen und, schlimmer, von Bildungschancen von Kindern. Im Fachausschuss für Schulentwicklung wurde schnell klar, dass wir eine eng verzahnte frühe Sprachförderung brauchen, die nicht an den Toren der Schule haltmacht. Dieser Prozess hat jetzt begonnen, und er hat noch nicht reibungslos funktioniert, aber, ich finde, das ist kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern wir müssen offensiv damit umgehen.

Wir müssen in der Stadt dafür werben, dass Sprachförderung ein ganz wichtiges Thema ist, um Kindern gute Bildungschancen zu geben, und wir müssen auch Bündnispartner suchen jenseits der Ressorts, jenseits der Politik. Es gibt ganz viele Einrichtungen in Bremen, die bereit sind, Sprachförderung zu betreiben, zum Beispiel bei der Freiwilligenagentur, Bremer Seniorenvertretung oder die Studierenden an der Bremer Universität. Ich glaube, es gibt auch viele Möglichkeiten, hier ein Unterstützungsnetzwerk für die Sache der Sprachförderung zu gewinnen, und auch daran sollten wir ganz intensiv arbeiten, um Kindern gute Bildungschancen in Bremen zu verschaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Stichwort Datenschutz! Aus meiner Sicht muss das Thema Datenschutz ganz zügig und entschieden zwischen Bildung und Soziales geklärt werden. Es kann nicht angehen, dass wir hier die Chance vergeben, Kinder bestmöglich zu fördern. Datenschutz ist wichtig, aber in diesem Fall ist es wichtig, dass Kindergarten und Schule voneinander wissen, was die jeweils andere Hand tut oder getan hat, um Kindern eine sinnvolle Unterstützung zu geben.

Ich habe eingangs gesagt, Sprache ist der entscheidende Schlüssel für den Bildungserfolg, und die Sprachförderung beginnt nun bereits bei den Viereinhalbjährigen. Das ist ein guter Fortschritt aus Sicht der Fraktion der Grünen, aber, ich denke, das teilen mittlerweile auch alle Kolleginnen und Kollegen hier im Haus. Es ist gut, dass die frühe Sprachförderung im Schulgesetz verankert worden ist. Frau Senatorin Jürgens-Pieper hat dafür intensiv geworben, und ich finde, es ist auch richtig, dies gesetzlich verbindlich zu verankern, um diesen wichtigen Punkt aufzugreifen und zu unterstützen. Ich komme zum Schluss! Rot-Grün hat die Weichen für eine veränderte und stark verbesserte Sprachförderung gestellt. Beide Ressorts arbeiten eng zusammen, um Reibungsverluste und organisatorische Probleme zu lösen. In der Deputation hat die Senatorin schon eine umfangreiche Analyse vorgelegt, sie hat auch gesagt, an welchen Punkten die Ressorts Bildung und Soziales Veränderungen herbeiführen wollen. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und der LINKEN, warten wir das doch erst einmal ab!

Den Antrag der der CDU brauchen wir nicht, die Verwaltungen arbeiten schon, sie brauchen nicht die Aufforderungen hier aus dem Haus der Bürgerschaft. Den Antrag der LINKEN lehnen wir auch aus inhaltlichen Gründen ab. Wir haben schließlich Kinder aus mindestens hundert verschiedenen Herkunftsländern. Ich sage einmal, jetzt einen speziellen türkischen CITO-Test durchzuführen, halten wir nicht für sachgerecht, das sollten Sie vielleicht noch einmal hier im Haus mit den Expertinnen und Experten erörtern. Beide Anträge lehnen wir ab! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abg. **Güngör** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns doch gemeinsam nach vorn blicken und nicht in der Vergangenheit herumsuchen, wer was wie gemacht hat, und hier nicht diese Auseinandersetzung zwischen den Kollegen Frau Stahmann und Herrn Rohmeyer weiterverfolgen, sondern gemeinsam daran arbeiten, dass wir die Sprachförderung auf einen noch besseren Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns doch hier fraktionsübergreifend einig, und das wurde schon mehrfach gesagt, dass das Beherrschen der deutschen Sprache für den Unterricht und für den Erfolg im Schulunterricht wichtig ist. Dass 45,5 Prozent der Kinder, die getestet wurden, einen Sprachförderbedarf haben, ist, finde ich, eine beachtliche Zahl, die wir auch hinterfragen müssen. Dass nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund Sprachdefizite aufweisen, sondern auch die Sprache bei einheimischen Kindern rückläufig ist, das ist eine Tendenz, die wir nicht dulden können, gegen die wir etwas tun müssen, meine Damen und Herren!

*) Vom Redner nicht überprüft.

⁽Glocke)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die PISA-Studie hat - es wurde bereits gesagt - diese Sprachdefizite damals noch einmal in den Fokus gerückt. Es wurde dann 2003 zumindest flächendeckend die Sprachstandserhebung eingeführt, sodass nach dem alten Schulgesetz alle Fünfjährigen verpflichtend daran teilgenommen haben.

Allerdings haben wir festgestellt, dass damit keine förderdiagnostischen Aussagen gewonnen werden konnten, und genau das haben wir im Fachausschuss bemängelt. So waren wir uns im Fachausschuss mit allen Fraktionen gemeinsam darüber einig, dass wir ein als Screening ausgelegtes Testverfahren auswählen sollten, welches zum einen in der Lage ist, den Förderbedarf eines Kindes festzustellen, und zum anderen den individuellen Förderbedarf kennzeichnen sollte. Von daher haben wir im Fachausschuss im Oktober 2008 die Empfehlung ausgesprochen, den sogenannten CITO-Test anzuwenden, der, wie gesagt, in Bremerhaven schon sehr positive Erfahrungen erbracht hat.

Die Einführung dieses CITO-Tests wurde durch das Ressort sehr sorgfältig vorbereitet, aber es gab auch einige Probleme. Natürlich läuft bei der Einführung einer solchen umfangreichen Maßnahme - es war angesichts der Komplexität des Verfahrens auch zu erwarten - nicht alles reibungslos. Genau das greifen Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ja in Ihrem Dringlichkeitsantrag auf. Nach der ersten Durchführung sehen auch wir noch einigen Verbesserungsbedarf, dabei handelt es sich jedoch um Anfangsschwierigkeiten, die auch anderswo bei der Einführung des CITO-Tests aufgetreten sind. Ungeachtet dessen nehmen wir die geäußerte Kritik der Erziehungsberechtigten, der Träger sowie der Fachexperten sehr ernst.

Bei der abschließenden Aufarbeitung und Bewertung des ersten Testdurchgangs werden wir deshalb auch großen Wert darauf legen, dass die einzelnen Kritikpunkte an der Durchführung des Verfahrens sowie an dem Verfahren selbst mit aufgenommen werden. So müssen wir zum Beispiel, Kollegin Stahmann hat es bereits gesagt, für die Datenschutzfrage eine gute Lösung finden. Dass die Kindergärten nur die Anzahl der förderbedürftigen Kinder, nicht jedoch deren Namen erfahren, bringt erhebliche Probleme mit sich.

In Ihrem Antrag fordern Sie zusätzlich die Einführung eines kurzen Testgesprächs, um das aktive Sprachvermögen des Kindes zu testen. Das halte ich vom zeitlichen Umfang - der Test selbst ist

schon relativ lang - für frag- und diskussionswürdig. Im Übrigen werden auch die Beobachtungen der Erzieherinnen und Erzieher mit in die Ergebnisse einbezogen. Weiterhin fordern Sie in Ihrem Antrag mehr Transparenz, sodass alle Eltern über die Ergebnisse informiert werden. Meines Wissens bekommen die Eltern, die diese Ergebnisse haben möchten, auf Wunsch auch die Ergebnisse ihres Kindes, selbst wenn diese keinen Förderbedarf haben.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Auf Nachfrage!)

Auf Nachfrage! Auch die Begleitung des Tests, zum Beispiel durch geschultes Fachpersonal, ist ein Punkt, den wir ganz dringend verbessern müssen, das sehen Sie genauso. Deshalb gehe ich davon aus, dass sich die Vertreter Ihrer Fraktion in der Bildungsdeputation mit großem Engagement in die Diskussion über die Verbesserungsmöglichkeiten des CITO-Tests einbringen werden. In diese Diskussion sollten wir jedoch erst einsteigen, wenn uns die gesamten Ergebnisse aus dem CITO-Test vorliegen, und nicht vorher versuchen, einzelne Kritikpunkte krampfhaft zu verbessern. Deshalb werden wir Ihrem Antrag heute nicht folgen!

Den Dringlichkeitsantrag der LINKEN hat Kollege Rohmeyer bereits erwähnt und dazu gesagt, dass dieser dem CDU-Antrag völlig widerspricht. Ich weiß nicht, wie Sie es sich vorstellen, ich weiß nicht, ob Sie das, was Sie dort aufschreiben, auch einmal lesen, Herr Beilken. Wie möchten Sie eigentlich den computergestützen Test durch einen komplett mündlichen ersetzen, während die CDU-Fraktion zum computergestützen Test ein weiteres mündliches Interview fordert? Machen wir also mündlich einen Test und dann noch einmal mündliche Interviews? Das passt irgendwie nicht zusammen, aber das passt zu Ihrer Politik. Insofern werden wir Ihren Antrag natürlich auch ablehnen.

Zu dem Punkt der türkischen Sprache, die Sie dort erwähnen, nur einmal zur Klarstellung, weil das hier mehrfach nicht ganz richtig dargestellt wurde: Der CITO-Test ist in der Lage, auch auf Türkisch computergestützt ein diagnostisches beziehungsweise Verfahren einzuleiten Sprachtest auf Türkisch durchzuführen. Das wird in einigen Bundesländern gemacht, in denen eben türkische Kinder nach zwei Wochen, nachdem sie den Test in deutscher Sprache absolviert haben, noch einmal auf Türkisch getestet werden, um zu schauen, ob sie den Grundwortschatz auch beherrschen. Das kann Sinn machen, ich finde, das kann man diskutieren. Was man dann mit den Kindern macht, die eben nicht türkisch sprechen, aber auch einen Migrationshintergrund haben, muss man dann noch einmal genauer entscheiden.

Ich finde - und ich komme damit zum Schluss -, wir sind mit dem CITO-Test auf einem guten Weg und wollen diesen weitergehen. Wir wollen ihn verbessern, aber ich glaube, der richtige Ort, um ihn zu verbessern, ist die Bildungsdeputation, und das machen wir, wenn der Gesamtbericht vorliegt. Ihre beiden Anträge werden wir daher ablehnen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Erkenntnis, dass die deutsche Sprache wichtig ist, um eine deutsche Schule, in der auf Deutsch unterrichtet wird, zu besuchen, ist eine weit verbreitete, und sie hat sich auch in diesem Hause dankenswerterweise durchgesetzt. Insofern ist es auch gut, dass wir darüber diskutieren, wie denn die nötige Sprachfähigkeit erreicht werden kann. Ich habe in den Debatten, die mit den Eltern geführt wurden, eine Prüfungsangst der Eltern erlebt. Die Eltern hatten Angst, dass ihre Kinder ein schlechtes Testergebnis haben würden, und einige wollten nicht, dass dies dann weitergegeben wird. Das ist genau der falsche Gedanke dabei! Es geht nicht darum, eine Abschlussprüfung zu einem Misserfolg zu machen, es geht darum, den Einstieg zu finden,

(Beifall bei der FDP)

vernünftig in die Schule zu kommen und das mit einer entsprechenden Qualität und so gefördert, dass man dem Schulunterricht auch entsprechend gut folgen kann. Das war das Ziel, das wir alle im Schulentwicklungsausschuss verfolgt haben, und das ist der Weg, der gegangen werden muss!

Uns war auch schnell klar, als wir die Zahlen aus Bremerhaven hörten, dass dort gut 40 Prozent der Kinder gefördert werden und in Bremen nur 15 Prozent der Kinder, dass irgendwo "der Hase im Pfeffer liegen" muss und dass an dieser Stelle etwas schief läuft. Deswegen überrascht es mich nicht, wenn jetzt eine Zahl von 46 Prozent Kindern mit Förderbedarf herauskommt, wir müssen diese dann nur auch wirklich fördern!

Das ist der Weg, der gegangen werden muss, damit diese Chancen in der Schule haben. Es geht um eine Eintrittskarte dazu, dass man in den Schulen bestmögliche Bildung individuell genießen kann. Jetzt haben wir etliche Anlaufschwierigkeiten gehabt, darüber ärgere ich mich. Das ist dann eine Kritik, Frau Senatorin, die ich auch anbringe, dass die Fehler, die in Bremerhaven und in anderen Städten gemacht worden sind, wo der Test eingeführt worden ist, hier nicht in dem Maße bekannt waren, dass sie vermieden werden konnten. Das ist eine Sache, die ich mir insbesondere im Fall von Bremerhavenern gewünscht hätte, die hinterher dann schlau gesagt haben: Ja, bei uns war das auch nicht ganz rund. Insofern hätte man sich dort vielleicht mehr erkundigen müssen, denn einiges hätte man vermeiden können.

Manches konnte man leider nicht vermeiden, weil die Zuständigkeit für Kindergärten in Bremen leider nicht im Bildungsressort liegt, sondern in einem anderen Ressort. Das führt zwangsläufig zu Reibungsverlusten - wir kritisieren das hier als FDP immer wieder -, die durch einen neuen Ressortzuschnitt abgebaut gehören.

(Beifall bei der FDP)

Dann wären Datenschutzprobleme, die hier zu Recht angesprochen werden, leichter zu beheben. Dann könnte man konsequent durchsteuern und überlegen, wie man das macht.

Am Ende des Tages muss man schauen, wie man diese Fehler vermeidet. Ich weiß zum Beispiel, das ist mir zugetragen worden, von einem Fall, da soll ein autistisches Kind getestet worden sein, eine Sache, die gar nicht vorgesehen ist. Das sind Fehler, die vorgekommen sind, so etwas gilt es, in Zukunft auch durch den Einsatz von entsprechenden Fachkräften zu vermeiden. Aber bitte, liebe CDU, das haben wir in der Deputation bereits besprochen und gehört, die Zusage der Senatorin steht! Für mich stellt sich dann die Frage, warum jemand aufschreibt, was die Senatorin schon gesagt hat, um dann vorzuführen, dass das, was die Senatorin gesagt hat, von der Koalition abgelehnt wird. Das ist alles schwierig zu verstehen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern frage ich mich dann, was dieser Antrag soll. Wenn es aber darum geht, wie die Kinder außerhalb der Kindergärten, bei denen eine hohe Anzahl von Kindern Sprachdefizite haben, wie wir jetzt wissen und vorher vermutet haben, in Sprachförderung gebracht werden können, dann ist es sicherlich gut, sie im Zweifel außerhalb des Kindergartens zu fördern, nämlich an den Schulen. Unser Vorschlag ist ein anderer: Bietet Kindergärten ab dem dritten Lebensjahr mindestens halbtags kostenlos an, damit diese Kinder entsprechend gefördert werden können! Dann ist das

eine Situation, in der die Eltern sich nicht mehr mit Geld herausreden können, sondern eine Sache, die für die Kinder hilfreich ist.

(Beifall bei der FDP)

Eine Sache, die andere Bundesländer vorgesehen haben, und die wir machen sollten! So viel Geld ist das nicht, was dort notwendig ist. Es ist nur eine Größenordnung von 10 bis 15 Millionen Euro pro Jahr. Das ist im Sinne der Kinder, die hier Defizite haben, zu schultern. Das sollten wir schultern, dafür werben wir als Freie Demokraten um Unterstützung! - Danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. Beilken (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier den CITO-Test, und ich habe von Herrn Güngör gehört, er hat immerhin positiv aufgenommen, dass man ihn auch in türkischer Sprache zusätzlich anbieten kann, wir werden konstruktiv darüber diskutieren. Dass man ihn auch mündlich machen kann, scheint ihm vielleicht verborgen geblieben zu sein, und dass man nach einem mündlichen Test auch ein Abschlussgespräch machen kann, scheint fachlich wohl schwierig. Aber das lässt sich leicht klären! Die Unterschiede liegen dort, wo die Mittel eingesetzt werden, und dazu komme ich jetzt. Wir haben nämlich, das wurde hier auch schon gesagt, eine Situation, dass mehr als zwei von fünf Kindern Schwierigkeiten haben, mit den Anforderungen des CITO-Tests zurechtzukommen.

Die Frage ist, was jetzt als Konsequenz geschieht. Für diejenigen Kinder, die nicht im Folgejahr eingeschult werden, hat es gar keine Konsequenzen, wie ich der Antwort des Senats entnehmen kann. Sie werden weiterhin integriert gefördert, wie es heißt. Diejenigen, die bald eingeschult werden, erhalten staatlich organisierte Nachhilfe von zwei Stunden Sprachförderung pro Woche. Ansonsten wird darauf verwiesen, dass die Sprachförderung stärker in der Ausbildung der Erzieherinnen verankert wird. Ich gehe davon aus, dass der Test trotz seiner Mängel auf ein reales Problem verweist. Die Konsequenzen, die daraus gezogen worden sind, werden der Dimension des Problems allerdings nicht gerecht. Wenn fast die Hälfte der Kinder hier Schwierigkeiten hat, dann kann man nicht so tun, als könnten individuelle

Defizite durch individuelle Förderung von zwei Wochenstunden oder zusätzlich durch eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher behoben werden.

Nein, hier läuft grundsätzlich etwas schief. Es reicht nicht aus, wenn der Senat jetzt auf die Erzieherinnenausbildung verweist. Die Kitas im Bereich der unter Dreijährigen und genauso im Bereich von Drei- bis Sechsjährigen kämpfen seit Jahren, wie wir alle hier wissen, um eine feste Zweitkraft mit voller Qualifikation. Es reicht nicht, Praktikantinnen, Sozialassistenten oder eben auch gar keine zweite Kraft einzusetzen, wie es Ihre Praxis ist, und es reicht auch nicht, verehrte Kollegin Stahmann, wenn Sie jetzt zunehmend auf Freiwillige, auf Senioren und auf Studierende spekulieren, das ist wirklich eine Bankrotterklärung! So können Sie Politik nicht weiterentwickeln!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Was hat das eigentlich mit dem Sprachtest zu tun! Machen Sie gerade den Rundumschlag?)

Es passt auch fachlich nicht, denn Sprachentwicklung, das sollten hier eigentlich alle wissen, die zum Fach reden, erfordert einen personellen Einsatz mit hoher Qualifikation. Sie müssen also nicht bei jeder Gelegenheit immer mit Freiwilligen, Senioren und Studierenden kommen, das ist ja wie ein bankrottes Unternehmen, das Leute sucht, die umsonst arbeiten. Das kann wohl nicht die rotgrüne Politik der Zukunft hier in Bremen sein.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Von Bürgerschaftlichem Engagement haben Sie noch nicht gehört?)

Eine andere Unterscheidung fachlicher Art geht in der bisherigen Debatte völlig unter, und zwar ist es ein Unterschied, ob ein Kind in seiner Sprachentwicklung verzögert oder beeinträchtigt ist oder ob es eine Sprache, die nicht seine Muttersprache ist, noch nicht perfekt beherrscht. In den ersten Klassen der Grundschule haben wir bekanntlich mehr Kinder mit Migrationshintergrund als ohne. Für viele von ihnen ist Deutsch die zweite Sprache. Natürlich wollen wir, dass sie diese perfekt beherrschen, weil sie nur dann die gleichen Bildungschancen haben können, das haben viele hier auch schon gesagt. Aber wenn sie damit ein Problem haben, heißt das nicht, dass sie eine Sprachentwicklungsstörung haben, Ähnliches betrifft auch Kinder mit Deutsch als Muttersprache. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Test einmal ausprobiert hat,

(Abg. Strohmann [CDU]: Und haben Sie ihn bestanden?)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

man merkt sehr schnell, er testet, ob sprachliche Anweisungen von einer mechanisierten Stimme entgegengenommen werden können und ob man damit umgehen kann. In den Niederlanden, wo der Test entwickelt wurde, führt man den Test deswegen ohne Computer, mit Erzieherinnen und Erziehern, mit Block und Bleistift durch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sollten Sie einmal überlegen! Es ist wiederum nur eine Möglichkeit einzusparen und gleichzeitig eine Qualitätsverschlechterung hinzunehmen, was typisch für Ihre Politik ist. Unter dem Strich steht der Befund: Das System der frühkindlichen Bildung und unser Schulsystem werden den Anforderungen individueller Förderung und interkultureller Öffnung in keiner Weise gerecht! Darin liegt das Defizit, daran müssen wir ansetzen, wir brauchen bekannte Schritte: feste Zweitkräfte überall, gute Ausbildung der Lehrkräfte, vor allen Dingen in den sogenannten Brennpunkten und natürlich eine Doppelbesetzung in der Grundschule.

(Beifall bei der LINKEN)

All dies fehlt bei Ihnen und wird auch weiterhin fehlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben einen Änderungsantrag, wie Sie gesehen haben. Ich habe Fehler und Schwächen im Computertest bereits dargestellt. Das betrifft zum einen den Computereinsatz, den wir ablehnen, zum anderen die Vernachlässigung besonderer Qualifikationen, inwiefern die Muttersprache beherrscht wird. Diese beiden Änderungen sind uns wichtig, sonst werden wir den Antrag der CDU ablehnen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage mich gerade, wie Ihre Verfallszeiten bei Abstimmungen aussehen. Ich weiß nicht, ob Sie zu der Empfehlung zwei unseres Schulentwicklungsplans persönlich abgestimmt haben oder ob das Frau Alpers war. Sie sind aber so fleißig, dass Sie meistens zumindest beide dabei sind. Die Abstimmung war doch einstimmig, wenn ich mich recht entsinne, oder nicht? Es gibt offensichtlich Verfallszeiten.

Ich will noch einmal sagen: Über den Sinn, den wir hier dem CITO-Test beimessen, haben wir, glaube ich, Gemeinsamkeit. Die Rechtsgrundlage besteht schon länger, nämlich aus der letzten Schulgesetznovelle. Insofern hat mich allerdings Ihre Frage, Herr Rohmeyer, gewundert, weil Sie zumindest dafür mit verantwortlich waren, dass diese Rechtsgrundlage in der Novelle 2005, dass ein Test stattfindet, geschaffen worden ist. Exakt danach haben Sie in der Großen Anfrage gefragt, ob sie jetzt erst geschaffen worden und zum 1. August in Kraft getreten ist.

Die Rechtsgrundlage für den Test war vorhanden. Ich sage einmal, die administrative Umsetzung dieser Rechtsgrundlage war von beiden Ressorts nicht vollständig, weil die Kinder, die nicht in den Kindergarten gingen, nicht im Blickfeld waren. Insofern haben wir jetzt die Rechtsgrundlage für den Test sowieso schon gehabt, aber neu ist eben die gesetzliche Förderung. Das ist doch der Sinn der Übung, dass wir einen rechtsfesten Test haben, auf den sich dann die gesetzliche Förderung gründet. Das ist keine einfache gesetzliche Fixierung, ich habe das hier bei der Novelle auch gesagt. Es ist auch eine ungewöhnliche, aber viele Länder machen das auch wie wir. Wir haben keine Schulpflicht zu diesem Zeitpunkt, sondern wir haben quasi eine Sprachförderpflicht geschaffen.

Dazu kann man nicht eben einmal ein Erzieherinnengespräch führen, eine subjektive Einschätzung von Kindern, sondern dazu braucht man einen wissenschaftlich fundierten Test. Ob das CITO ist oder nicht, dazu kann man sich unterschiedlich verhalten. Wir haben uns jetzt für CITO entschieden, und hier ist auch schon gesagt worden, nun muss er sich wenigstens erst einmal bewähren dürfen.

Die Analyse habe ich in der Deputation gemacht, dazu muss ich nicht mehr sehr viel sagen, hier sind schon einige Punkte genannt worden. Der Datenschutz muss noch deutlich bearbeitet werden, ich hoffe, dass wir das mit der Datenschutzbeauftragten auch hinbekommen. Wenn Gespräche in der Kita stattfinden sollen, müssen natürlich auch die Erzieherinnen die Grundlage, die Ergebnisse dieses Tests haben, und zwar nicht nur von den Eltern, sondern auch selbst. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Schulen, in denen die Förderung stattfindet.

Hier wenden wir uns notfalls auch wieder an die Bürgerschaft, wenn wir einerseits dort eine zusätzliche rechtliche Änderung brauchen. Andererseits müssen wir das ernst nehmen, was Eltern an Sorgen haben, das ist hier auch schon in Teilen benannt worden. Dass wir den Datenschutz jetzt auch nicht völlig über Bord werfen wollen, ist auch klar. Zum Beispiel gibt es den Wunsch der Löschung an bestimmten Stellen, wenn zum Beispiel ein Kind nach einem Jahr keinen Förderbedarf mehr hat, weil die Sorge entsteht, dass es zu Stigmatisierungen in der weiteren Schulzeit führt. All diese Dinge sind jetzt aufgegriffen. Jemand hat gesagt, wir hätten doch von Bremerhaven ohne Weiteres lernen können. Aber gerade dies war zum Beispiel ein Problem, welches noch nicht bearbeitet worden ist. Bremerhaven hat dann natürlich nachträglich gesagt: Ja, wir hatten auch Dinge, die wir von vornherein nicht erkannt haben. Hier mag es auch so sein, dass wir uns noch nicht genügend ausgetauscht hatten.

Bremerhavens Ergebnisse steigen übrigens besorgniserregend auf 51 Prozent Förderbedarf. Wir werden sehen, wie das in der nächsten Runde ist. Nun muss man davon ausgehen, dass die additive Förderung nicht allein auf die Sprachförderung wirkt, sondern die Kindergärten betonen zu Recht, dass natürlich erst einmal der integrative Ansatz im Kindergarten wirkt und wir möglichst viele Eltern davon überzeugen wollen, dass sie auch ihr Kind in den Kindergarten geben, weil natürlich allein das Sprechen mit anderen Kindern schon eine wichtige integrative Maßnahme ist und eigentlich die beste Sprachförderung, gemeinsam in einer Gruppe Deutsch zu lernen. Hier sprechen wir über Addition und über Nachbesserungen und Defizite, die noch da sind und die wir weiter im Auge behalten wollen.

Über die Dringlichkeitsanträge muss ich nicht viel sagen, man wird, denke ich, ihnen nicht nachkommen können. Subjektive Einschätzungen reichen nicht aus, auch der Test, den wir vorher gemacht haben - da waren sich alle Fachexperten einig -, wäre nicht fundiert genug gewesen. Nordrhein-Westfalen diskutiert jetzt wieder über mündliche Tests, um sich noch ein Jahr früher an die jüngeren Kinder zu wenden. Auch darüber, ob man den Ansatz noch früher wählt, müssen wir im Laufe der Zeit diskutieren. Das sind aber alles Dinge, die erst dann folgen, wenn wir jetzt unsere Erfahrungen gesammelt haben.

Es war eine Pilotrunde. Ich hoffe, dass wir jetzt schon genügend Kinder in die Förderung bekommen, sodass die Sprache einfach verbessert wird. Über den Schlüssel ist schon etwas gesagt worden. Die neue Funktion des Bremer Schlüssels habe ich heute von Frau Stahmann erstmals kennengelernt, wir werden uns das alle merken.

Ansonsten, denke ich, ist die deutsche Sprache tatsächlich die beste Voraussetzung, um Schulerfolg zu haben und auch die soziale Kopplung zu bearbeiten. Hoffentlich gelingt uns das, und da

sollten wir mit den Dingen, die fehlerhaft sind, auch in der Deputation umgehen. - Insofern herzlichen Dank für die konstruktive Debatte!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/382 S zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/373 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Antwort des Senats, Drucksache 17/363 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009 (Drucksache 17/348 S)

Wir verbinden hiermit:

Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009 (Drucksache 17/376 S)

Die Aussprache über den Stadthaushalt fließt in die Debatte über den Landeshaushalt ein, sodass auf eine eigene Aussprache in der Stadtbürgerschaft verzichtet werden kann.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei den verschiedenen Vorlagen zum Haushalt 2010/2011 ist Überweisung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten sowie an den Ausschuss Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen vorgeseben

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010/ 2011, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010/2011, einschließlich der Haushalts- und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sondervermögen, der Stiftungen öffentlichen Rechts sowie der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse. Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2010/2011, der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010/2011 und der Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme, Artikel 131 a Landesverfassung, sowie die Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten sowie an den Ausschuss kommunale Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2010/2011 unmittelbar an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss weitergeleitet werden. - Ich stelle Einverständnis fest.

Bericht zum Thema "Shared-Space für Bremen prüfen"

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009 (Drucksache 17/352 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/352 S, Kenntnis.

Bericht über Maßnahmen in der Waffenbehörde des Stadtamts

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009 (Drucksache 17/353 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/353 S, Kenntnis.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 24 vom 10. August 2009

(Drucksache 17/361 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 25 vom 18. August 2009

(Drucksache 17/371 S)

und

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26 vom 25. August 2009

(Drucksache 17/380 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 17/619 aus dem Bericht des Petitionsausschusses Nummer 24 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition S 17/619 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die Petition im Petitionsbericht Nummer 26 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit wären wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19.11 Uhr)